



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesversammlung in Erlangen:

Stabilisator der CSU

Vorsitzender Röble im Amt bestätigt
Joachim Herrmann als Festredner

„Die KPV ist in die CSU hervorragend integriert, Kommunen sind und bleiben die starke Kraft in der CSU.“ Mit dieser erfreulichen Botschaft wartete der mit großer Mehrheit wieder gewählte Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, Stefan Röble (Landrat Donau-Ries), bei der Jahrestagung in Erlangen auf. Kommunalpolitik sei der Stabilisator der CSU. „Für ein starkes Bayern brauchen wir starke Kommunen auch in schwierigen Zeiten“, bemerkte Röble.

Die Arbeit mit der Bundes-KPV wertete der Landesvorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht als äußerst positiv. Die KPV-Bayern sei fest integriert, in allen Ausschüssen gut vertreten und stets in Entscheidungsprozesse eingebunden.

Wichtige Akzente gesetzt

In den vergangenen Jahren seien wichtige Themen behandelt und Akzente gesetzt worden, fuhr der Vorsitzende fort. Wichtigste Themen waren hierbei der Kommunale Finanzausgleich mit u. a. dem Ergebnis einer Steigerung des Kommunalanteils am Steuerverbund auf 12 Prozent trotz Steuerermäßigung im bayerischen Haushalt, die Landesentwicklung und Regionalplanung,

das Bündnis beste Bildung, das Konjunkturpaket II, Breitbandversorgung und Digitalfunk sowie Kinderbetreuung, Dienstrecht, AK Große Städte und Jeki („Jedem Kind ein Instrument“).

Als eine der aktuellen Herausforderungen bezeichnete Stefan Röble das Thema Kommunalfinanzen. Einsparungen im Ausgabenbereich seien hier ebenso erforderlich wie eine Neustrukturierung der Einnahmenseite. In der Diskussion um die Gewerbesteuer sei für KPV der CSU klar: „Solange es keine bessere Alternative gibt, werden wir an ihr festhalten.“ Auch der Vorschlag, für Kommunen einen Hebesatz auf die Einkommensteuer zu ermöglichen, ist aus KPV-Sicht „sehr bedenklich und keine Alternative“.



Das Podium der KPV-Landesversammlung (v. l.): Gerhard Weber, Dr. Siegfried Balleis, Stefan Röble, Peter Götz, Georg Huber und Heinrich Lenz.

zen. Handlungsfähige Kommunen seien notwendig, um Lebensqualität vor Ort zu sichern. Für die CSU seien stabile Kommunalfinanzen auch in Zukunft und auch in schwierigen Zeiten von entscheidender Bedeutung.

Herzkammer der CSU

Der Oberbürgermeister der 105.000 Einwohner-Stadt Erlangen, Dr. Siegfried Balleis, betonte in seinem Grußwort mit Blick auf die Kommunalwahlen 2014, dass die Landesversammlung in eine Zeit der Vorbereitung strategischer Ziele falle. Die Kommunalvertreter sollten stets daran denken, „dass der Wurm dem Fisch schmecken muss und nicht dem Angler“. Faktoren wie Fleiß, Sympathie und Kompetenz müssten gemeinsam unter die Lupe genommen werden. Die KPV bezeichnete Balleis als „Herzkammer der CSU“.

Das „Geheimnis der Kommunalpolitik“ bestehe darin, einerseits für harte Standortfaktoren (z. B. Schaffung von Arbeitsplätzen) zu sorgen und andererseits die Kommunen so attraktiv zu gestalten, dass sie lebenswert sind, erläuterte Balleis. Er plädierte dafür, Standards zu reduzieren, um kommunale Haushalte besser entlasten zu können. Wegen ihrer schlechten Finanzlage benötigten die Kommunen ein Entlastungsgesetz des Bundes.

Strukturelle Veränderungen

In den nächsten Jahren dürfe man sich freilich nicht allein darauf konzentrieren, die Einnahmesituation der Kommunen zu bekämpfen, so der OB. Die eigentliche Herausforderung bestehe darin, strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft - und damit bei den Gewerbesteuerzahlern - (Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Appell zu mehr Bürgernähe

Präsidium tagte in Brüssel

Nach einer Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags in Brüssel wies die Präsidentin des kommunalen Spitzenverbandes, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth darauf hin, dass die deutschen Städte hohe Erwartungen mit der Umsetzung des Lissabon-Vertrages der Europäischen Union verbinden. Sie appellierten an die Europäische Kommission, den Rat und das Europäische Parlament, die durch den Vertrag gestärkte Rolle der Kommunen nun durch eine kommunalfreundliche Gesetzgebung mit größerer Bürgernähe zum Ausdruck zu bringen. In den vom Deutschen Städtetag vertretenen Städten leben rund 51 Millionen EU-Bürger.

„Die europäische Union hat mit dem Lissabon-Vertrag erstmals die kommunale Selbstverwaltung anerkannt. Diesen Quantensprung im Verhältnis zwischen Kommunen und EU gilt es jetzt entschlossen auch in der Praxis zu verwirklichen. Das neue EU-Vertragswerk erlaubt kein ‚Weiter so‘. Es eröffnet die große Chance, Europa den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort besser vermitteln zu können und die Akzeptanz der EU bei den Menschen in den Städten zu stärken“, betonte Roth. Deshalb hätten die Städte den Vertrag von Anfang an unterstützt.

Subsidiaritätsprinzip

In dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrag wird erstmals in der Ge-

schichte der EU die kommunale Selbstverwaltung in den rechtlichen Grundlagen der Union erwähnt. Aufgewertet wird auch das offizielle Organ der kommunalen und regionalen Interessenvertretung in der EU, der Ausschuss der Regionen, der ein Klagegerecht bei möglichen Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip erhält. Außerdem wird die regionale und lokale Ebene ausdrücklich in die Geltung des Subsidiaritätsprinzips einbezogen, so dass die EU-Organe die kommunale Kompetenzordnung der Mitgliedstaaten berücksichtigen und die kommunalen Spitzenverbände (Fortsetzung auf Seite 4)

Jahrespressekonferenz des bayerischen Wirtschaftsministers:

Zeil sieht die Rezession überwunden

1,5 Prozent Wachstum in 2010 erwartet

„Die schwerste Rezession der Nachkriegszeit liegt hinter uns. Trotz harter Einbußen haben wir die Krise gut gemeistert. Die Konjunktur hat sich zuletzt spürbar stabilisiert und die Wirtschaft ist gut ins neue Jahr gestartet. Für 2010 bin ich verhalten optimistisch und erwarte in diesem Jahr einen Anstieg der Wirtschaftsleistung in Bayern real um gut 1,5 Prozent.“ Dies waren die Kernaussagen des bayerischen Wirtschaftsministers Martin Zeil in seiner Jahrespressekonferenz.

Zugleich aber warnte Zeil vor vorzeitiger Euphorie. Der Aufschwung sei nach wie vor labil und keineswegs bereits selbst tragend. Krisenmanagement und Konjunkturpakete seien 2009 notwendig gewesen und seien auch 2010 noch notwendig, um die Konjunktur zu stabilisieren. Auch wenn die Wirtschaft wieder wie im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre wachsen sollte, würde es in Bayern mindestens bis 2013 und in Deutschland bis 2014 dauern, bis das Niveau von 2008 erreicht wäre, schränkte der Minister seine ins-

gesamt optimistische Grundhaltung etwas ein.

Neue Wachstumsdynamik

Der Absturz sei Tief gewesen. Es gelte, viel aufzuholen und in Bayern eine neue Wachstumsdynamik anzustoßen. Der Freistaat sei aber für den Aufschwung gerüstet und werde auch nach der Rezession einer der attraktivsten, innovativsten und leistungsfähigsten Wirtschaftsstandorte in Europa sein. Unter dem Motto „Neues schaffen, die Chancen nutzen“ werde Bayern im kom-

menden Aufschwung mit an der Spitze stehen, denn die bayerische Wirtschaftspolitik sei konsequent auf neues Wachstum ausgerichtet. Die Krise werde den strukturellen Wandel spürbar beschleunigen. Jetzt werde über die Arbeitsplätze und das Wachstum der Zukunft entschieden. Gegen die Krise, so Zeil, hülfe (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Volksentscheid am 4. Juli	Seite 2
Uneins im Kampf gegen Alkoholmissbrauch	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Bürokratieabbau zwischen Anspruch und Wirklichkeit	3
Flexible Grundschule	3
GZ-Fachthemen:	
Wasser · Abwasser	5/6
Kommunale Baupolitik	7-11
Friedhofsgestaltung	12
Kommunalfahrzeuge	13
Kommunalfinanzen	14-17
Aus den bayerischen Kommunen	18-20

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 24. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für Kommunen am 24. Juni 2010. Im Garching Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energiebranche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor. ☐



Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

native“. Röble zufolge wird die KPV-Bayern die Kommissionsarbeit intensiv begleiten und den Mitwirkenden „auf die Finger schauen“.

Stabile Kommunalfinanzen

In punkto Sparhaushalt vertrat der Vorsitzende folgende Meinung: „Schuldenbremse ja, aber stabile Kommunalfinanzen vor weiteren Steuersenkungen!“ Röble dankte dem Freistaat für dessen Kommunalfreundlichkeit und die Entlastung der bayerischen Sparkassen bei der Eigenkapitalerhöhung für die Bayerische Landesbank durch die Übernahme der gesamten 10 Mrd. Euro.

Laut Landesvorsitzendem erfolgen 60 Prozent aller öffentlichen Investitionen über die Kommunen. Ein Sparhaushalt mache es erforderlich, Prioritäten zu set-

Neues von Sabrina



Wenn plötzlich und unerwartet in das Räderwerk unserer perfekten Lebensorganisation eingegriffen wird, müssen wir uns schlicht in Geduld üben. Dies hat uns der unvermittelte Ausbruch eines Vulkans mit unaussprechlichem Namen auf einer Insel im Nordmeer in aller Deutlichkeit gezeigt. Seite 19

CSU-Landtagsfraktion:

Kinder im Fokus der Politik

**Kinderkommission legt Arbeitsprogramm vor
Staatliche Förderung soll angepasst werden**

Die Förderung von Kindergärten im ländlichen Raum im Rahmen der Landkindergartenregelung gezielt zu verbessern, hat die CSU-Landtagsfraktion beschlossen. Damit trotz der demographischen Entwicklung in ganz Bayern nach dem Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ auch in kleinen Gemeinden Kindergärten weiter betrieben werden können, soll die Staatsregierung die Förderung anpassen. Rechtliche Grundlage bleibt das Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG).

Mit dieser Erklärung haben Fraktionsvorsitzender Georg Schmid und Sozialarbeitskreisvorsitzender Joachim Unterländer als Wortführer die zuständige Sozialministerin Christine Haderthauer in die Pflicht genommen. Hintergrund waren Misstöne, als die interfraktionelle neue Kindergartenkommission des Landtags

kurz zuvor ihr Arbeitsprogramm beschloss. Die Ministerin hatte dem nach Bundesvorbild geschaffenen, auf Länderebene noch einzigartigen Gremium mit je einer Abgeordneten pro Fraktion in einer Presseerklärung einige Merksätze zukommen lassen. Die Kommission müsse die Kinder in den Mittelpunkt der Familien-

und Bildungspolitik rücken. Haderthauer empfahl dazu auch das von der CSU geforderte, umstrittene Betreuungsgeld für Familien.

Die Kommissionsvorsitzende Petra Dettenhöfer (CSU) fand bei Vorstellung des über alle parteipolitischen Unterschiede hinweg zusammen gestellte Arbeitsprogramm die Presseerklärung „nicht sehr hilfreich“. Die Kommission rücke die Kinder seit Arbeitsbeginn vor fünf Monaten in den Mittelpunkt. Brigitte Meyer (FDP) kritisierte die Forderung nach Betreuungsgeld als eindeutige Parteipolitik.

Elternkompetenz

Noch schärfer äußerten sich die Oppositionsabgeordneten. Simone Strohmayr (SPD) kommentierte, „wir brauchen keine Nachhilfe“. Eva Gottstein (Freie Wähler) forderte Frau Haderthauer auf, Mitglied in der Kom-

mission zu werden. Claudia Stamm (Grüne) sprach von ministerieller Doppelzüngigkeit.

In der CSU-Fraktionsitzung kam es zur persönlichen Aussprache zwischen Haderthauer und Dettenhöfer. Man sei sich völlig einig, versicherte die Ministerin auf Nachfrage. Der Kommissionsvorsänger habe keine Rolle mehr gespielt. Die Themenschwerpunkte ihrer Arbeit in dieser Legislaturperiode sind laut Dettenhöfer frühkindliche Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und Gewalt, Kinder und Mobilität. Schlüssel dazu sei die Stärkung der Elternkompetenz. Die fünf Abgeordneten versicherten, sie würden sich bemühen, die parteipolitischen Unterschiede zu überbrücken, was aber nicht ganz einfach sei. Dass nur Frauen von den Fraktionen in die Kinderkommission gewählt wurden, sei Zufall, bedauerte die Vorsitzende. Das solle sich ändern. **rm**

Volksentscheid am 4. Juli

**Landtag macht den Weg frei
im Kampf um das Rauchverbot**

Wie erwartet, hat sich der Landtag mit klarer Mehrheit gegen das Volksbegehren „Für echten Nichtrauchererschutz“ ausgesprochen. Binnen drei Monaten, kommt es also zum Volksentscheid, ob das totale Rauchverbot auch für Gaststätten und Festzelte gilt, für die im Juli 2008 von der CSU/FDP-Koalition eine Lockerung des 2007 noch von der CSU-Alleinregierung beschlossenen Gesundheitsschutzgesetzes in Kraft gesetzt wurde. Als Termin für das Plebiszit hat die Staatsregierung den 4. Juli festgesetzt.

Die frühere Gesundheitsministerin Christa Stewens (CSU) verwies darauf, dass quer durch alle Fraktionen unterschiedliche Meinungen vorhanden seien. Das von der außerparlamentarischen ÖDP initiierte Volksbegehren habe zwar die 10% Hürde mit 14% klar genommen, aber 86% der Bürgerinnen und Bürger noch nicht. Deswegen sei es richtig und demokratisch, das ganze Volk entscheiden zu lassen. Das Volksbegehren-Gesetz habe entscheidende Lücken. So würden Tür und Tor geöffnet für Raucherclubs in Jugendeinrichtungen, Sportstätten und Freizeiteinrichtungen.

Nun entscheidet das Volk über Nichtrauchererschutz

Darauf gingen SPD und Grüne nicht näher ein. Kathrin Sonnenholzner (SPD) und Theresa Schopper (Grüne) betonten, der Gesundheitsschutz für Nichtraucher habe oberste Priorität. Nachweislich sei Passivrauchen eine

Ursache für so manchen vorzeitigen Tod. Die Oppositionssprecherinnen warfen der Koalition vor, sich zu Lobbyisten der Tabakindustrie zu machen, die die Nein-Kampagne zum Volksbegehren finanziell unterstützte.

Tobias Thalhammer, FDP-Fraktionsgeschäftsführer, wies den Verdacht zurück, die Tabakindustrie sei treibende Kraft für das Nein. Seine Partei werde im Quasi-Wahlkampf vor dem Volksentscheid klarmachen, wie vernünftig das geltende Recht sei. Der Volksbegehren-Gesetzesentwurf habe entscheidende Mängel.

Für die Freien Wähler sagte Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger, wo man sich an das Gesetz halte, seien alle zufrieden; aber man solle jetzt das Volk entscheiden lassen. Mit CSU und FDP lehnte die FW-Fraktion das Volksbegehrengesetz, praktisch die Rückkehr zum CSU-Gesetz von 2007, ab. Auch aus der SPD gab es eine Ablehnung. Dagegen votierten drei CSU-Abgeordnete für das Volksbegehren. **rm**

Kabinettsitzung in Kempten:

Erstmals in Allgäu-Metropole

Bayerns Staatsregierung will im Allgäu ein Kompetenzzentrum für Lebensmittel- und Verpackungstechnologie von internationaler Bedeutung etablieren. Das beschloss das Kabinett bei seiner Sitzung in Kempten. Unter der Leitung von Ministerpräsident Horst Seehofer beriet der Ministerrat zudem über schwäbische Zukunftsperspektiven etwa bei der Bildungsentwicklung, Verkehrsinfrastruktur, Tourismusförderung und Landwirtschaft.

Die Tourismusbranche habe von der Mehrwertsteuersenkung für Beherbergungsbetriebe profitiert. Sie nutze die Chance der verbesserten Wettbewerbsbedingungen, um zu investieren und ihre Kunden an die Tourismusregion Schwaben zu binden, lobte Seehofer.

Auch bei den zahlreichen Verkehrsprojekten in Schwaben gehe es voran. In das Autobahnnetz seien bereits Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe geflossen, erläuterte Innenminister Joachim Herrmann. Des Weiteren setze sich die Staatsregierung mit Nachdruck für die Belange der Bergbauern ein. Neben den bereits bestehenden Maßnahmenbündeln sei ein eigen-

ständiges Bergbauernprogramm geplant, kündigte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner an.

Auf eine flächendeckende und möglichst wohnortnahe Schulversorgung setzt Kultusminister Ludwig Spaenle. Das mittlere Allgäu diene als Modellregion für eine ganzheitliche Schulentwicklung. Auch die Förderung besonders begabter Schüler werde gegenwärtig ausgebaut, betonte der Minister.

Als den bayerischen Schwerpunkt für Naturschutzgroßprojekte sieht Umweltminister Markus Söder Schwaben. Sein Ziel sei es, die wertvolle Moor- und Auenlandschaft als Naturerbe Europas zu erhalten und zu sichern. **□**

Prävention soll vor Verbot stehen:

Uneins im Kampf gegen Alkoholmissbrauch

FDP bremst CSU beim Verkaufsverbot ab 22 Uhr

Ein Alkoholverkaufsverbot ab 22 Uhr wird es in Bayern zumindest heuer nicht geben. Gesetzesentwürfe der SPD-Fraktion zur Änderung des Gaststätten- und des Ladenschlussgesetzes mit strengen Verboten wurden vom Landtagsplenum zwar an den Wirtschaftsausschuss federführend überwiesen, jedoch in der Ersten Lesung von der FDP strikt abgelehnt. Die CSU zeigte zwar Sympathie für die SPD-Initiative, stellte diese aber mit Rücksicht auf den Koalitionspartner zurück. In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag wird auf Prävention und freiwillige Selbstverpflichtungen von Gaststätten, Tank- und Verkaufsstellen abgestellt. Bis Herbst soll die Staatsregierung über Ausmaß und Anstieg des Alkoholkonsums von Jugendlichen und Kindern berichten.

Auch die Grünen waren gegen Verschärfung der Gesetze. Ludwig Hartmann meinte, das helfe nichts, wenn schon die jetzige Fassung nicht eingehalten werde. Dr. Andreas Fischer (FDP) sprach gleichfalls von einem Vollzugsdefizit. Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) konstatierte zwar die erschreckende Zunahme des Alkoholismus, auch in schulischen Einrichtungen, doch Verbote seien ein Akt der Hilflosigkeit. Es gelte, die familiären und gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker betonte, was die CSU als vermeintliche Verbesserung anstrebe, sei ein Angriff auf die persönliche Freiheit.

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) nannte Zahlen: Letztes Jahr registrierte die Polizei 9000 Gewalttaten unter Alkoholeinfluss, allerdings nicht nur von Jugendlichen. Das seien 41% aller Gewalttaten. Mitte der neunziger Jahre seien es etwa 25% gewesen. Er wolle nicht ruhen bis eine zufrieden stellende Lösung eines Verkaufsverbots gefunden sei. Für die CSU unterstützten ihn Fraktionsvize Thomas Kreuzer und Markus Blume, der Vorsitzende der Jungen Gruppe der Fraktion. Kreuzer setzte auf weitere Verhandlungen mit dem Koalitionspartner. Klaus Stöttner versicherte, die CSU wolle keinen Überwachungsstaat.

Die SPD-Abgeordnete Helga Schmitt-Bussings warf der Koalition vor, die Kommunen alleine zu lassen und ihnen die Probleme vor die Tür zu kippen. Die FDP-Abgeordnete Brigitte Meyer bestätigte das aus ihrer Erfahrung als Bürgermeisterin. Aber die Gesetze gäben schon jetzt Möglichkeiten, den Alkoholverkauf einzuschränken. **rm**

Mehr Geld für Bayerns Feuerwehren

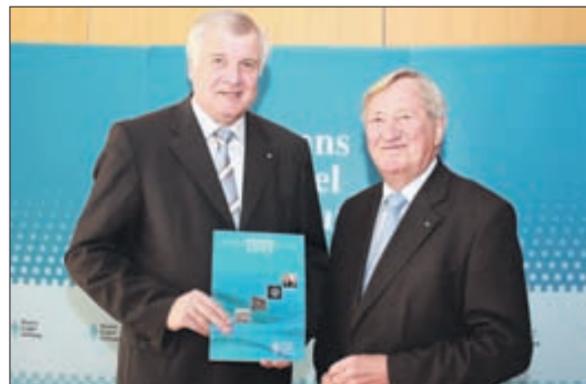
Bayerns Gemeinden und ihre Feuerwehren bekommen demnächst mehr Geld vom Staat für Neu- und Erweiterungsbauten von Feuerwehrgerätehäusern.

„In Zeiten zunehmend angespannter Haushaltslage der Kommunen ist das ein ermutigendes Zeichen“, sagte Gemeindevizepräsident Dr. Uwe Brandl. Das Präsidium des Bayerischen Gemeindetags begrüßte auf seiner Sitzung in München die beabsichtigte Änderung der Bayerischen Förderrichtlinie einstimmig.

Mehr Förderung pro Stellplatz

Das Bayerische Innenministerium beabsichtigt, den ersten und zweiten Stellplatz in einem Feuerwehrgerätehaus statt bislang mit 40.000 Euro künftig mit je 46.500 Euro zu bezuschussen. Der dritte, vierte und fünfte Stellplatz soll mit je 57.000 Euro gefördert werden, der sechste, siebte, achte und neunte Stellplatz sogar mit je 70.000 Euro. Ab dem zehnten Stellplatz zahlt der Freistaat künftig je 80.000 Euro zu den Baukosten dazu. Brandl hierzu: „Das ist ganz in unserem Sinn. Das dicht gewebte Netz von knapp 8.000 Feu-

erwehren in Bayern kann damit zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben.“ **□**



Hanns-Seidel-Stiftung wählte Führungsspitze

Staatsminister a.D. Hans Zehetmair (rechts neben Ministerpräsident Horst Seehofer) ist von der Mitgliederversammlung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in seinem Amt als Vorsitzender einstimmig bestätigt worden, ebenso seine beiden Stellvertreter Alois Glück und Ursula Männle. „Ich sehe das Votum als deutliche Bestätigung unserer erfolgreichen Arbeit in den vergangenen Jahren“, erklärte Zehetmair nach seiner Wiederwahl. **□**

Ein liberales Versammlungsrecht

Landtag stärkt Bürgerrechte im Landesgesetz

Das im Sinne der Bürgerrechte liberalisierte bayerische Versammlungsgesetz von 2008 ist vom Landtag zum 1. Juni 2010 in Kraft gesetzt worden. Wie schon im Rechtsausschuss beschlossen, stimmten CSU und FDP zu, die Opposition lehnte trotz grundsätzlicher Zustimmung wegen einzelner Neuerungen ab. Abzuwarten bleibt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das wegen der Bußgeldvorschriften letztes Jahr zunächst Teile des Landesgesetzes außer Kraft gesetzt hatte.

Bayern bekomme das liberalste Gesetz auf deutschem Boden, kommentierte Dr. Andreas Fischer (FDP) in der abschließenden Plenardebatte. „Wir treffen den nötigen Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit“ und „haben einem obrigkeitstaatlichen Gesetz die Giftzähne gezogen“. Petra Guttenberger (CSU) hob hervor, dass die Rechte der Versammlungsleiter gestärkt und die Pflichten der Behörden für Genehmigung und Kontrolle von Versammlungen im Saal und unter freiem Himmel geklärt werden.

Der Rechtsausschussvorsitzende Franz Schindler (SPD) hielt das Gesetz bei aller Zustimmung zu einem freiheitlichen Versammlungsrecht für radikal über-

flüssig. Das 1953 beschlossene Bundesgesetz sei durch die ständige Rechtsprechung so ausgelegt und ergänzt worden, dass auch radikale Störungen verhindert werden können. Leider habe die Föderalismusreform den Ländern die Kompetenz zu eigenen Gesetzen gegeben.

Anzeigefristen verkürzt

Christine Stahl (Grüne) meinte, auch beim neuen bayerischen Landesgesetz werde es zahlreicher Gerichtsentscheide brauchen, um Gesetzeslücken zu schließen. Florian Streibl (Freie Wähler) war nicht einverstanden, dass das Vermummungsverbot nicht mehr strafbedroht sei, sondern zur Ordnungswidrigkeit abgestuft werde.

Zu den Kernpunkten des neuen Gesetzes gehört, dass die Anzeigefrist für Versammlungen unter freiem Himmel nun - auch telefonisch - von 72 auf 48 Stunden verkürzt wird. Der Versammlungsleiter muss eine Veranstaltung nicht abbrechen, falls er sich nicht durchsetzen kann. Bild- und Tonaufnahmen der Polizei dürfen nicht mehr verdeckt gemacht und müssen nach kurzer Zeit gelöscht werden. In geschlossenen Räumen dürfen polizeiliche Überwachungseinrichtungen nicht mehr heimlich installiert werden. Genehmigt werden müssen sie durch eine gerichtliche Kammer, nicht mehr durch den Einzelrichter. Das Militanzverbot wird auf paramilitärisches Auftreten beschränkt. Unverändert bleibt das Verbot von Neonazi aufmärschen an „historisch vorbelasteten Orten“. (s. GZ Nr. 7/01.04.10) **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Grünwedel
91798 Höttingen
am 14.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Daiber
83233 Bernau am Chiemsee
am 8.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Willi Dürr
93351 Paiten
am 4.5.

Landrat Walter Eichner
86899 Landsberg am Lech
am 6.5.

Bürgermeister Reinhold Sontheimer
87645 Schwangau
am 8.5.

Bürgermeister Anton Altkofer
83483 Bischofswiesen
am 11.5.

Bürgermeister Dr. Herbert Kränzlein
82178 Puchheim
am 14.5.

Bürgermeister Johann Pfister
96120 Bischberg
am 15.5.

Bürgermeister Peter Helmuth
94481 Grafenau
am 16.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Schwarzmeier
92726 Waidhaus
am 4.5.

Bürgermeister Ludwig Diepold
85098 Großmehring
am 6.5.

Bürgermeister Paul Nagler
87752 Holzgünz
am 8.5.

Bürgermeister August Voit
83123 Amerang
am 9.5.

Bürgermeisterin Edigna Keneder
84337 Schönau
am 9.5.

Bürgermeister Jürgen Pirner
95704 Pullenreuth
am 15.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Eduard Obermeier
93186 Pettendorf
am 7.5.

Oberbürgermeister Henry Schramm
95326 Kulmbach
am 15.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Taglang
89441 Medlingen
am 13.5.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Gilg
86462 Langweid a. Lech
am 12.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

EU-Kommission:

Europäische Bürgerinitiative ist auf dem Weg

Die Europäische Kommission hat eine Verordnung vorgeschlagen, die es den EU-Bürgern erstmals ermöglichen soll, direkt an der Gesetzgebung der EU mitzuwirken. Mit der Europäischen Bürgerinitiative, die auf eine neue Bestimmung im Vertrag von Lissabon zurückgeht, können mindestens eine Million Bürger aus mindestens einem Drittel der EU-Mitgliedstaaten die EU-Kommission auffordern, Rechtsetzungsvorschläge in den unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen vorzulegen.

In dem jetzt vorgelegten Vorschlag ist unter anderem ausgeführt, wieviele Unterstützungsbekundungen in jedem Land gesammelt werden müssen. Ferner schlägt die Kommission vor, dass sie nach Sammlung von 300.000 Unterstützungsbekundungen aus drei Mitgliedstaaten prüft, ob eine Initiative zulässig ist.

Ein Jahr zum Unterschriften sammeln

Die Mindestzahl der erforderlichen Unterstützungsbekundungen soll laut Kommission berechnet werden, indem man die Zahl der Mitglieder dieses Mitgliedstaats im Europäischen Parlament mit einem Faktor von 750 multipliziert. Das Mindestalter zur Teilnahme an der Bürgerinitiative soll dem Alter des aktiven Wahlrechts bei Wahlen zum Europäischen Parlament entsprechen. Geplante Initiativen sollen ferner in einem Online-Register registriert werden. Die Registrierung könne aber verweigert wer-

den, wenn die Initiative eindeutig gegen die grundlegenden Werte der EU gerichtet ist.

Die Art und Weise, wie die Unterstützungsbekundungen zu sammeln sind, unterliegt aber laut Kommissionsvorschlag ansonsten keinen Beschränkungen. Allerdings haben die nationalen Stellen zu prüfen, ob die auch möglichen Online-Sammlungssysteme bestimmten Sicherheits- und technischen Anforderungen genügen. Die Organisatoren haben laut Kommissionsvorschlag ein Jahr für die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsbekundungen.

Behandlung der Bürgerinitiative

Sobald 300.000 Unterstützungsbekundungen aus drei Mitgliedstaaten gesammelt sind, wird die Kommission eigenen Angaben zufolge auf Antrag des Organisators die Zulässigkeit der Initiative prüfen. Innerhalb von drei Monaten wird sie darüber

befinden, ob die Initiative in ihren Befugnisbereich gehört und ob in diesem Bereich Rechtsvorschriften erlassen werden können. Wird die Initiative für zulässig erachtet, stehen der Kommission nach Überprüfung der Unterstützungsbekundungen wiederum vier Monate zur Verfügung, um die Initiative selbst zu untersuchen. Die Kommission hat dann darüber zu beschließen, ob sie einen Rechtsetzungsvorschlag einbringt, die Sache mit einer Studie weiterverfolgt oder auf weiteres Handeln verzichtet. Die Kommission muss ihre Gründe öffentlich darlegen.

Hintergrund

Angesichts der Bedeutung der Bürgerinitiative und der Komplexität einiger der Fragen hatte die Kommission mit der Annahme eines Grünbuchs am 11.11.2009 eine breit angelegte öffentliche Konsultation eingeleitet. 330 Antworten gingen ein, die bei der Ausarbeitung des Vorschlags berücksichtigt wurden. Im Februar veranstaltete die Kommission eine öffentliche Anhörung und sie trug auch der Entschließung des Europäischen Parlaments zu dieser Frage Rechnung.

Quelle: beck-aktuell-Redaktion, Verlag C. H. Beck. □

Bayerisches Kabinett:

Maßnahmenpaket zur ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Gesundheitsminister Söder: „Eine flächendeckende und wohnortnahe Betreuung dauerhaft sicherstellen“

Die medizinische Versorgung in Bayern muss insbesondere im ländlichen Raum auf hohem Niveau erhalten bleiben. Auf Initiative von Dr. Markus Söder, Gesundheitsminister, hat der Ministerrat dazu ein entsprechendes Gesamtkonzept beschlossen. „Wir wollen auch künftig junge Ärztinnen und Ärzte als Haus- und Fachärzte auf dem Land gewinnen. Dazu sind strukturelle Initiativen, eine weiter verbesserte medizinische Aus- und Weiterbildung und finanzielle Maßnahmen notwendig“, so Söder.

Derzeit ist das ambulante Versorgungsniveau in Bayern sehr hoch: Über 90 Prozent der Planungsgebiete sind übersorgt, die übrigen regelversorgt, die Hausärzte stark zurückgegangen - teilweise um 20 Prozent und mehr. Der Altersdurchschnitt der bayerischen Ärzte liegt inzwischen bei knapp 50 Jahren. Viele gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand und haben keinen Nachfolger für ihre Praxis. Zudem wird es infolge des demografischen Wandels zu einem deutlichen Anstieg der Patientenkontakte kommen. „Um die flächendeckende und wohnortnahe Versorgung dauerhaft sicherzustellen, sind vorausschauende und frühzeitige Maßnahmen aller Beteiligten im Gesundheitswesen unerlässlich“, so Söder.

Veränderte Lebensplanung

Berücksichtigt werden sollen dabei auch die veränderten Ziele in der Berufs- und Lebensgestaltung von jungen Ärztinnen und Ärzten. Zwei Drittel der Studienanfänger der Humanmedizin an bayerischen Universitäten sind Frauen. Gerade junge Ärztinnen wünschen sich eine verbesserte Planbarkeit ihrer Tätigkeit sowie familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Die Möglichkeiten hierzu sind dort größer, wo der Arztberuf gemeinsam mit anderen ausgeübt wird, zum Beispiel in einer Gemeinschaftspraxis.

Das Konzept stützt sich auf folgende Maßnahmen:

Strukturelle Initiativen

► Verbesserung der Bedarfsplanung

Die Bedarfsplanung der Selbstverwaltung muss weiterentwickelt werden. Sie soll verhindern, dass es an einer Stelle zu viele, an der anderen zu wenig niedergelassene Ärzte gibt. Die Planung darf sich nicht nach einem reinen Arzt-Einwohner-Verhältnis richten, sondern muss u. a. kleinräumiger werden und die Arztgruppen detaillierter abbilden.

► Angemessene Honorierung

Junge Mediziner gehen bei einer Praxisgründung ein hohes finanzielles Risiko ein. Der Freistaat setzt sich ein für eine leistungsgerechte Vergütung, die regionale Besonderheiten berücksichtigt. Der Bund muss die vertragsärztliche Honorierung den Vorgaben des Koalitionsvertrags entsprechend transparent und verlässlich ausgestalten. Auch die Gebührenordnung für privatärztliche Leistungen (GOÄ) soll aktualisiert werden.

► Bürokratieabbau/Arbeitsentlastung

Der Bund muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Ärzte mehr Zeit für Patienten bekommen und weniger Zeit mit Formularen verbringen müssen. Für die „sprechende Medizin“ braucht es mehr Freiräume.

► Filialpraxen

Gemeinsam betriebene Filial-

praxen benachbarter Vertragsärzte können zu einer dauerhaften wohnortnahen Versorgung beitragen. Insbesondere geeignet sind Kooperationen von Ärzten mit ähnlicher Praxisausstattung. In den Filialpraxen könnten die Ärzte jeweils tageweise praktizieren. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns soll geeignete Ärzte hierauf gezielt aufmerksam machen.

► Praxis auf Zeit

Ärzten soll die Übernahme einer Praxis auf Zeit ermöglicht werden. Denn vielfach schrecken Ärzte vor Selbständigkeit zurück, weil sie das wirtschaftliche Risiko nicht abschätzen können. Die Kassenärztliche Vereinigung könnte dazu in weniger gut versorgten Regionen Bewerbern eine ausgestattete Praxis zur Verfügung stellen.

Verbesserung der Aus- und Weiterbildung

► Weiterbildung für Allgemeinmediziner fördern

Die Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin muss verbessert werden. Dazu sollen regionale Verbände geschaffen werden, die die Weiterbildung im stationären und ambulanten Bereich koordinieren.

► Verzahnung von Ausbildung und Praxis

Schon im Medizinstudium sollen Studenten mit dem Berufsbild des niedergelassenen Arztes umfassend vertraut werden. Das Kabinett schlägt der Bayerischen Landesärztekammer vor, vermehrt Praktika in Arztpraxen - insbesondere bei Allgemeinmedizinern in ländlichen Regionen - und Veranstaltungen mit Studenten anzubieten.

► Stärkung der Allgemeinmedizin

Um das hohe Qualitätsniveau der Ausbildung zu erhalten,



Kolumne Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser,

zur unerfreulichen Bilanz des abgelaufenen Jahres gehört auch die Tatsache, dass wir wieder einen neuen Rekord an Gesetzen, Vorschriften und ergänzenden Ausführungsbestimmungen aufgestellt haben. Das Bundesgesetzblatt 2009 umfasst sage und schreibe 4.000 Seiten und füllt in gebundener Form bereits einen kleinen Aktenschrank. Zugegeben, für jede Regelung gibt es nachvollziehbare Gründe. Aber würde es bei genauer Betrachtung nicht ausreichen, mehr auf die Einhaltung der bereits bestehenden Normen und Richtlinien zu achten? Zu Vieles ist heute schon mit kaum noch be-



Kommission zu lesen: „Bisher fand der Gesetzesantrag auf Bundesebene jedoch nicht die erforderlichen Mehrheiten.“ Was bringt uns die Abschaffung oder fakultative Ausgestaltung des Widerspruchsverfahrens - Widerspruch oder gleich Klage - in Bayern? Weniger Bürokratie oder lediglich eine Verschiebung der Probleme von einer Ebene auf die andere (vom bisherigen Vorverfahren direkt auf die Verwaltungsgerichte)? Wie soll der prominent besetzten „Highlevel-Group“ in Brüssel, bestehend aus 15 „Papierkriegern“, der große Wurf auf europäischer Ebene gelingen, wenn sie in den eigenen Ländern nicht in der Lage sind (oder waren), gründlich auszumisten?

Die Kommissionen werden bei genauer Betrachtung immer noch mit zu vielen Bürokraten besetzt, mit Personen, die oft ihr ganzes Leben nichts anderes gearbeitet haben, als Paragraphen und Vorschriften zu produzieren. Es fehlt ihnen ganz offensichtlich die langjährige Erfahrung von Praktikern und der Mut, Vorschriftenmonster zu Fall zu bringen.

Ich behaupte, dass wir in Deutschland mindestens ein Viertel aller Vorschriften komplett streichen könnten, ohne dass es zu anarchischen oder chaotischen Verhältnisse käme. Hier wäre der Kahlschlag, den wir gerade bei den Gemeindefinanzen erleben, angebracht und ohne negative Folgen. Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Zu den Bergen an Vorschriften kommen auch noch kiloweise Hochglanzbroschüren aus allen Ministerien, die sich im Laufe des Jahres zu meterhohen Stapeln anhäufen. Alle Informationen stehen gleichzeitig vollumfänglich über das Internet zur Verfügung. Was soll diese Porto- und Papierverschwendung? Ich frage mich, wer auf diese Drucke tatsächlich angewiesen ist, noch die Zeit hat, sich die Inhalte zu erschließen? Man könnte diesen Aktionismus auch als „Infoterror“ bezeichnen! Nach dem Motto „Weniger ist Mehr“ sollte auch hier deutlich abgespeckt werden.

Ein kritischer Zeitgeist, den diese Fehlentwicklung nervt, hat herausgefunden, dass das Vaterunser aus 56 Wörtern besteht, die zehn Gebote und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung mit 300 Wörtern auskommen, aber die neue EU-Richtlinie über den Import von Karameilprodukten stolze 26.911 Wörter aufweisen kann. Auch das ist ein Paradebeispiel für überbordende Bürokratie. Von Johann Wolfgang v. Goethe stammt der Satz: „Es ist nicht genug etwas zu wollen, man muss es auch tun!“

Ihr Heinrich Lenz

Bürokratieabbau zwischen Anspruch und Wirklichkeit

herrschaften Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren überzogen. Die Regulierungswut auf allen Ebenen legt die Rathausverwaltungen lahm, hemmt die Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft sowie die persönliche Gestaltungs- bzw. Handlungsfreiheit. Zudem erfordert die Umsetzung jeder neuen Norm zusätzliche Aufwendungen in räumlicher, personeller und sächlicher Hinsicht, Ressourcen, die nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Laut einer Mittelstandsforschung belaufen sich die Bürokratiekosten in Deutschland bereits auf die gigantische Summe von rd. 40 Mrd. €. Auch ist der permanente Versuch des Staates, seine schützende Hand über individuelle Risiken zu halten, nicht unbedingt mit mehr Einzelfallgerechtigkeit gleichzusetzen. Diese gelingt auch den Heerscharen an Anwälten, rechtsberatenden Berufen und Richtern immer weniger (Anzahl ist von 60 Tsd. im Jahre 1990 auf 150 Tsd. 2009 gestiegen). Schon mehrfach wurde deshalb der Versuch unternommen, den undurchdringlich gewordenen Paragraphenschubel auf nationaler und europäischer Ebene zu lichten. Leider vergebens! Wer kann schon auf Anhieb sagen, was aus den Vorschlägen der Henzlerkommission in Bayern geworden ist, was hier tatsächlich dereguliert oder nicht aufgegriffen werden konnte, weil der Bund oder die EU für die Entscheidung zuständig wären? Beispiele: Personenstandsrecht, Arbeitsrecht, steuerliche Bilanzierungspflichten oder Vergaberichtlinien.

Häufig war im Zwischenbilanzbericht der

braucht es mehr Studienplätze für Allgemeinmedizin. In Bayern sollten an allen medizinischen Fakultäten Lehrstühle für Allgemeinmedizin eingerichtet werden. Der erste bayerische Lehrstuhl für Allge-

meinmedizin wurde 2009 an der Technischen Universität München eingerichtet. In Erlangen und Augsburg sind weitere Lehrstühle für Allgemeinmedizin geplant. Zudem muss die Allgemeinmedizin

Pflichtfach im Praktischen Jahr werden. Das Bundesgesundheitsministerium wurde bereits im November 2008 aufgefordert, die Approbationsordnung für Ärzte entsprechend zu ändern. □

Modellprojekt-Auftakt in Landshut:

„Flexible Grundschule“

„Flexible Grundschule“ nennt sich das neue Modellprojekt der Stiftung Bildungspakt Bayern in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Bei der dreitägigen Auftaktveranstaltung in der Landshuter Sparkassenakademie stellten knapp 100 Teilnehmer - darunter Schulleitungen und koordinierende Lehrkräfte der 19 Modellschulen, Vertreter von Regierungen und Schulämtern, Mitarbeiter der Stiftung Bildungspakt Bayern, des Kultusministeriums und des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung ISB - die Weichen für das innovative Konzept.

Laut Staatssekretär Dr. Marcel Huber ist es Ziel des Schulversuchs, das erste schulische Angebot verstärkt an die individuelle Entwicklung des einzelnen Kindes anzupassen. Die ersten beiden Jahrgangsstufen der bayerischen Grundschule sollen in einer flexiblen Eingangsstufe organisiert werden, in der Klassen jahrgangskombiniert gebildet werden. Diese können die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Begabung, ihrer Entwicklung und ihrer Vorbildung in einem individuellen Tempo zwischen einem und drei Jahren durchlaufen. Die unterschiedliche Verweildauer in der Eingangsstufe soll dabei keine Auswirkungen auf die Schulpflicht haben. Sie ist auch nicht mit dem traditionellen „Sitzbleiben“ gleichzusetzen.

Individueller Prozess

Prof. Dr. Dr. Werner Wiater von der Universität Augsburg stellte in seinem Vortrag Bildung deutlich als einen individuellen Prozess der Ko-Konstruktion dar. Dr. Hermann Fußstetter, Vertreter der Wirtschaft im Vorstand der Stiftung Bildungspakt Bayern, hob seinerseits den Innovationscha-

rakter des Schulversuchs hervor und bedankte sich bei den Anwesenden für ihren Mut und die Bereitschaft, aktiv an der Weiterentwicklung der bayerischen Grundschule mitzuarbeiten.

Prof. Dr. Angelika Speck-Hamdan von der LMU München gab einen Überblick über verschiedene nationale Konzepte der Flexibilisierung der Eingangsstufe.

Der Modellversuch basiert auf der Arbeit in jahrgangsgemischten Klassen. Die Wirkungen auf Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler zeigten Prof. Dr. Andreas Hartinger und Dr. Eva Lang von der Universität Augsburg auf. Petra Hiebl, Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen, und Jochen Mayr, Grundschule Hochzoll-Süd in Augsburg, berichteten über die praktische Arbeit in der Jahrgangsmischung.

Zwischen den Vorträgen wurde an allen drei Tagen in den Arbeitskreisen zu den Themen „Bildungsprozesse“, „Methodik und Didaktik, Leistungserhebung, Diagnostik und Individuelle Förderung“ sowie „Schulorganisation und Elternarbeit“ intensiv gearbeitet und diskutiert. **DK**

Appell zu mehr...

(Fortsetzung von Seite 1)
in einen regelmäßigen Dialog und in Anhörungen einbeziehen müssen.

„Die neuen Bestimmungen müssen nun konsequent angewandt werden. Wir gehen davon aus, dass die Kommunen in Zukunft bei der Entstehung europäischer Regelungen intensiv eingebunden werden“, so die Städtetagspräsidentin. Da EU-Gesetze von den Städten umzusetzen seien, garantiere ihre frühzeitige Einbeziehung praxistaugliche Regelungen, die auch von den Bürgerinnen und Bürgern nachvollzogen werden können.

Folgebewertung nötig

In diesem Zusammenhang unterstützen die Städte auch den auf EU-Ebene eingeschlagenen Weg, das EU-Recht zurückzubauen und zu vereinfachen. „Wer die europäische Gesetzgebung verbessern will, muss auch eine wirksame Folgebewertung der Gesetze betreiben“, forderte Petra Roth. Dabei müsse auch geklärt werden, ob die Umsetzung in den Städten

Zeil sieht die...

(Fortsetzung von Seite 1)
nur die Regeln und Institutionen der sozialen Marktwirtschaft. Bisher aber sei gegen künftige Krisen kaum etwas Konkretes getan worden. „Die Politiker gipfeln durch die Gegend, aber vom Notwendigen umgesetzt wird viel zu wenig“, kritisierte Bayerns Wirtschaftsminister.

Es gelte, die Wirtschaft nachhaltig zu erneuern. Allerdings sei dabei zu beachten, dass Instrumente, die befristet zur Abfederung einer akuten Krise geeignet waren, auf Dauer eingesetzt auch schädliche Nebenwirkungen haben könnten.

Die Wirtschaftskrise hat nach Zeils Darstellung vor allem die Bundesländer mit starker Industrie getroffen. Deshalb seien 2009 für Bayern die Ausfuhren, die dem Freistaat jahrelang hohe Wachstumsraten beschert hatten, als Wachstumsquelle ausgefallen. „Es wäre jedoch falsch, das erfolgreiche Geschäftsmodell Bayern deswegen in Frage zu stellen“, betonte der Minister.

Weit über Durchschnitt

Im vergangenen Jahr ist das Bruttoinlandsprodukt in Bayern wie im Bund um real 5 Prozent auf nominal 429,9 Milliarden Euro eingebrochen. Damit liegt Bayern nach wie vor hinter Hessen auf Platz 2 der Flächenländer „und weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Ausfuhren sind 2009 um 20,4 Prozent auf 124 Milliarden Euro eingebrochen. Einziger Lichtblick war China, das mittlerweile auf Platz 6 der wichtigsten Kunden Bayerns rangiert, denn der Absatz in das Reich der Mitte nahm um 6,8 Prozent auf 7,2 Milliarden Euro zu. Kräftige Einbußen mit einem Minus von 17,4 Prozent hatte auch die Industrie zu tragen. Immerhin schnitt sie etwas besser ab als die deutsche Industrie im Durchschnitt, die ein Minus von 18,2 Prozent hinnehmen musste. Schwächer fielen die Verluste bei den stärker binnenorientierten Wirtschaftszweigen aus, also im Handwerk, im Baugewerbe, im Einzelhandel, im Gastgewerbe und im Tourismus. Zeil: „Der Mittelstand hat sich also erneut als besonders stabile Säule unserer Wirtschaft erwiesen.“

Als sehr robust hat sich trotz hoher Umsatzeinbußen in der Wirtschaft 2009 der Arbeitsmarkt gezeigt. Die Zahl der Beschäftigten lag Ende 2009 wie im Bund um 0,3 Prozent niedriger als im Dezember 2008. Wesentlich stärker betroffen als Bayern waren die Länder mit ebenfalls hoher Industriedichte wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und das

Saarland. Der starke und weniger exportlastige Dienstleistungssektor habe sich für Bayern als stabilisierender Faktor erwiesen, kommentierte Zeil die Entwicklung. Der wirtschaftliche Aufstieg gestaltet sich laut Zeil langwierig und ist mit Risiken behaftet. Immerhin liegen die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe wieder über Vorjahresniveau und die Auftragseingänge in der Industrie aus dem In- und Ausland legen seit November wieder zu. Der ifo-Konjunkturtest Bayern ist in fast allen Branchen sprunghaft angestiegen. Dennoch könne der Aufschwung ins Stocken geraten, „wenn ein steigender Kreditbedarf auf zunehmende Finanzierungsgpässe stößt“.

Wirtschaftspolitisch sei es ihm 2009 zunächst darum gegangen, die Finanzierung des Mittelstandes zu sichern und die Betriebe und ihre Investitionen zu stabilisieren. Mit Genugtuung verwies Zeil in diesem Zusammenhang auf dem „Bayerischen Mittelsandtschirm“, unter dem die LfA Förderbank Bayern Bürgschaften und Haftungsfreistellungen gewährt und 2009 Risiken in Höhe von 360 Millionen Euro abgesichert hat. Verbessert wurde auch das Mittelstandskreditprogramm, das Darlehen von 266 Millionen Euro gewährt und Investitionen von 818 Millionen Euro ermöglicht hat. Damit wurden laut Zeil 21.000 Arbeitsplätze gesichert und 3.600 neue geschaffen. Hervorgehoben wurde auch die Regionalförderung, die mit Zuschüssen von 150 Millionen Euro Investitionen von 1,1 Milliarden Euro ermöglicht hat, was 20.000 Stellen gesichert und 3.000 neue geschaffen habe.

Des Weiteren zählte Zeil zu den erfolgreichen Maßnahmen das Sonderprogramm Tourismus, das Strukturprogramm für Nürnberg und Fürth in Höhe von 115 Millionen Euro und die Bemühungen um Unternehmensansiedlungen. Über die Gesellschaft „Invest in Bavaria“ habe man für Bayern 68 Investitionsprojekte an Land ziehen können, wodurch 1100 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien.

Zu den wichtigen Zielen der Wirtschaftspolitik zählt die Breitbandförderung in der Fläche, die inzwischen auf Hochtouren laufe. Investitionsvorhaben für 261 Gemeinden seien bewilligt, für 781 Gemeinden werden Machbarkeitsstudien und Planungsarbeiten gefördert. Insgesamt wurden 17,6 Millionen Euro Fördergelder bewilligt. Eine zentrale Rolle soll auch der Gesundheitstourismus und die berufliche Bildung spielen. Ziel sei, an allen bayerischen Schulen ein eigenständiges Lehrfach „Wirtschaft“ zu etablieren. **dhg**

leistbar ist. Die EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie - Stichwort Feinstaubbelastung - und die EU-Umgebungsrichtlinie zeigten zum Beispiel, dass bisher die Umsetzbarkeit zu wenig beachtet werde: „Wenn die EU lediglich Grenz- oder Zielwerte für Luftschadstoffe oder zur Lärmreduzierung beschließt und meint, dass die Mitgliedstaaten und die Kommunen diese schon irgendwie durchsetzen, greift das zu kurz. Die EU-Gesetzgebung darf sich in solchen Fällen nicht scheuen, zeitgleich Maßnahmen wie zum Beispiel verschärfte Abgasstandards für PKW und LKW vorzugeben, die die Belastung der Menschen verringern.“

Die EU sollte, so die Präsidentin weiter, zudem mehr Mut haben, Gesetze für eine befristete Zeit zu beschließen und ihre Wirksamkeit und ihren Sinn nach Ablauf der Frist kritisch zu hinterfragen. Auch das gehöre zu einem wirksamen Bürokratieabbau.

Stichwort EU-Förderung für Stadtentwicklung: Nach den Worten von Vizepräsident Christian Ude spricht sich der Deutsche Städtetag dafür aus, die Struktur-

förderung der Europäischen Union unbedingt auch für den Bereich regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung beizubehalten. In den bereits begonnenen Beratungen über den EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 dürfe die sog. Ziel-2-Förderung nicht zur Disposition gestellt werden.

„Städte sind in der Europäischen Union Motoren der regionalen Entwicklung. In den städtischen Räumen der EU leben etwa 80 Prozent der Bevölkerung. Nachhaltige Stadtentwicklung, die zum Ziel-2-Programm der Strukturfonds gehört, muss deshalb auch in Zukunft von der EU aktiv unterstützt werden“, hob Ude hervor. Die Städte betrachteten mit Sorge, dass zumindest in Teilen der EU-Kommission der europäische Mehrwert der Ziel-2-Förderung in Frage gestellt werde.

„Gerade in den städtischen Ballungsräumen können zum Beispiel Maßnahmen für eine Klima-schonende Energieerzeugung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besonders wirksam sein“, so Münchens Oberbürgermeister. In Deutschland stünden in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds 26,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Darin enthalten seien auch die Mittel für das Ziel-2-Programm.

Der Deutsche Städtetag appellierte außerdem an die EU-Kommission, in der nächsten Förderperiode der Strukturfonds die „städtische Dimension“ stärker zu verankern. In der laufenden Förderperiode wurde erreicht, dass die Städte an den Förderprogrammen unmittelbar beteiligt werden, allerdings nur als Option. Durch diese Regelung würden die einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich berücksichtigt, bemerkte Ude. Deshalb empfehle der Städtetag eine Mindestquote für die nachhaltige Stadtentwicklung, für die die EU-Kommission in der Debatte um die geltenden Regeln ebenfalls eingetreten sei.

Christian Ude äußerte sich auch zu den für die deutschen Städte besonders bedeutsamen Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bevölkerung - etwa im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, der Energieversorgung und der Abfallentsorgung. Der Lissabon-Vertrag gehe hier erfreulicherweise von weitem Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden aus, wie sie Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die Nutzer mit hoher Qualität zur Verfügung stellen, in Auftrag geben und organisieren.

Gestaltungsspielräume

„Diese Aussagen des EU-Vertrages zur Daseinsvorsorge gilt es mit Leben zu erfüllen. Dazu muss das europäische Vergaberecht angemessene Gestaltungsspielräume ermöglichen“, forderte Ude. Positiv wertete er die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofs zur interkommunalen Zusammenarbeit und zur Frage der Ausschreibungspflicht im Zusammenhang mit städtebaulichen Verträgen. Dadurch seien viele kommunale Sorgen in Deutschland beseitigt worden.

Spielräume im Vergaberecht hätten für die deutschen Städte einen hohen Stellenwert, weil die öffentliche Infrastruktur in kaum einem anderen EU-Staat so dicht und qualitativ hochwertig ausgebaut sei wie in Deutschland. „Die Städte verantworten bei uns nicht nur einen guten ÖPNV oder eine gute Stromversorgung, sondern erbringen in vielen Fällen diese Leistungen auch selbst oder durch eigene Unternehmen. Die Chance dazu wollen wir für die Menschen erhalten, und deshalb darf die EU den Städten dabei nicht unnötig Fesseln anlegen“, stellte Ude abschließend fest. **DK**

Stabilisator der CSU...

(Fortsetzung von Seite 1)
wahrzunehmen und daraus Konsequenzen für das eigene politische Kalkül zu ziehen. Vor allem gehe es aber darum, die schwierige Ausgangssituation in den Griff zu bekommen.

Balleis, seit 14 Jahren Rathauschef, verwies abschließend auf die hervorragende Positionierung Erlangens im Vergleich mit anderen Städten. Ihre Bedeutung als Wirtschafts- und Arbeitsplatzzentrum mit einer niedrigen Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent (Stand: März 2010) spiegle sich auch in den Pendlerbeziehungen wider.

Der Bundesvorsitzende der KPV, MdB Peter Götz, bedankte sich in einem weiteren Grußwort zunächst für die „gute Zusammenarbeit im Bundesvorstand“. „Wenn wir zusammenstehen, sind wir eine geballte Kraft innerhalb unserer Parteien CDU und CSU. Unsere Stimmen werden dann auch gehört“, zeigte sich der Vorsitzende überzeugt.

Götz zufolge gibt es eine Reihe von Themen, „die uns auch in Zukunft beschäftigen werden“. Freilich seien die Probleme in den Städten und Gemeinden höchst unterschiedlich, räumte er ein. Deutschland habe sich vorgenommen, gestärkt aus der Krisensitua-

terreform und die geplante Grundgesetzänderung verständigt.

Mit dem Beschluss der Union geführten Bundesregierung sei die Schaffung einer neuen rechtlichen Grundlage für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen eingeleitet. Die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand werde in eine verfassungsgemäße Form überführt. Der Kompromiss stelle dabei sicher, dass auch die kommunale Option auf eine zukunftsste verfassungsrechtliche Grundlage gestellt wird. Die bestehenden 69 Optionskommunen, die Arbeitslose in Eigenregie betreuen, blieben erhalten. 41 weitere Kommunen dürften neu hinzukommen.

Dauerthema Gewerbesteuer

Das Gesetzgebungsverfahren müsse nun zügig umgesetzt werden, forderte der Bundesvorsitzende. Neben den Arbeitssuchenden und ihren Familien hätten auch die Mitarbeiter in den Verwaltungen Anspruch auf Klarheit und Sicherheit. Insbesondere optionswillige Kommunen müssten schnell rechtssicheren und nachvollziehbaren Optionsbedingungen und Aufnahmeverfahren gegenüberstehen.



MdB Peter Götz, KPVBundesvorsitzender (l.) und Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis. Bild: DK

tion hervorzugehen. In diesem Zusammenhang verwies der Vorsitzende darauf, „dass nur starke Städte und Gemeinden dafür Sorge tragen, „dass wir auch ein starkes Land sind und bleiben“. Es gelte, die kommunale Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten. Als oberstes Ziel gab er die Stärkung der Kommunal Finanzen vor. Darüber hinaus plädierte Götz für eine wirtschaftsbezogene Besteuerung der Unternehmen.

Neue rechtliche Grundlage

Neben dem Thema Konjunkturpaket II ging Götz auf die Neuorganisation des SGB II ein - „eine Entscheidung, auf die wir massiv hingearbeitet haben“. Die 6,8 Millionen Hartz-IV-Empfänger sollen weiterhin mit einer Anlaufstelle umfassend betreut werden. Im Vorfeld hatten sich Union, FDP und SPD auf einen Kompromiss für die so genannte Jobcen-

„Staat und Kommunen - Allianz auch in schwieriger Zeit“ lautete das Thema des Vortrags von Kommunalminister Joachim Herrmann, MdL. Herrmann machte zunächst auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen aufmerksam: „Der Impuls für neue Ideen muss von ihnen ausgehen. Je größer die Probleme sind, umso mehr muss eine Persönlichkeit ran, die mit Kampfkraft und Idealismus etwas bewirken kann.“

„Die Gewerbesteuer bleibt und wird nicht abgeschafft. Es gibt derzeit keine Alternative zur Gewerbesteuer“, hob Herrmann zudem hervor. Die CSU werde nichts gegen den Willen der Kommunen unternehmen und setze sich für eine Stärkung der Kommunal Finanzen ein. Ziel sei es, Wege zu finden, die Volatilität der kommunalen Einnahmen zu verringern. Damit soll eine verlässliche Planung der Kommunal Finanzen ermöglicht und die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt gestärkt werden.

Als „einernehmliche Lösung, mit der die Kommunen gut leben können“ wertete Herrmann den erzielten Kompromiss beim Thema Aufbau des Digitalfunks in Bayern. „Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste werden künftig ein einheitliches und dem aktuellen Stand der Technik entsprechendes Funknetz nutzen. Die Kommunen haben zugestimmt, sich an dessen Mitfinanzierung zu beteiligen. Wir werden jetzt den Aufbau des Digitalfunks in Bayern mit voller Kraft vorantreiben. 2013 müssen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste gemeinsam digital funken können.“

Die Kommunen zahlen zum einen als Mitfinanzierungsbeitrag einen Festbetrag von drei Millionen Euro jährlich an den Staats-

haushalt. Zum zweiten stellen die Kommunen mietfrei Antennenstandorte zur Verfügung; diese Leistung wird mit weiteren drei Millionen Euro Jahresbetrag bewertet. Die Kostenbeteiligung der Kommunen beginnt im Jahr 2013, spätestens jedoch mit der vollständigen bayernweiten Bereitstellung des Digitalfunknetzes. Im Jahr 2024 wird über die kommunale Betriebskostenbeteiligung für die Folgejahre im Lichte des dann gültigen Stades der Digitalfunktechnik neu entschieden.

Als „praxisnahe, unbürokratische Regelung mit positiven Auswirkungen auf die Kommunen“ bezeichnete der Innenminister die Einführung des Feuerwehr-Führerscheins. Die Führerscheine beruhen auf der seit Juli 2009 gültigen Ausnahmeregelung für Mitglieder der Rettungsdienste, der technischen Hilfsdienste und des Katastrophenschutzes. Demnach müssen sich die Kandidaten lediglich einer praktischen Ausbildung und Prüfung unterziehen, um eine Fahrberechtigung von Einsatzfahrzeugen mit einem Gesamtgewicht von 4,75 bis 7,5 Tonnen zu erlangen. Für das Fahren kleinerer Einsatzfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht zwischen 3,5 und 4,75 Tonnen ermöglicht die Regelung eine organisationsinterne Ausbildung und Prüfung nach Landesrecht. In beiden Fällen dürfen solche Fahrzeuge jedoch ausschließlich zu Hilfszwecken genutzt werden.

Trotz des Widerstands des Koalitionspartners FDP pocht Herrmann auf einen härteren Kurs beim Vorgehen gegen übermäßigen Alkoholkonsum. Spätestens im Herbst müsse es konkrete Entscheidungen etwa zu einem nächtlichen Verkaufsverbot für Schnaps an Tankstellen geben. Er werde nicht ruhen, bis es hier eine zufrieden stellende Lösung gebe. Herrmann warnte, es gebe eine deutliche Zunahme von Gewalttaten unter Alkoholeinfluss bei Heranwachsenden. Deshalb müsse verhindert werden, dass hochprozentiger Alkohol rund um die Uhr gekauft werden könne.

Die Tatsache, dass Spielhallen wie Pilze aus dem Boden schießen, war ebenso Thema der Landesversammlung. Die Zahl dieser Einrichtungen hat sich in Bayern zwischen 2000 und 2008 mehr als verdoppelt. Ganz verhindern könne man die Ansiedlung dieser Spielhallen zwar nicht, meinte Herrmann, doch wolle man versuchen, den Städten mit einer eventuellen Besteuerung unter die Arme zu greifen. Bislang gebe es diese Möglichkeit in Bayern nicht, doch der Minister zeigte sich aufgeschlossen dafür, dies im Landtag zu diskutieren. **DK**

Der neue KPVLandesvorstand

- ▶ **Vorsitzender:** Stefan Rößle
- ▶ **Drei Stellvertreter:** Für die Landkreise Georg Huber, für die Städte Gerhard Weber, für die Gemeinden Heinrich Lenz
- ▶ **Repräsentant der Bezirke:** Manfred Hölzlein
- ▶ **Zwei Schriftführer:** Christoph Göbel und Dr. Klemens Gsell
- ▶ **Zehn weitere Mitglieder:** Heinrich Bachmann, Robert Brannekämper, Hans Loy, Gerhard Lunz, Gerhard Preß, Alois Rainer, Prof. Dr. Ulrich Reuter, Alois Scherer, Gertrud Schmidt-Podolsky, Johann Stadler.
- ▶ **Zehn weitere Mitglieder im Hauptausschuss:** Birgit Hainz, Stephan Gawlik, Herbert Hofmann, Josef Lamperstorfer, Kaspar Rager, Ilse Weiß, Josef Zimmermann, Matthias Dießl, Kurt Höller, Josef Bauer, Ulrich Tetzner, Roswitha Nöbauer, Tobias Zech, Katharina Ben, Cornelia Trinkl. **DK**

Die KPV in Zahlen

- ▶ Die KPV ist eine der größten Arbeitsgemeinschaften der CSU mit 15.282 Mitgliedern.
- ▶ Bayernweit gibt es 10 Bezirksverbände und 87 Kreisverbände.
- ▶ Beeindruckend ist auch die Zahl an Kommunalpolitikern:
 - ▶ 1014 Oberbürgermeister und Bürgermeister (das entspricht einem Anteil von 49 Prozent)
 - ▶ 8728 Stadt- und Gemeinderäte
 - ▶ 46 Landräte bei 71 Landkreisen (64 %)
 - ▶ 1944 Kreisräte
 - ▶ alle 7 Bezirkstagspräsidenten
 - ▶ 89 Bezirksräte. **DK**

Klärtechnik auf der IFAT ENTSORGA 2010:

Stromsparen beim Pumpen

In Deutschland gibt es rund 10.000 kommunale Kläranlagen. Nach Angaben des Umweltbundesamts (UBA, Dessau) benötigen sie jährlich fast 4.400 Gigawattstunden Strom, was der Jahresleistung eines modernen Kohlekraftwerks entspricht. Die Behörde schätzt, dass etwa 20 Prozent dieser Energie eingespart werden kann durch effizientere Belüftung, verbesserte Steuerung der Aggregate sowie den Einsatz von Motoren und Pumpen der höchsten Energieeffizienzklasse.

„Bei der Belüftung gibt es bei allen Einzelkomponenten Einsparmöglichkeiten – vom Verdichter über die Verteilung bis hin zu den Belüftungselementen selbst“, weiß Dr. Gerhard Seibert-Erling, Niederlassungsleiter des auf Energieoptimierung, Elektro-, Maschinen- und Verfahrenstechnik, spezialisierten Beratungsunternehmens John Becker Ingenieure (Kerpen).

Verbrauchswerte als zentraler Punkt

„Die jährlichen Stromkosten eines Verdichters im Dauerbetrieb sind bei den heutigen Strompreisen oft höher als die Anschaffungskosten“, rechnet Dr. Seibert-Erling vor. „Es lohnt sich also, bei der Beschaffung eines Aggregates die Verbrauchswerte zu einem wesentlichen Punkt der Kaufentscheidung zu machen.“

Der von den Verdichtern bereitgestellte Luftsauerstoff wird über Belüfter in die biologische Reini-

gungsstufe eingeblasen. Auch hier können die Betreiber viel für die Energieeffizienz tun. Martin Wirsching von der auf Kläranlagenoptimierung spezialisierten Passavant-Intech GmbH (Rimpar) nennt einige Ansatzpunkte: „Neben dem Einsatz von hocheffizienten Membranbelüftern reduzieren auch deren gleichmäßige und flächendeckende Verteilung im Belebungsbecken sowie eine optimale Beaufschlagung den Energieverbrauch maßgeblich. Allerdings ist selbst die beste Sauerstoffausnutzung nur ein Teilerfolg, wenn zu viel oder zu lange Sauerstoff ins System eingetragen wird. Erst eine zusätzliche dynamische und belastungsabhängige Regelung der Belüftung ermöglicht es, das gesamte Einsparpotenzial zu nutzen.“

Aggregate anpassen

Abwasser und Schlamm müssen in einer Kläranlage auf vielerlei Arten bewegt und transportiert

werden. Bei den hierfür eingesetzten Motoren und Pumpen ist der Stromverbrauch abhängig von ihrem Wirkungsgrad, vom Durchfluss und der Förderhöhe. „Je häufiger die Pumpe im Dauerbetrieb ist, umso wichtiger ist es, dass sie neben einer hohen Betriebssicherheit auch eine hohe Energieeffizienz aufweist“, sagt Dr. Seibert-Erling. Außerdem müssen die Aggregate möglichst genau an die tatsächlich auftretenden Betriebszustände angepasst werden. „Das betrifft zum einen die richtige Bemessung der Pumpen hinsichtlich Volumestrom und Förderhöhe, zum anderen ihre optimierte Steuerung, zum Beispiel durch den Einsatz paralleler Pumpen mit unterschiedlicher oder variabler Förderleistung“, erläutert Bernd Koth vom Pumpenhersteller KSB Aktiengesellschaft (Frankenthal). Wichtig seien dabei vor allem auch Erfahrung mit dem Fördermedium und seinen Fließeigenschaften sowie prozesstechnische Kenntnisse.

Optimierung

In den Belebungsbecken muss das Belebtschlamm-Abwasser-Gemisch ständig umgewälzt werden, um ein Absetzen des Schlammes zu verhindern. „Nachdem die Hersteller von Rührwerken wohl so ziemlich alle techni-

schon Effizienzsteigerungsmöglichkeiten ausgereizt haben, geht es jetzt darum, in den Kläranlagen die uneffizienten Rührwerke ausfindig zu machen und durch moderne, hocheffiziente Aggregate zu ersetzen“, erläutert Dr. Seibert-Erling. Außerdem sei es möglich, durch strömungstechnische Untersuchungen und Simulationen die Gestaltung der Becken zu verbessern, die Anordnung der Aggregate zu optimieren und den Betrieb von Belüftung und Umwälzung genauer aufeinander abzustimmen. „Oft können als Ergebnis solcher Analysen sogar einzelne Rührwerke eingespart werden“, unterstreicht der Experte.

Potenziale erkannt

Auch die Politik hat die in den kommunalen Kläranlagen schlummernden Potenziale bei der Energieeffizienz und damit für den Klimaschutz erkannt. Beispielsweise werden in Nordrhein-Westfalen schon seit dem Jahr 1999 Energieanalysen in Kläranlagen mit 70 Prozent der Gutachterkosten gefördert. In Bayern erhalten die Kläranlagenbetreiber seit dem vergangenen Jahr vom Umweltministerium des Freistaats jeweils bis zu 10.000 Euro an Fördermitteln für eine Energieanalyse durch ein externes Ingenieurbüro. In Baden-Württemberg übernimmt das Land im Rahmen der „Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2009“ die Hälfte der Kosten von Analysen, die der Verbesserung der Energieeffizienz in Kläranlagen dienen. □



Bürgermeister Josef Mederer überzeugt sich vor Ort von den Verlegearbeiten der Druckleitung. □

Musterbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit:

Abwasserbeseitigung in Schwabhausen

Ein Vorzeigebispiel für interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Abwasserbeseitigung wurde in der Gemeinde Schwabhausen (Landkreis Dachau) erfolgreich abgeschlossen. „Mit dem Kanalanschluss der 6300-Einwohner-Gemeinde an die Kläranlage der Großen Kreisstadt Dachau konnte gleichzeitig die wirtschaftlich und ökologisch beste Abwasserlösung erreicht werden“, betonte Bürgermeister Josef Mederer bei der Inbetriebnahme der Druckleitung. Damit wird auch die Empfehlung des Bayerischen Gemeindetages, unter anderem im Bereich der Abwasserbeseitigung zur Nutzung von Synergien interkommunal zusammen zu arbeiten, erfolgreich umgesetzt.

Die Entscheidung zum Bau der Druckleitung wurde durch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes untermauert. Damit ist sichergestellt, dass das gesetzliche Gebot zur wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung und ein sorgsamer Umgang mit Steuermitteln beachtet wird.

Ideallösung

Der bisher als Vorfluter dienende Rothbach war für die Aufnahme von großen Mengen gereinigten Abwassers aus der Kläranlage Schwabhausen grundsätzlich ungeeignet. Begrüßt wird die Entscheidung, künftig die Abwässer der Gemeinde in der Dachauer Anlage klären zu lassen, deshalb vor allem auch von der Wasserwirtschaftsverwaltung. „Der Anschluss nach Dachau ist für den Rothbach die Ideallösung aus gewässertechnischer Sicht“, so

ein Vertreter des zuständigen Wasserwirtschaftsamtes.

Entlang der 7,8 Kilometer langen Leitung wurden alle rund 700 Meter Schächte zum Be- und Entlüften sowie auch zur Leitungszugänglichkeit errichtet. Die Lebensdauer der Leitung wird mit ca. 50 Jahren angegeben. An schwierigen Stellen wie beispielsweise der Querung von Straßen, einer Bahnlinie oder von Bächen wird ein Einspül- oder Pressbohrverfahren angewandt. Die Bauzeit betrug rund ein Jahr, die Kosten werden sich auf ca. 2,6 Millionen Euro belaufen.

Ein weiteres Argument aus Umweltgesichtspunkten ist, dass aus dem Schwabhauser Klärschlamm rund 70.000 KW/h Strom und aus den Motoren über eine Kraftwärmekopplung nochmals umgerechnet ca. 110.000 KW/h erzeugt werden können. Diese zukunftsweisende Entscheidung musste politisch gegenüber Verfechtern einer eigenen Kläranlage hart erkämpft werden. □

Terbutylazin soll verboten werden

Resolution der ARGE Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura wurde vorgestellt

Mit einem offenen Brief, in dem ein Verbot des Pflanzenschutzmittelwirkstoffes Terbutylazin gefordert wird, wendet sich die ARGE Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura an die Staatsregierung sowie an das Landwirtschafts- und Umweltministerium. Mitte April stellten Max Knott, der 1. ARGE-Vorsitzende, sowie die seit 2004 hier mit verschiedenen Aufgaben betrauten Dr. Karl Heinz Prösl und Dr. Georg Eiblmeier nähere Details beim Wasserzweckverband Laber-Naab vor.

Auf die Atrazin-Problematik verwies Knott - zur Lösung musste eine Aktivkohlefilteranlage gebaut werden. Da auch Terbutylazin in Bodenproben nachgewiesen wurde, ist für Knott „ein Verbot angebracht“, auch weil sich die kleineren der sechs in der ARGE vereinten Verbände eine Filteranlage nicht leisten können.

Trinkwasser-Image

Von einer schleichenden Verwendung von Terbutylazin sprach Hydrogeologe Dr. Karl-Heinz Prösl, der für die ARGE als Sachverständiger und Gutachter arbeitet. Er empfahl, in Karstgebieten grundsätzlich den Einsatz dieses Wirkstoffes zu untersagen. „Wir gehen bis zum Äußersten, wir wollen das Verbot“, forderte Prösl. 24 von 28 dazu angesprochenen Wasserversorgern aus Ostbayern sind für die Resolution. „Es soll nicht wieder passieren, dass wir danach den Schadstoff rausfiltern müssen. Es geht auch um das gute Image unseres Trinkwassers. Wenn wir die Struktur der Wasserversorgung erhalten wollen, dann hat dieser Wirkstoff bei uns nichts zu suchen“, machte der Hydrogeologe deutlich.

Landwirtschaftliche Aspekte

Agraringenieur Dr. Georg Eiblmeier zeigte die landwirtschaftlichen Aspekte auf. Terbutylazin wird primär bei Mais eingesetzt, und Mais ist für Biogasanlagen ein wichtiger Rohstoff. Da Terbutylazin auch in Wasserschutzgebieten verwendet werden darf,

rechnet Eiblmeier wegen des hohen Maisanteils im Jura und der Zunahme von Biogasanlagen mit einer hohen Terbutylazinbelastung. Den Landwirten rät er, alternative, nicht schädliche Mittel zu verwenden und sich mit dem Thema zu befassen. Nach Analysen im Oberpfälzer Jura konnte der Terbutylazineinsatz verringert werden. „Es ist aber nur eine freiwillige Vereinbarung, und das ist nicht ausreichend“, bilanzierte der Agraringenieur auch vor dem Faktum, dass es Mittel mit Terbutylazin im Handel immer noch gibt.

Die Staatsregierung, die Wasserwirtschaft und die Ministerien vertrat Dr. Jürgen Seibold vom Sachgebiet Wasserbau und Wasserwirtschaft bei der Regierung der Oberpfalz. Als „vom Grundsatz her gute Initiative“ sah er die Resolution, als Problem nannte er die Freiwilligkeit in vielen Bereichen. „Uns würde ein Verbot von Terbutylazin entgegenkommen. Doch die Frage ist, ob es auf nationalem oder EU-Recht geklärt wird und wie die Industrie reagiert“, relativierte er.

Problematik erkannt

Die sechs Mitglieder der ARGE Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura jedenfalls haben die Problematik erkannt und die Resolution unterschrieben. „Wir hoffen, dass das Verbot zügiger zu realisieren ist, ehe Terbutylazin im Trinkwasser nachgewiesen wird. Denn vorbeugen ist allemal besser als hinterher zu reinigen“, fasste Knott zusammen. **Markus Bauer**



Messe München
International

www.ifat.de

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE UMWELT

ONLINE-REGISTRIERUNG FÜR BESUCHER:
www.ifat.de/tickets



WELTLEITMESSE FÜR WASSER-,
ABWASSER-, ABFALL- UND
ROHSTOFFWIRTSCHAFT

13.-17. SEPTEMBER 2010
IN MÜNCHEN

DAS INTERNATIONALE ANGEBOT FÜR
DIE WASSER- UND ABWASSERWIRTSCHAFT

- Alle Anwendungsfelder, alle Produkte, alle Dienstleistungen
- Technologieführer, Spezialisten und Newcomer aus aller Welt
- Für jede Anwendung und jeden Einsatz die passende Lösung
- Erstklassiges Rahmenprogramm für Information und Networking
- Sehr breites Leistungsspektrum für die Wasser- und Abwasserwirtschaft

Ausführliche Informationen und Vortragsprogramm unter: www.ifat.de

Neue Messe München
81823 München
Tel. (+49 89) 9 49 - 1 13 58
Fax (+49 89) 9 49 - 1 13 59



A WORLD OF ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

Volles Programm von Diring&Scheidel:

Kanalsanierungsarbeiten in Erftstadt

Die im Rahmen der Selbstüberwachungsverordnung Kanal (Süw V Kan) durchgeführten Kamerabefahrungen im Erftstädter Stadtteil Lechenich zeigten ein eindeutiges Ergebnis: Viele der alten Regenwasser- und Abwassersammler wiesen die dem Alter und der Nutzungsdauer entsprechenden Schäden auf. Aber auch nicht fachgerecht eingebundene Hausanschlussleitungen und starker Wurzeleinwuchs machten Sanierungsarbeiten dringend erforderlich. Nicht zuletzt aufgrund der nötigen aufwendigen Wasserhaltung entschied sich der Auftraggeber, die Stadtwerke Erftstadt, gegen eine Sanierung in offener Bauweise. Auch der Umstand, dass während der Sanierungsarbeiten der Busverkehr zu einem nahe gelegenen Schulzentrum aufrecht erhalten werden musste, trug zu dieser Entscheidung bei.

Den Auftrag für die Sanierung von rund 1,5 km Leitungsnetz erhielt die Diring&Scheidel Rohrkanalisation. Dabei wurden hauptsächlich Haltungen in Nennweitenbereichen von DN 200 bis DN 600 mit Schlauchlinern ausgekleidet. Hinzu kam ein Stauraumkanal im Kölner Ring mit der Nennweite 1000/1500.

„Entsprechend der seit 1996 in Kraft getretenen Verordnung zur Selbstüberwachung von Kanali-

sationen und Einleitungen von Abwasser aus Kanalisationen im Mischsystem und im Trennsystem führen wir regelmäßig Kamerabefahrungen im städtischen Kanalnetz durch“, erläutert Dipl.-Ing. Lutz Halfen, Techn. Abteilung Abwasser, Stadtwerke Erftstadt. „Entsprechend der Ergebnisse und der Schadensbilder entsteht hieraus eine Prioritätenliste, nach der wir dann die anstehenden Sanierungsarbeiten in Auftrag geben.“

Bei den Tiefbaumaßnahmen im Stadtteil Lechenich entschied sich der Auftraggeber aus mehreren Gründen für eine so genannte grabenlose Ausführung. „Neben einer sehr aufwendigen und damit auch kostspieligen Wasserhaltung spielte vor allem eine Rolle, dass auch während der Bauzeit der Straßenverkehr so wenig wie möglich gestört werden sollte“, erinnert sich Halfen. „Deshalb haben wir uns für den Einbau von Schlauchlinern entschieden.“

Eine Entscheidung, die darüber hinaus auch dazu beigetragen hat, dass sich die Belästigungen der Anwohner in dem überwiegend durch Wohnbebauung gekennzeichneten Stadtteil in überschaubaren Grenzen hielt. Zudem habe sich das Verfahren auch unter rechnerischen Aspekten als das wirtschaftlichste erwiesen, so Halfen weiter.

Verschiedene Techniken im Einsatz

In den diversen Haltungen kamen verschiedene Inliner-Systeme aus der breit gefächerten D&S-Produktpalette zum Einsatz: „So wurden zum Beispiel Nadelfilz-Liner und GFK-Liner eingebaut“, fasst Bauleiter Dipl.-Ing. Jens Wahr, Diring&Scheidel Rohrkanalisation GmbH & Co. KG, NL Herne, zusammen. „Darüber hinaus haben wir partielle Sanierungen im KA-TE-Verpress- oder Spachtelverfahren durchgeführt, Stutzen mit dem KA-TE-Roboter neu angebunden und Abzweige mit Hutprofilen saniert.“

Bei der Auskleidung des Stauraumkanals im Kölner Ring fiel die Wahl auf den D&S-PolyLiner. „Hierbei handelt es sich um einen mit Polyester-Harz getränkten Nadelfilzschlauch“, erklärt Wahr. Nach dem Transport des im Werk unter definierten Qualitätsstandards konfektionierten und getränkten Inliners, wird der Schlauch mit Wasserdruck im Inversionsverfahren in die vorbereitete Haltung eingebracht. Der Druck der Wassersäule sorgt dann

Formen der Zusammenarbeit, beginnend beim organisierten Erfahrungsaustausch über eine objektive ggf. vergleichende Bestandsaufnahme von Netz und Anlagen (EffWB oder Anlagenüberprüfung), gemeinsame Aufgabenerledigung oder die Ausnutzung vorhandener Synergiepotenziale bewusst eingesetzt werden.

Es ist sicher auch an der Zeit, gegenseitig gepflegte Vorurteile zu überwinden. Kleine Wasserversorger fühlen sich oft bevormundet behandelt, wenn der „große“ benachbarte Wasserversorger der Kreisstadt Angebote zur Zusammenarbeit macht. Umgekehrt muss auch der „Große“ lernen, dass erfolgreiche Zusammenarbeit nur in einer Begegnung auf „gleicher Augenhöhe“ geschehen kann.

Kirchturmpolitik ist eine Sackgasse

Einen Ansatz zu mehr Gemeinsamkeit haben gerade die Wasserversorger im Landkreis Freising gestartet, wo sich eine Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Landkreis Freising formiert hat. Sicher waren die ersten Schritte noch etwas unbeholfen. Inzwischen ist aber eine Vertrauensbasis entstanden, die die Akteure mehr und mehr zusammenschweißt.

Neben der gegenseitigen fachlichen Information, der gemein-

dafür, das sich der Inliner aufstellt und formschlüssig an die Wandung des alten Kanals – am Kölner Ring ein Betonrohr mit Eiprofil in der Nennweite 1000/1500 – anpasst.

Durch Aufheizen des bei der Inversion genutzten Wassers erfolgt die Aushärtung des Polyesterharz-Systems. Das Verfahren eignet sich für die Sanierung defekter Rohrleitungen im Nennweitenbereich von DN 100 bis DN 1600 einschließlich vielfältiger Sonderprofile. „Das Ergebnis ist ein Produkt, dessen Standard und Qualität allen Anforderungen in puncto Dichtheit, statischer Tragfähigkeit und hydraulischem Abflussverhalten gerecht wird“ betont Wahr.

Stutzen ebenfalls saniert

Vor dem Einbau des Schlauchliners sind wichtige Vorarbeiten auszuführen. „Hierzu zählen unter anderem die Vorbereitung der Haltungen mit dem KA-TE-Roboter, einem hydraulischen Fräse-roboter, der den Kanal von einragenden Scherben oder Ablagerungen und anderen Hindernissen befreit. Im gleichen Arbeitsgang werden noch einmal Lage und Position der vorhandenen Abzweige bzw. Stutzen ermittelt, um sie nach Einbau und Aushärten des Liners problemlos mit dem Fräse-roboter öffnen zu können.“

Dichtheitskontrolle von Leitungen und Schächten

„Beschädigte Hausanschlussstutzen wurden bei der Sanierungsmaßnahme gleich mit repariert, da das Leitungsnetz bis zur Grundstücksgrenze in den Verantwortungsbereich der Stadtwerke fällt“, erklärt Lutz Halfen, auch mit Blick auf 2015. Bis zu diesem Datum ist nach DIN 1986-30 in Verbindung mit § 18 b Wasserhaushaltsgesetz bundesweit eine Dichtheitskontrolle sämtlicher Grundstücksentwässerungsleitungen und Schächte durchzuführen.

„Falls diese dann saniert werden müssen, braucht die Straße nicht mehr aufgerissen zu werden und die Eigentümer können auf Wunsch ein Unternehmen wie die Diring&Scheidel Rohrkanalisation beauftragen, um eine fachgerechte Sanierung auch auf den privaten Grundstücken sicherzustellen“, schaut Halfen in die Zukunft. □

samen Organisation des Störungsmeldewesens, stehen die gegenseitige fachliche Unterstützung in Spezialfällen, Maßnahmen der Aus- und Fortbildung und der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit auf dem Programm.

Gemeinsamkeit ist auch hinsichtlich der Beurteilung der Auswirkungen des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) auf die Wirtschaftlichkeit insbesondere kleinerer Versorger von großer Bedeutung. Das betrifft in erster Linie die Ausgleichspflicht nach Artikel 32 BayWG. Es muss zukünftig mit einer Erweiterung der Ausgleichsansprüche auch für neue landwirtschaftliche Betriebsanlagen in Wasserschutzgebieten gerechnet werden.

Gebührenbelastungen systematisch erfassen

Gerade vor dem Hintergrund, dass dieses Gesetz zunächst nur für zwei Jahre beschlossen wurde, ist es bedeutsam, daraus resultierende Gebührenbelastungen systematisch zu erfassen und rechtzeitig verfügbar zu machen. Die Wasserwirtschaft darf nicht zu einer gesellschaftlichen Einrichtung zweiter Klasse und damit den Interessen anderer Nutzer nachgeordnet werden.

Unter dem Motto „Gemeinsam handeln – Erfolg teilen“ stellt man sich den wachsenden Anforderungen aus Politik und Technik. **Jörg Schuchardt**



V. l.: Dr.-Ing. Helmut Friede, Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm. Carl-Friedrich Thymian, Dipl.-Ing. Dieter Jacobi und der neue Obmann des Güteausschusses, Dipl.-Ing. Uwe Neuschäfer. □

Eine zuverlässige Verbindung

Mitglieder des Güteschutz Kanalbau trafen sich in Warnemünde

Die 23. Mitgliederversammlung der RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau fand in diesem Jahr in Warnemünde statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Berichte des Vorstandsvorsitzenden der Gütegemeinschaft, Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm. Carl-Friedrich Thymian, des Obmanns des Güteausschusses, Dipl.-Ing. Rüdiger Prestinari, des Beiratsvorsitzenden, Dipl.-Ing. Rudolf Feickert M.A. sowie des Geschäftsführers, Dr.-Ing. Helmut Friede.

Außerdem wurde gewählt: Dipl.-Ing. Michael Ilk ist neues Vorstandsmitglied. Er löst Dipl.-Ing. Arnulf Gekeler ab, der für eine erneute Wahl nicht mehr zur Verfügung stand. Neben Dipl.-Ing. Uwe Neuschäfer und Dipl.-Ing. Gerhard Würzberg wurden Rainer Dilg, Dipl.-Ing. Karl-Heinz Flick sowie Dipl.-Ing. Claus-Jürgen Michalzik in den Güteausschuss wiedergewählt. Neu dabei sind Dipl.-Ing. Michael Daehn und Dipl.-Ing. Ulrich Döpper. Zudem wurde Uwe Neuschäfer zum neuen Obmann des Güteausschusses gewählt.

Für die Zukunft gut gerüstet

In seiner Begrüßungsrede ging Vorstandsvorsitzender Thymian auf die Entwicklung der Gütegemeinschaft ein. Die positive Bilanz: Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich von 3.134 auf 3.184. Für Thymian ein positives Signal – „trotz der nach wie vor schlechten (bau-)wirtschaftlichen Lage“, wie der Vorstandsvorsitzende feststellte. In Bezug auf den Güteschutz Kanalbau konnte Thymian mit weiteren beeindruckenden Zahlen aufwarten: 435 Gütezeichenanträge wurden 2009 gestellt. 4.798 Auftraggeber und Ingenieurbüros hatten Ende des Jahres die Anforderungen der Gütesicherung RAL-GZ 961 in ihre Ausschreibungen aufgenommen. 911 Auftraggeberbesuche, 40 Auftraggeber-Fachgespräche, 1.823 Firmenbesuche sowie 20 Messe- und Kongressbeteiligungen dokumentieren die Tätigkeit der Mitarbeiter in der Geschäftsstelle und der vom Güteausschuss beauftragten Prüfungsinstitute. Diese besuchten 3.343 Baustellen im Rahmen der Gütesicherung.

Der Aufgabenbereich der Gütegemeinschaft umfasst die Beurteilung der Eignung von Firmen, deren Zertifizierung mit dem RAL-Gütezeichen sowie die Überwachung der Herstellung und Instandhaltung von Abwasserleitungen und -kanälen im Rahmen der Fremdüberwachung der Firmen und Baumaßnahmen.

Damit setzt die Gütegemeinschaft um, was Auftraggeber und Mitglieder fordern. Eine Top-Leistung, für die Thymian allen Beteiligten seinen Dank ausspricht – von der Geschäftsstelle über die Prüfungsinstitute bis hin zu den Gremien der Gütegemeinschaft. Dazu zählen neben der Mitgliederversammlung der Vorstand, der Geschäftsführer, der Güteausschuss und der Beirat. Letzterer versteht sich „als Interessenvertreter und Mittler des Güteschutzgedankens“, wie der Beiratsvorsitzende Feickert betonte. Er be-

zeichnete die Verbesserung von Qualität und Langlebigkeit im Kanalbau als gemeinsame Aufgabe von Auftragnehmern und Auftraggebern und bekräftigte das Anliegen der Gütezeicheninhaber, sich von unqualifizierten Wettbewerbern abheben zu wollen. Zugleich verband er seine Aussage mit der Hoffnung, dass das Engagement der Unternehmen von Auftraggeberseite entsprechend honoriert wird.

Engagement gewürdigt

Zum 14. und letzten Mal berichtete Rüdiger Prestinari als Obmann über die Arbeit im Güteausschuss. Prestinari wurde zuvor vom Vorstandsvorsitzenden Thymian für sein langjähriges und durch hohe Fachkompetenz gekennzeichnetes Engagement für die Belange der Gütesicherung gewürdigt. Zudem wurde Prestinari die Ehrenmitgliedschaft der Gütegemeinschaft Kanalbau verliehen, ebenso wie Dipl.-Ing. Wolfgang Becker, der für eine Wiederwahl in den Güteausschuss ebenfalls nicht mehr zur Verfügung stand.

„5.376 Vorgänge sind 2009 von den Prüfungsinstituten vorgelegt und im Güteausschuss behandelt worden“, so Prestinari. Hieraus resultierten u. a. 370 neue Beurkundungen nach Erstprüfungen. Auch wurden Änderungen im Satzungswerk vorgenommen und die Güte- und Prüfbestimmungen sowie die Durchführungsbestimmungen redaktionell überarbeitet und angepasst, so unter anderem für den Ausführungsbereich ABV (Ausschreibung und Bauüberwachung bei der grabenlosen Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen). „Die von Auftraggebern, Bauunternehmen und Ingenieurbüros gestellten Aufgaben wurden umgesetzt“, zog auch Geschäftsführer Helmut Friede ein positives Fazit.

Funktionierendes System

Dass das System Gütesicherung funktioniert, belegte er mit einer Reise durch die Zahlen & Fakten 2009. Der Faktencheck zeigt u. a. das Vergabeverhalten der Auftragnehmer in Mecklenburg-Vorpommern: 839 von 872 Kommunen fordern die RAL-Gütesicherung Kanalbau in ihren Ausschreibungen. Für Friede ist das Zusammenspiel von Auftraggebern, Auftragnehmern und Gütegemeinschaft Kanalbau eine glückliche Verbindung. Das soll auch in Zukunft so bleiben – so sein Anliegen. Deshalb sind in 2010 viele Aktivitäten des Güteschutz Kanalbau auf diese Aufgabenstellung ausgerichtet. □

Gemeinsam handeln – Erfolg teilen

Eine der stabilsten, aber gleichzeitig auch sehr sensiblen Einrichtungen jeder Gemeinde ist die öffentliche Wasserversorgung. Ihre Größe spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle, egal ob Dorf oder Großstadt. Im Rahmen der Daseinsvorsorge obliegt es der Gemeinde dafür Sorge zu tragen, dass das Lebensmittel Trinkwasser in bester Qualität, zu jeder Zeit, in ausreichender Menge jedem Bürger zur Verfügung steht.

Die Verantwortung dafür liegt beim Bürgermeister oder bei den, für die Wasserversorgung verantwortlichen Fachleuten. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ist zum einen eine „nachhaltige Gewässerbewirtschaftung Voraussetzung, die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen“.

Eckpunkte

Außerdem gilt, dass „der Wasserbedarf der öffentlichen Wasserversorgung vorrangig aus ortsnahen Wasservorkommen zu decken ist“, es sei denn, dass „eine Versorgung aus ortsnahen Wasservorkommen nicht in ausreichender Menge oder Güte, oder nicht mit vertretbarem Aufwand sichergestellt werden kann“. Damit sind die Eckpunkte für eine geordnete Wasserwirtschaft gelegt. Das bedeutet aber auch, dass man sich mit zahlreichen nachgeordneten Fragen auseinanderzusetzen hat, die überwiegend einen wirtschaftlichen Bezug haben.

Es kann festgestellt werden, Wasserquelle und Versorgungsnetze sind ortsgebundene Einrichtungen. Ihre Bewirtschaftung hingegen lässt aber durchaus Spielraum für verschiedene Varianten zu.

Personal und Technik

Eine einmal installierte Technik muss unterhalten, Instand gehalten, erneuert werden und den aktuellen Anforderungen an Hygiene und Technik entsprechen. Voraussetzung hierzu ist die Vorhaltung von qualifiziertem Personal und geeigneter Technik. Der Wasserpreis oder die Wassergebühr sind Kosten deckend zu kalkulieren.

Der Bürger ist oft der Auffassung, zu viel für das Lebensmittel Wasser zahlen zu müssen. Er hat das Recht auf Aufklärung, wofür sein Geld verwendet wird. Hier ist Transparenz angebracht.

Gegen Abweichungen von eu-

ropäischen oder nationalen Regelungen wird zunehmend von übergeordneten Stellen Rechenschaft gefordert.

Folgt man der Argumentation des BDEW, so ist zu erwarten, dass auch geringfügige Nichteinhaltungen europäischer Verordnungen (dies gilt auch für kleinere und kleinste Versorgungsnetze) zukünftig zum Anlass genommen werden, stärkere Regulierungen und Kontrollen einzuführen.

Es kann aber nicht im Interesse der deutschen Wasserwirtschaft liegen, dass das Lebensmittel Trinkwasser wie eine beliebige Ware vermarktet und dass ein regulierter Wassermarkt entsteht. Die Begründungen dafür, Intransparenz, Ineffizienz, Wasser wie Energie einzuordnen oder Kostensenkungspotenziale werden häufig genannt und sind hinreichend bekannt. Im Ergebnis ist bei Verwirklichung dieses Szenarios mit Zwangsausschreibungen oder dem Verlust der Gestaltungsoptionen der Kommunen zu rechnen.

Mehr Zusammenarbeit

Leider gibt es nicht den Zauberkessel, der die Krieger des kleinen gallischen Dorfes so stark gemacht hat, sich immer wieder erfolgreich gegen die römische Übermacht zu wehren. Es gibt aber die Möglichkeit, sich durch gezielte Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung gegen anstehende Herausforderungen zu wappnen.

Seit Jahren rufen der Bayerische Gemeindetag, die Fachverbände und die Bayerische Staatsregierung über Benchmarking (EffWB) und andere Angebote zu mehr Zusammenarbeit auf, um sich gegen die Behauptung der Unwirtschaftlichkeit durch strukturelle Anpassungen zu stärken.

Neben den Qualitätszielen muss es Ziel für jeden Verantwortlichen in der Wasserwirtschaft sein, seine Aufgaben wirtschaftlich zu erfüllen. Das gelingt aber nur, wenn man nicht die Augen verschließt und meint, alles allein machen zu können.

Dazu sollten die verschiedenen

Unternehmertag 2010 der Bayerischen Bauindustrie:

„Bau mobiles Leben“

Beim diesjährigen Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie in Oberschleißheim nahm Verbandspräsident Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer unter dem Leitthema „Bau mobiles Leben“ Stellung zur Situation der Bauwirtschaft, zur herausragenden Bedeutung einer modernen Verkehrsinfrastruktur sowie zu weiteren wichtigen gesellschaftspolitischen Themen. Vor rund 300 Gästen aus Unternehmen, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ging Bundesminister Dr. Peter Ramsauer auf das verkehrspolitische Konzept der Bundesregierung und die besondere Bedeutung der Bauindustrie ein.

„Die Bauwirtschaft hat die Finanzkrise deutlich zu spüren bekommen, auch wenn die öffentlichen Konjunkturprogramme viel geholfen haben“, hob Bauer einleitend hervor. Der Rückgang der gesamten Bauaufträge in Bayern um 4,6 Prozent sage gerade in einem so gewaltigen Krisenjahr nur wenig aus: Diese Zahl setze sich zusammen aus einem zweistelligen Einbruch im Wirtschaftsbau um 15,8 Prozent sowie einem Plus von 3,5 Prozent im Wohnungsbau und im Öffentlichen Bau von 4 Prozent. „Diese Zuwächse haben wir den Konjunkturprogrammen zu verdanken. Die Zahlen zeigen aber auch, wie heterogen die Situation ist. Viele Betriebe leiden gewaltig, anderen geht es dagegen recht gut“, konstatierte der Verbandschef.

Anhaltende Krise

2009 konnte die Beschäftigung am Bau insgesamt noch fast stabil gehalten werden, stellte Bauer

fest: ein Prozent Beschäftigungsrückgang sei ein Erfolg. Jedes Unternehmen habe versucht, seine Mannschaft und seine Spezialisten zu halten. Eine Gewähr, dass dies auch in diesem Jahr und vor allem in 2011 so bleiben wird, könne niemand geben. Die Krise sei noch nicht vorbei.

Mindestinvestitionsquote

Bauer forderte, es endlich zur Regel zu machen, „dass Investitionen in allen Öffentlichen Haushalten vorrangig behandelt werden“. In jeder staatlichen Haushaltsordnung müsse festgeschrieben werden, dass zuerst eine Mindestinvestitionsquote von 15 Prozent erfüllt werden muss. „Erst danach kommen die übrigen Ansprüche“, so der Verbandschef.

Restgröße

Viel zu lange seien Investitionen in den Öffentlichen Haushalten vernachlässigt und als Rest-

größe behandelt worden, beklagte er. „Immer werden erst die feststehenden Ausgaben wie Zinsen oder die Erfordernisse der Leistungsgesetze bedient. Am Schluss kommen die Investitionen an die Reihe, wenn überhaupt etwas übrig bleibt.“ Dies müsse endlich umgekehrt werden. Gerade jetzt sei der richtige Zeitpunkt. Denn nur so könne verhindert werden, dass der durch die Finanzkrise stark angewachsene Schuldenberg wieder zu Lasten der Investitionen abgebaut wird.

Höhere Folgeschäden drohen

„An Investitionen, vor allem an Bauinvestitionen zu sparen, ist aber gerade das Gegenteil von Sparen“, machte Bauer deutlich. Durch unterlassene Bauinvestitionen drohten höhere Folgeschäden. Dies gelte sowohl für unterlassene Erhaltungsmaßnahmen, wenn sich dadurch die Schäden vergrößerten und vermehrten als auch für unterlassene Ausbaumaßnahmen. „Wenn wir unsere Verkehrsinfrastruktur nicht auf den zukünftigen Bedarf hin ausbauen, können wir unseren Wohlstand nicht halten. Insbesondere verstoßen wir so gegen das Gebot der Nachhaltigkeit“, betonte der Präsident.

Die vorhandene Baukultur achten

Erste Infoveranstaltung zum Thema „Bauen im Regensburger Land“

Auf reges Interesse stieß die erste Info- und Vortragsveranstaltung des Landkreises Regensburg zum Thema „Bauen im Regensburger Land“ im Bürgersaal des Zehentstadels. Dabei sollten Leitlinien für die künftige Bauentwicklung vorgestellt werden. Nicht nur mit Fragen des Bauwesens befasste Markt-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte der Kommunen des westlichen Landkreises Regensburg fanden sich ein, sondern auch viele mit diesen Themenfeldern beauftragte Mitarbeiter der Gemeindeverwaltungen sowie auch Interessierte von Vereinen und Verbänden aus diesen oder auch benachbarten Distrikten. Nach den Vorträgen von Landrat Herbert Mirbeth und der seit einem halben Jahr tätigen Kreisbaumeisterin Urte Kelm bestand ausreichend Gelegenheit zur Diskussion.

In seiner Einführung erläuterte Landrat Mirbeth zunächst die neue Aufteilung in der Bauabteilung mit der technischen Leitung (Kreisbaumeisterin Urte Kelm) und der rechtlichen Abteilung (Bauamtsleiter Herbert Straubmeier) sowie die seit ein- einhalb Jahren laufende Kampagne zum Bauen im Regensburger Land. Auch die letztjährigen Regionaltage waren diesem Thema gewidmet.

Stadtflucht

„Wir wollen damit die wertvolle Arbeit der Bürgermeister und Gemeinderäte unterstützen“, stellte der Landkreischef fest und verwies auf die Einführung der Baulandbörse und den Wettbewerb zwischen der Stadt und dem ländlichen Raum in Sachen Bauen. Den heute wieder deutlicher feststellbaren Trend zurück in die Stadt begründete Mirbeth mit der demographischen Entwicklung, wonach Paare ohne Kinder oder Singles heute weniger aufs Land ziehen oder wegen des Angebots, der Infrastruktur und der Versorgung in die Stadt zurückkehren.

Harter Wettbewerb

Mirbeth prophezeite für die nächsten Jahre einen „harten Wettbewerb zwischen der Stadt und der grünen Wiese“, doch dieser Herausforderung müsse sich der Landkreis stellen. Und das auch vor dem Hintergrund vieler Vorteile wie der geringeren Gewaltbereitschaft, der stärkeren und dichteren Sozialkontakte (Vereine, Ehrenamt), der schönen Landschaften, der gün-

stigen Grundstückspreise und der tollen Betreuungsangebote (vor allem Kindergärten). Verbesserungen sind laut Mirbeth im öffentlichen Personennahverkehr nötig.

„Attraktivität durch Vielfalt“

Zum Thema Baukultur stellte er fest, dass auf dem Land mit gewachsenen, historischen Orten wertvolle Strukturen vorhanden seien. Mit diesem Erbe müsse aber verantwortungsvoll umgegangen werden. Beim Wettbewerb mit der Stadt dürfe sich der Landkreis nicht „aufweichen lassen“, trotz der Lockerungen durch den Gesetzgeber ist für den Landkreischef die Disziplin wichtig.

„Attraktivität durch Vielfalt“ gab er daher als Motto aus, wobei immer ein Ausgleich zwischen den Interessen des Einzelnen und der Allgemeinheit herzustellen sei. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung schlug Mirbeth den Bau eines Mehrgenerationenhauses vor und riet, kritisch an Bebauungs- und Flächennutzungspläne bzw. Stellungnahmen heranzugehen.

Gemeinsamer Auftrag

Mit vielen Bildbeispielen illustrierte Kreisbaumeisterin Urte Kelm ihren Vortrag zum Thema „Bauen im Regensburger Land – ein gemeinsamer Auftrag“. Als Basis sieht sie, die Attraktivität im Regensburger Land zu sichern und zu gewinnen. Dies könne etwa durch das Setzen von Entwicklungsschwerpunkten oder im Erkennen, Nutzen und Stärken räumlicher Potent-

ziale geschehen. Ein weiterer Aspekt ist für sie die Sicherung und Entwicklung der Qualität und Identität des Ortes etwa durch dessen kulturgeschichtliche Bedeutung, bauliche Prägung, Verkehrsanbindung oder auch durch Konzepte für Leerstände und Brachflächen.

Als zentralen Begriff führte Kelm „Baukultur“ ein. „Baukultur achten bedeutet heute, sich mit dem Bauvorhaben in die bestehende naturnahe und bebaute Umwelt zu integrieren. Dabei sind die Identität prägenden Merkmale des Ortes aufzunehmen bzw. zu interpretieren“, führte Kelm aus. In einem weiteren Abschnitt ihres Referates ging sie auf bauplanungsrechtliche Steuerungsvereinfachungen und deren Folgen für das Bauen im Regensburger Land sowie auf allgemeine Qualitätskriterien für die Ortschaft, den öffentlichen Raum bzw. Wohngebiete sowie für Gebäude ein. „Erfolgsversprechende Wege in die Zukunft setzen eine Bestandsbeschreibung der Gegenwart voraus“, forderte die neue Kreisbaumeisterin abschließend.

Möglichst frühzeitige Gespräche mit Bauherrn

In der anschließenden Aussprache wurden viele der angesprochenen Themen, aber auch weitere Aspekte angerissen und zum Teil durchaus kontrovers diskutiert: interkommunale Zusammenarbeit bei Wohn- bzw. Gewerbesiedlungen, regenerative Energien (verfügbare Flächen, Landschaftsschutzgebiete, Optik der Häuser), Baustile (Oberpfälzer bzw. Jurahaus vs. Toscanahaus) und deren Funktionalität, Lärmschutz, Ausbau des Bahn-, Straßen- und DSL-Netzes. Grundsätzlich rieten Landrat Mirbeth sowie seine Mitarbeiter Kelm und Straubmeier den Vertretern aus den Kommunen, möglichst frühzeitig - und auch kritisch - mit den Bauherrn deren Vorhaben zu besprechen, und so den Aspekt „Baukultur“ von Anfang an zu betonen. **Markus Bauer**

Bei Nachhaltigkeit gehe es nicht nur um die Natur, um Tiere und Bäume. Nachhaltigkeit habe das Ziel, „dass die Generationen nach uns genauso viele Chancen haben wie wir und dass sie bei entsprechender eigener Anstrengung genauso gut leben können wie wir“. Dazu zähle auch Wohlstand durch eine arbeitsteilige Wirtschaft, die viele Warenströme verursache sowie Mobilität auf guten Verkehrswegen.

Leistungsfähiger Verkehr

Bauer plädierte in diesem Zusammenhang u. a. für leistungsfähige West-Ost-Verbindungen auf der Schiene, eine europäische Schienentransversale von Süd-West nach Nord-Ost sowie für einen verstärkten Schienen-Gütertransport. Zu einem effizienten Güterverkehrskonzept Bayern gehöre auch die Vollendung des Donauausbaus. Darüber hinaus gelte es, den Flughafen München II weiter auszubauen und ihn ausreichend an das bayerische Schienennetz anzubinden.

Unsinnige Gesetzgebung

Mit Blick auf die Ordnungspolitik in Deutschland gibt es nach Bauers Auffassung „viele, was einen derzeit daran zweifeln lässt, ob unser Regierungshandeln noch den Regeln der Vernunft und der Verantwortlichkeit folgt“. Als „absolutes Spitzenbeispiel für unsinnige Gesetzgebung“ bezeichnete er das Bauforderungssicherungsgesetz, das von den Bauunternehmen verlangt, für jedes Bauprojekt alle eingehenden Zahlungen auf gesonderten Konten abzulegen und damit ausschließlich die damit verbundene Leistung zu bezahlen. Für jeden Verstoß hafneten dagegen die Bauunternehmer und

ihre Führungskräfte persönlich.

In der Praxis sei dieses Gesetz nicht umsetzbar. Man habe die Wahl, entweder gegen das HGB zu verstoßen, das periodisierte Buchungen verlange (Aufwand und Ertrag) oder gegen das Bauforderungssicherungsgesetz, das eine Kassenbuchhaltung verlange (Ein- bzw. Auszahlungen). Beide Verstöße seien strafbewehrt.

Bilanzverschlechterung vermeiden

Damit sich die Finanzkrise nicht zur Unternehmensfinanzierungskrise ausweite, forderte Bauer, den mittleren und kleinen Unternehmen, die ihre Rechnungslegung nach HGB bzw. BilMog (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz) führen, auch die Möglichkeit zu geben, Abschreibungen auszusetzen und so eine weitere Bilanzverschlechterung zu vermeiden.

Abschreibungsraten

Weil viele Unternehmen durch die drastischen Auftragsseinbrüche ihre Anlagen nur wenig auslasten konnten, haben sich diese auch weniger abgenutzt. Daher sollten nach Bauers Auffassung auch geringere Abschreibungsraten angesetzt werden. Das aber ist derzeit nicht erlaubt. Von der Politik forderte der Verbandschef daher, schnellstens die Möglichkeit zu schaffen, in solchen Fällen die dafür anzusetzenden, unrealistisch hohen Abschreibungen zumindest vorläufig aussetzen zu können, denn: „Davon betroffen sind gerade die innovativsten und dynamischsten Unternehmen, die in den guten Jahren hohe Investitionen getätigt haben.“

Von den Banken und Ratingorganisationen forderte der Präsi-

dent, ihre Ratingsysteme krisenadäquat zu gestalten. Die Banken seien jetzt in der Pflicht, zu helfen, denn „ihnen wurde in schwierigsten Zeiten von allen geholfen“.

Bundesbauminister Peter Ramsauer würdigte anschließend die Bedeutung der Bauwirtschaft für die Zukunft der Gesellschaft. Sie spiele die Schlüsselrolle für eine zukunftsfähige, moderne Infrastruktur. Auch ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz seien ohne die Bauwirtschaft nicht zu erreichen, erklärte Ramsauer.

Erfolgreich am Markt

Die deutsche Bauwirtschaft behauptete sich mit Umwelt- und Effizienztechnologien erfolgreich am Markt. Durch ihre Vorreiterrolle würden auch andere zu den notwendigen Anstrengungen angespornt. Im doppelten Sinne sei die Bauwirtschaft damit wichtige Klimaschutzbranche, so der Minister.

Mit Hilfe von in Deutschland entwickelten Spitzentechnologien ließen sich diese Potentiale im In- und Ausland erschließen. Die Bauindustrie sei hierfür gut aufgestellt. Dies bewiesen Projekte wie der Bau von Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee, der Bau von Geothermiekraftwerken zum Beispiel in Kirchstockach bei München und das Plus-Energiehaus.

Nachhaltigkeit rechnet sich

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg sei es, auch private Bauherren und gewerbliche Investoren zu überzeugen, machte Ramsauer abschließend deutlich: Nachhaltigkeit sei nicht nur ein wünschenswertes gesellschaftliches Ziel, sondern rechne sich auch betriebswirtschaftlich. **DK**

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

Senator E.H. Gerhard Hess,
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Thomas Bauer,
Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

www.bauindustrie-bayern.de

Münchner Jugend auf den Spuren von Christoph Kolumbus

„Ich kann was!“-Initiative der Deutschen Telekom AG fördert Jugendprojekt Schiffbau-Projekt „Santa Maria“ des Abenteuerspielplatzes Hasenberg ABIX setzt sich bundesweit gegen 600 Mitbewerber durch

In den nächsten Monaten wird es auf dem Abenteuerspielplatz ABIX im Hasenberg geschäftig zugehen: Insgesamt 150 Kinder und Jugendliche zwischen neun und 13 Jahren bauen unter professioneller Anleitung die „Santa Maria“, das Flaggschiff von Christoph Kolumbus' erster Amerika-Expedition, im Maßstab 1:2,5 nach.

In unterschiedlichen Gruppen arbeiten die Mädchen und Jungen als Zimmerleute, Schreiner, Segelmacher und Maler an ihrem Schiff. Neben handwerklichen Fähigkeiten erlernen sie so eigenverantwortliches Arbeiten und erweitern ihre sozialen Kompetenzen. Von der Planung bis zur Fertigstellung entdecken die Kinder ihre Talente, können sich spielerisch entfalten und kreativ einbringen.

Potenzial nutzen

Die Deutsche Telekom AG unterstützt das Projekt im Rahmen der „Ich kann was!“-Initia-

tive mit Fördermitteln in Höhe von 10.000 Euro. „Wir können es uns einfach nicht leisten, das Potenzial unserer Kinder und Jugendlichen brach liegen zu lassen, nur weil ihnen der Weg zu Bildung und Kompetenzerwerb verbaut ist“, betont René Obermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG und Vorsitzender des Beirats der „Ich kann was!“-Initiative. „Wir brauchen alle! Jeden einzelnen von Ihnen!“

Selbstbewusstsein und Teamfähigkeit stärken

Die Initiatoren des Projekts

haben sich zum Ziel gesetzt, das Selbstbewusstsein und die Teamfähigkeit der Teilnehmer zu stärken. Da der Schiffbau insgesamt 36 Monate dauern wird, sind gute Organisation und Durchhaltevermögen gefordert.

Insgesamt 66 Projekte

Das Unternehmen „Santa

Maria“ ist eines von 66 Projekten, die von der „Ich kann was!“-Initiative der Deutschen Telekom gefördert werden.

Für mehr Chancengleichheit

Mehr als 600 Einrichtungen hatten sich um eine Förderung beworben. „Ich kann was!“ setzt sich für mehr Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ein. Die Initiative fördert Projekte und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, die die Fähigkeiten von jungen Menschen aus schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen stärken. Durch den Erwerb von Kompetenzen sollen sie erfolgreicher und selbstbewusster durch das Leben gehen. □



Einweihung auf dem Abenteuerspielplatz Hasenberg. Marco (2. v. l.) freut sich mit seinen Spielgefährten sowie Betreuer Christian Fichtel und Telekom-Repräsentantin Cordelia Hiller (beide im Hintergrund) über die tolle Unterstützung durch den deutschen Telekommunikations-Riesen. □

Spatenstich für Schule Nord in Fürstfeldbruck

Der Oberbürgermeister der Stadt Fürstfeldbruck, Sepp Kellerer, hat im Beisein von Vertreterinnen und Vertretern der Schule Nord, des Stadtrates, der Verwaltung, des Planungsteams und der Regierung von Oberbayern den offiziellen Startschuss für die Bauarbeiten der Schule Nord erteilt.

Das Bauvorhaben, das sowohl mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II als auch mit Fördermitteln gemäß Art. 10 FAG realisiert werden soll, wurde notwendig, um in erster Linie zeitgemäße Standards bei der Einsparung von Energie zu erfüllen. Die cgmunich Projektmanagement GmbH ist mit der Projektsteuerung (§ 205 AHO, Projektstufen 1-5) des Bauvorhabens beauftragt, um von Beginn an eine strikte Zuordnung der jeweiligen Maßnahmen zu den Mitteln der Förderung zu gewährleisten, damit bei den anspruchsvollen Bedingungen eine Doppelförderung ausgeschlossen werden kann.

Die cgmunich Gruppe ist eine unabhängige Unternehmensgruppe. Die Gesellschafter der cgmunich Gruppe erbringen interdisziplinäre Management und Consulting Leistungen rund um das Planen, Bauen und Betreiben von

Immobilien und Standorten.

Zu den Klienten der cgmunich Gruppe gehören namhafte nationale und internationale institutionelle Immobilien- und Kapitalanlagegesellschaften, Industrie-Unternehmen, Banken, Versicherungen und die öffentliche Hand auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Darüber hinaus vermögende Privatleute sowie Dienstleistungsunternehmen aus der Bau- und Bewirtschaftungs-Branche. Gemeinsam ist unseren Klienten, dass Sie über gewerblich genutztes Immobilieneigentum verfügen oder für den wirtschaftlichen Betrieb und den Ertrag von Immobilien als Nutzer oder Dienstleister verantwortlich sind.

Die cgmunich Gruppe ist deutschlandweit aktiv. Zudem führt sie etwa 10 % ihrer Projekte in anderen europäischen Ländern durch.

Infos: www.cgmunich.de □

Wenn du ein Schiff bauen willst ...

„Den ganzen Sommer über werden wieder alle hämmern und an ihren Häusern arbeiten“, erläuterte der 13-jährige Marco dem GZ-Team bei einer „Privatführung“ auf dem ABIX-Gelände. Auf dem Grundstück verteilt stehen ca. 35 Holzhütten, die Kinder kostenlos „mieten“ und nach eigenen Vorstellungen verändern und gestalten können.

Eine lange Seilbahn, eine Feuerstelle, ein Sand- und Matschbereich sowie hügeliges Gelände bieten vielfältige Spiel-, Beschäftigungs- und Bewegungsanreize. Dazu kommt jetzt die „Arbeit“ an der Santa Maria unter der fachkundigen Anleitung und Betreuung durch Christian Fichtel. „Wir freuen uns alle schon sehr drauf“, versicherte uns Marco. Unser Gesprächspartner ist Halbweise. Als er zwei Jahre alt war, verunglückte sein Vater mit knapp 20 Jahren tödlich. Die Mutter war damals 18.

Marco fühlt sich wohl im ABIX. „Es ist prima“, sagt er; „wir werden bei den Hausaufgaben betreut, können ganz toll spielen, wir haben eine Fußballmannschaft, jeden Abend um sechs spielen wir Räuber und Gendarm, wir haben Tanz- und Bastelgruppen und bekommen sogar was zu essen.“ Das Zusammensein ist sehr klaren Regeln unterworfen und in ihrer eigenen Ratsversammlung lernen die Kinder permanent, wie Demokratie funktioniert. Schauspieler will Marco einmal werden. Wenn das nicht klappt, ist es nicht schlimm, dann wird er nämlich Lackierer. Darauf kann er sich jetzt schon im ABIX vorbereiten.

Attraktive Entfaltungs- und Lernräume

Der Abenteuerspielplatz Hasenberg ABIX ist eine städtische Freizeitstätte für Kinder von 6 bis 13 Jahren in Trägerschaft des Kreisjugendrings München-Stadt. Der ABIX befindet sich in einem großen Park in der Nachbarschaft von Schulen und Sportanlagen. Das 12.000 Quadratmeter große, naturbelassene und mit großen Bäumen bewachsene Gelände bietet den Kindern attraktive Entfaltungs- und Lernräume.

Der offene Baubereich sowie der tägliche kostenlose Mittagstisch für bis zu 50 Kinder und die Kinderkantine (Kinder kochen für Kinder) am Samstag sind die Schwerpunkte des ABIX. Weitere Angebote sind Ferienfahrten, spezielle Programmpunkte für Jungen bzw. Mädchen und die tägliche Hausaufgabenbetreuung. Im geräumigen, 2007 neu errichteten Spielhaus können Kinder bei jeder Witterung und Jahreszeit aktiv sein: Kicker, Tischtennis, Bücher und Brettspiele, Spiel- und Sportgeräte und ein Toberaum mit Riesenhängematte und Polstern stehen für die jungen Besucherinnen und Besucher bereit. Infos unter: www.asp-hasenberg.de

Der Spielplatz wird von Diplom-Sozialpädagoginnen und -pädagogen betreut, die auch Ausflüge (Museum, Kino, Schwimmen usw.), Ferienfahrten, Mal- und Bastelprojekte sowie Übernachtungsaktionen anbieten. Wie sagte doch Antoine de Saint-Exupéry so schön: „Wenn Du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.“ Was eignet sich da besser, als mit der Santa Maria auf dem ABIX-Gelände die große Fahrt vorzubereiten! □

Öffentliches Bauen mit Holz

Bauen für die Zukunft: Holz ist der Baustoff der Zukunft und hat neben dem privaten inzwischen auch den öffentlichen Raum erobert. Bauen mit Holz ist schnell, günstig und sicher und für nahezu alle öffentlichen Bauaufgaben geeignet. Zudem ist die Verwendung von Holz ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz und sichert Arbeitsplätze in der Region.

Bayern ist das Waldland Nr. 1 in Deutschland. Ein Drittel der Gesamtfläche Bayerns ist mit Wald bedeckt. Das sind circa 2,45 Millionen Hektar, rund ein Milliarden Kubikmeter Holz. Und: Jede Sekunde wächst bayernweit ein Kubikmeter Holz nach. Die Forst- und Holzwirtschaft ist eine der wirtschaftlich und gesellschaftlich wichtigsten Branchen in Bayern. Der Umsatz des Sektors Forst und Holz liegt bei jährlich über 300 Milliarden Euro und damit an zweiter Stelle der verarbeitenden Gewerbe, gleich nach dem Maschinen- und noch vor dem Fahrzeugbau! Wer mit Holz baut, übernimmt Verantwortung für die Menschen in der Region und sichert die Existenz von Betrieben und Arbeitsplätzen.

Den Kinderschuhen längst entwachsen

Lange jedoch wurde Holz als Baumaterial lediglich mit traditionellen Bauwerken im privaten Bereich in Verbindung gebracht. Die Verwendung für öffentliche und mehrstöckige Gebäude erschien nicht möglich. Dabei ist Holz als Baustoff den Kinderschuhen inzwischen längst entwachsen. Enorme technisch-konstruktive Entwicklungen, neue Holzwerkstoffe und modernste Verarbeitungstechniken ermöglichen zusammen mit den überlieferten und seit Jahrhunderten bewährten Methoden des traditionellen Holzbaus eine beeindruckende Bandbreite an Möglichkeiten, auch und besonders im Bereich des öffentlichen Bauens. Ob Gemeindezentren, Verwaltungsgebäude, Brücken, Schulen oder soziale Einrichtungen. Fast alle öffentlichen Bauaufgaben lassen sich heute ganz oder teilweise in Holz verwirklichen. Und: Wer mit Holz baut, baut klimafreundlich, günstig, sicher und schnell.

Unsere Wälder sind Kohlendioxid-Senken, da Bäume bei Ihrem Wachstum CO₂ aufnehmen und dauerhaft im Holz speichern. Holz das geerntet wird verrottet nicht, sondern behält auch im verarbeiteten Zustand seine Speicherwirkung bei. An Stelle der alten Bäume wachsen in bewirtschafteten Wäldern junge nach, die bei

Wachstum wiederum Kohlendioxid aufnehmen. Die nachhaltige Forstwirtschaft und die stoffliche Verwendung von Holz sind also ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz. Holz zeichnet sich durch hohe Festigkeit und Tragkraft bei gleichzeitig niedrigem Eigengewicht aus. Diese Eigenschaft macht sich vor allem im Brückenbau bezahlt, ist aber auch bei anderen öffentlichen Bauaufgaben von Vorteil: Durch seine Leichtigkeit eignet sich Holz besonders gut für mehrgeschossige Gebäude: Fundamente können kleiner veranschlagt werden, Transportkosten sinken und auch Probleme mit schwierigen Baugründen sind leichter zu bewältigen. Zudem ermöglicht die Rahmenbauweise einen schlanken Wandaufbau und vergrößert die Nutzfläche im Inneren des Gebäudes. Und: Holz hat einen extrem geringen Wärmeleitwert, der dauerhaft geringe Heizkosten ermöglicht.

Auch im Brandfall ist auf Holz Verlass: Das Brandverhalten von Holz ist genau berechenbar und somit kontrollierbar. Man weiß also, wie lange eine Konstruktion hält, bevor sie ihre Tragkraft verliert. Dies schützt im Falle eines Falles die Menschen im Gebäude und die Helfer.

Kosteneinsparung

Beim modernen Holzbau können große Bauteile in Werkhallen vorgefertigt und auf der Baustelle schnell und exakt montiert werden. Lange Austrocknungszeiten entfallen, die Bauwerke sind sofort tragfähig und begehbar. Durch die verkürzte Bauzeit können erhebliche Kosten eingespart werden. Öffentliches Bauen mit Holz bietet also zahlreiche Vorteile und die positiven Effekte werden durch die Vorbildwirkung öffentlicher Gebäude noch vervielfacht. Wer einmal gesehen hat, was Holz im Bereich des öffentlichen Bauens alles zu leisten vermag, wird auch für sein Eigenheim den Baustoff Holz in Betracht ziehen. So wird Holz letztlich mehr und mehr Raum im öffentlichen und privaten Bauen erobert zum Wohle der Umwelt, der Wirtschaft und der Menschen in Bayern. □

Hundertwasserturm in Abensberg offiziell eröffnet

Mit einjähriger Verspätung ist im niederbayerischen Abensberg der nach Plänen von Friedensreich Hundertwasser entstandene Kuchlbauer-Turm der gleichnamigen Brauerei offiziell eröffnet worden. Über 500 Gäste aus Politik und Wirtschaft, unter ihnen Wirtschaftsminister Martin Zeil, Landrat Dr. Hubert Faltermeier und der Abensberger Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, folgten der Einladung, das freudige Ereignis miteinander zu begehen.

Der Märchenturm ist eines der letzten Projekte des berühmten Wiener Künstlers Hundertwasser. Er starb im Jahr 2000 mitten in der Planungsphase. Die Realisierung des Bauwerks war von viel Ärger begleitet. Auf Druck der Denkmalschutzbehörden musste die ursprüngliche Höhe von 70 auf 35 Meter gekürzt werden.

Minister Zeil bezeichnete den Turm als große touristische Attraktion und scheute nicht den Vergleich: „Dubai mag den höheren Turm haben, Abensberg aber den schöneren!“ Das Bauwerk zeige eindrucksvoll, wie man mit ansprechender Architektur und Kunst gezielt neue Gäste für den ländlichen Raum begeistern könne. Für den Bayerntourismus und das bayerische Bier gebe es nun-

mehr ein weiteres Wahrzeichen. Neben einem beträchtlichen Tourismusschub für die nördliche Hallertau verspricht sich Bayerns Wirtschaftsminister auch einen Impuls für eine noch höherwertigere Präsentation des bayerischen Biers als weiß-blau Nationalgetränk und Kulturgut. „Unsere Biervielfalt und -qualität ist weltweit einzigartig.“

Der mit Erkern, Pflanzen und einer großen goldenen Kuppel verzierte Turm soll als Touristenattraktion künftig jährlich 50.000 Besucher anlocken. Diese können den Turm im Rahmen einer Brauereiführung besichtigen. Die Brauerei besitzt seit dem Jahr 1300 die Braurechte und gehört zu den ältesten Brauereien der Welt. **DK**



SCHLEICH & HABERT
FIRMENGRUPPE
BAYERNLAND
IMMOBILIEN

IHR PARTNER

FÜR VOLLSTATIONÄRE
PFLEGEHEIME

BERATUNG & REALISIERUNG

- Ersatzbau
- Umbau
- Sanierung
- Sale-and-lease-back
- Standort- und Bedarfsanalyse
- Finanzierung / Investition

in Bayern, Baden-Württemberg
und Hessen



SCHLEICH & HABERT FIRMENGRUPPE
BAYERNLAND Immobilien GmbH & Co. Wohn- und Gewerbebau KG
VR-Bank-Straße 3 • 84347 Pfarrkirchen
Tel.: 08561 98900-3000 • E-Mail: wohn-und-gewerbebau@schleich-habert.de

Renz GmbH:

Partner für kreative Raumlösungen

Von der jahrzehntelangen Erfahrung und der Kompetenz aus unzähligen Projekten profitieren die Kunden der Renz GmbH aus dem baden-württembergischen Althengstett. Unter dem Motto „Der flexible Raum“ löst der Partner für kreative Raumlösungen jedes nur denkbare Problem. Das Unternehmen bietet den umfassenden Leistungskatalog: Von der Planung über die Lieferung der typengeprüften Statik, die Vorklärung sämtlicher Details für den Brand-, Schall- und Wärmeschutz, dazu die komplette Projektentwicklung bis zur schlüsselfertigen Übergabe. Die kundenindividuelle Planung erfolgt in der Regel in einem Beratungsgespräch beim Kunden vor Ort.

Das Produktportfolio umfasst neben Lagercontainern, Mini- und Kompaktlagerhallen und Stahlbau-Systemhallen auch sog. Raummodule für Büro-, Sanitär- und Unterkunftsräume. Vorteile dieser Module sind laut Anbieter die vielfältigen Möglichkeiten der Raumaufteilung und der individuellen Zusammenstellung. Vom Einzelcontainer in Standard-Ausführung bis zur maßgeschneiderten Modulanlage mit mehreren tausend Quadratmetern sind viele Ausstattungsvarianten realisierbar. Dabei handelt es sich im Prinzip um frei tragende, koppelbare Stahlrahmen mit auswechselbaren Wandelementen.

Berufskolleg Köln

Ein aktuelles Beispiel für planbare Effizienz ist das Berufskolleg Köln. Der starke Andrang beim Berufskolleg erforderte ein neues Gebäude. Glücklicherweise war Renz zufolge auf dem Schulgelände ausreichend Platz dafür. Allerdings hätte ein in konventioneller Bauweise errichtetes Gebäude wegen der dafür notwendigen Baustelleneinrichtung den Schulbetrieb über einen relativ langen Zeitraum stark gestört.

Die Stadt Köln musste sich entscheiden. Die kurze Bauzeit und nicht zuletzt auch wirtschaftliche Gründe gaben schließlich den Ausschlag für den Bau mit Raum-Modulen.

Das etwa 1.000 qm große

und Decken sind in F90 bzw. F30 mit Fermacell Feuerschutzplatten versehen. Eine abgehängte Akustik-Innendecke sorgt für den nötigen Schallschutz. Zum schlüsselfertigen Lieferumfang gehörten auch die zentrale Elektroinstallation, der Linoleum-Bodenbelag, Boden- und Wandfliesen in den Sanitärräumen, Aluminium-Außenwänden mit einbruchshemmenden Beschlägen und Bändern, dazu

Laut Unternehmen orientierte sich die Ausführung an den Schulbaurichtlinien: Wände

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

Schulgebäude mit acht Klassenzimmern, einem Lehrzimmer sowie einer WC-Anlage für Jungen und Mädchen umfasst zwei Geschosse mit innen liegendem Treppenhaus. Die erforderliche Fluchttreppe liegt außen.

Klare Vorteile

Realisiert wurde das Gebäude in knapp fünf Wochen aus vorgefertigten Raum-Modulen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Kurze Bauzeiten durch den hohen Vorfertigungsgrad, die Verwendung standardisierter Bauteile und Funktionseinheiten wie beispielsweise Sanitäreinheiten und Treppen, dazu die deutlich reduzierten Aufwen-

vier Rauchschutzaußentüren sowie acht schallgeschützte Innentüren. 44 hochwertige Kunststoff-Fenster mit Klarglas-Isolierverglasung Innen- und Außenjalousien machen die Ausstattung komplett.

Kinderhort Friedrichsdorf

Der ebenfalls aus Raum-Modulen zusammengesetzte Kinderhort Friedrichsdorf ist eine weitere gelungene Lösung der Renz GmbH. Durch steigende Schülerzahlen mussten für den Kinderhort neue Räume geschaffen werden. Dieses Gebäude mit ca. 220 qm Raum in konventioneller Bauweise zu errichten, wäre zu teuer gewesen, auch hätte man den vorgegebenen Zeitrahmen niemals einhalten können.

Perfekte Ausstattung

Innerhalb von sechs Wochen entstand schließlich aus vorgefertigten Raum-Modulen ein neuer Bau, dem es an nichts mangelt. Das neue Gebäude ist perfekt ausgestattet: Heizungsanlage, Sanitäranlagen, komplette Elektroinstallation, einschließlich aller Leuchten und einer Brandmeldeanlage. Alle Kunststofffenster sind mit Außenjalousien ausgestattet. Zudem wurden alle gesetzlichen Vorschriften eingehalten.

Weitere Informationen: Renz GmbH, Im Unteren Ried 26, 75382 Althengstett, Tel. 0 70 51 - 96 77 30; Fax: 0 70 51 - 96 77 33, E-Mail: info@renz-container.com, Internet: www.renz-container.com DK

und Decken sind in F90 bzw. F30 mit Fermacell Feuerschutzplatten versehen. Eine abgehängte Akustik-Innendecke sorgt für den nötigen Schallschutz. Zum schlüsselfertigen Lieferumfang gehörten auch die zentrale Elektroinstallation, der Linoleum-Bodenbelag, Boden- und Wandfliesen in den Sanitärräumen, Aluminium-Außenwänden mit einbruchshemmenden Beschlägen und Bändern, dazu

Wertvolle Hilfe für Kommunen:

Neue Stadtrand-Bodenkarten

Umweltstaatssekretärin Huml: Flächen können optimal genutzt werden

Der Freistaat will den Flächenverbrauch weiter senken. Zudem soll bei Bebauung von Stadtrandgebieten die Qualität der Böden noch stärker berücksichtigt werden. Dies betonte Umweltstaatssekretärin Melanie Huml in Hof bei der Übergabe der neuen Stadtrand-Bodenkarten an den Hof-OB Harald Fichtner.

Huml: „Täglich werden in Bayern rund 16 Hektar verbaut. Diese Fläche wollen wir weiter verringern.“ Der Freistaat hatte deshalb bereits ein Verfahren entwickelt, wie innerörtlich brachliegende Flächen besser erfasst und aktiviert werden können.

Wahrung sensibler Standorte

Die neuartigen Karten gehen nun einen Schritt weiter. Sie helfen Städten und Gemeinden, bei der Standortwahl für notwendige Neubaugebiete am Ortsrand auch die Bodenqualität zu berücksichtigen. „Das bewahrt sensible Standorte und lenkt unvermeidbare Flächeninanspruchnahme auf weniger wertvolle Böden“, sagte Huml. So schützen beispielsweise die Ton- und Lehmböden rund um Hof das Grundwasser besser als Sandböden. Für die Karten wurden rund 300 Hektar Bodenflächen rund um die Stadt Hof erfasst. Dabei wurden 45 Prozent als robuste, belastbare Böden und 43 Prozent als sensible Böden eingestuft. 12 Prozent der untersuchten Böden sind als Biotopstandort geeignet.

Die Stadt Hof ist neben Kümmersbruck (Landkreis Amberg-Weilheim) und der Gemeinde Moosinning (Landkreis Erding) eine der drei Modellkommunen, in denen das Bayerische Landesamt für Umwelt die Böden detailliert kartiert und bewertet. Huml: „Die Erfahrungen in den drei Modellkommunen kommen

allen bayerischen Städten und Gemeinden zugute.“ Bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen ist eine Umweltprüfung vorgeschrieben. Dabei muss auch der Bodenschutz berücksichtigt werden. Die Kommunen benötigen deshalb aussagekräftige Daten über den Boden mit detaillierter Beschreibung und Bewertung. Dies leisten die neuen Stadtrand-Bodenkarten. Weitere Informationen unter: <http://www.klima.bayern.de>



Wirtschaftlich, flexibel und variabel präsentieren sich die Raum-Module von Renz.

Bayerisches Bau- und Ausbaugewerbe:

Konjunktur stabil, Ertragslage angespannt

Die Konjunktur im bayerischen Bau- und Ausbaugewerbe ist im Frühjahr stabil. Sowohl im Bauhaupt- als auch im Ausbaugewerbe sprechen rund 90 Prozent der Betriebe von einer wenigstens befriedigenden Geschäftslage – ein ähnlich guter Wert wie im vergangenen Herbst. Im Vorjahresvergleich ist eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen.

Zu diesem Ergebnis kommt der Konjunkturbericht der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern (LVB). Erfreulich entwickelten sich auch die Umsätze. Sie verschlechterten sich zwar etwas im Vergleich zum vergangenen Herbst, liegen aber dennoch deutlich über den Werten vom Frühjahr 2009.

Überwiegende Zuversicht

Dagegen hat sich die Ertragslage in der Branche nicht in gleichem Maße positiv entwickelt. Bei den Baupreisen ist keine Entspannung zu beobachten. Dennoch sind die Erwartungen bezüglich Geschäftslage und Umsätzen überwiegend optimistisch. Auch die Beschäftigungsentwicklung wird in diesem Frühjahr zuversichtlich eingeschätzt, die Mehrzahl der Betriebe will die Zahl ihrer Arbeitnehmer stabil halten oder sogar ausbauen. Auch an der hohen Ausbildungsleistung halten die Betriebe fest und setzen damit ein deutliches Zeichen für die gesellschaftliche Verantwortung des Mittelstands.

Deutliches Signal erwartet

Allerdings befürchtet LVB-Sprecher Hans Auracher einen Konjunkturreinbruch im Jahr 2011: „Im vergangenen Jahr hat uns vor allem der öffentliche Bau gestützt. Auch in diesem Jahr helfen die Aufträge aus den Konjunkturpaketen vielen Unternehmen, Jobs zu sichern. Unsere Umfrage hat ergeben, dass etwa 25% aller Bau- und Aus-

baubetriebe von den aktuellen Konjunkturpaketen der Bundesregierung profitieren. Wenn diese nächstes Jahr auslaufen und sich die Haushaltssituation vieler Kommunen nicht verbessert, wird diese für den Bau so wichtige Konjunkturstütze wegbrechen, wenn die Politik nicht gegensteuert. Wir erwarten deshalb ein deutliches Investitionssignal aus dem bayerischen Doppelhaushalt für die beiden vor uns liegenden schwierigen Jahre.“

Auracher machte auch deutlich, dass sich der Wohnungsbau noch immer nicht erholt hat und daher Maßnahmen nötig sind, um die Baukonjunktur anzukurbeln, zum Beispiel verbesserte steuerliche und förderpolitische Rahmenbedingungen.

Hoher Preisdruck

Sorgen bereitet den Betrieben auch der anhaltend hohe Preisdruck. Er wird von der Mehrzahl der Firmen als drängendstes Kernproblem bezeichnet, eine Besserung sehen nur wenige Unternehmen. Negativ beurteilen viele Betriebe darüber hinaus den hohen Verwaltungsaufwand durch das neue elektronische Meldeverfahren zur Sozialversicherung, das so genannte ELENA-Verfahren.

Die Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern repräsentiert zehn Verbände des Bau- und Ausbaugewerks mit etwa 300.000 Mitarbeitern in 35.000 Betrieben.

Alle Daten des Lageberichts unter www.lvb-bayern.de.

Geophysik:

Mit „Röntgenbrille“ durchs Ries

Neue Messkampagne macht im Boden verborgene Kraterstrukturen sichtbar

Augsburg. Die geophysikalische und seismische Messkampagne im Ries hilft mit, Baumaßnahmen und Grundwasserschutz nachhaltiger umzusetzen. Dies erklärte Dr. Richard Fackler, Vizepräsident des Landesamtes für Umwelt (LfU), in Augsburg zum Start der Messkampagne am südlichen Rieskrater. „Unsere Geophysiker schauen quasi mit einer „Röntgenbrille“ in den Untergrund. So lassen sich im Boden verborgene Gesteinsrisse, Klüfte und Verwerfungen ebenso erkennen wie zertrümmerte Gesteine, die durch den Meteoriteneinschlag im Nördlinger Ries bis ins Donautal geworfen wurden.“

Wichtige Planungsgrundlage

Haus- und Straßenbauer sind auf diese Informationen als wichtige Planungsgrundlage angewiesen. Auch über tiefer liegende Grundwasservorkommen, deren Schutz, Volumen und Förderung können zuverlässige Aussagen getroffen werden. Fackler: „Das Nördlinger Ries zählt zu den am besten erhaltenen großen Meteoritenkratern der Erde. Die genaue Erfassung des geologischen Aufbaus dient nicht nur der wissenschaftlichen Erforschung von Meteoriteneinschlägen; sie hilft den Menschen in den Landkreisen Dillingen und Donau-Ries ganz konkret.“

Dreidimensionale Erfassung

Die Geophysiker am Landesamt für Umwelt durchleuchten mit „Geoelektrik“ und „Refraktionsseismik“ den Untergrund. Dabei machen sie sich die unterschiedliche Dichte und Wassergehalte der Gesteine zunutze: Diese reagieren auf die elektrische und mechanische Stimulanz verschieden und senden entsprechende Impulse an die Detektoren und Geländecomputer zurück. So gelingt es, auf einer Länge von einem Kilometer bis in eine Tiefe von 100 Metern die verborgenen Erdschichten sichtbar zu machen.

Fackler: „Die Kampagne dauert eine Woche. Über ein Kilometer Kabel und 100 Detektoren werden entlang gerader Linien im Gelände ausgelegt. Mit den Ergebnissen gelingt es, den steinernen Aufbau des Rieskraters und seiner Umgebung dreidimensional zu erfassen.“



Bayerische Landessiedlung®

Alles aus einer Hand

Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bbs-bayern.de
www.bbs-bayern.de

Informationen:
www.bbs-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Gebäudesicherheit und Werterhaltung durch Bauwerksprüfungen

Von Dipl.-Ing. (FH) Thomas Kern, Bereichsleiter für Bauwerksprüfung und Instandsetzung bei der Konstruktionsgruppe Bauen Kempten AG

Seit dem Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall im Januar 2006 stehen Ingenieurbauten mit großen Spannweiten unter verstärkter Beobachtung. Bei der Beurteilung der Standsicherheit von Gebäuden wird die Tatsache, dass das Gebäude noch steht, von vielen als ein Indikator einer ausreichenden Sicherheit gegen Einsturz angesehen. Dies stimmt vielleicht für die vorangegangenen Jahre, denn häufig treten die Bemessungslasten nicht auf. Aber dennoch stellt sich die Frage, ob der nächste Winter oder der nächste Sturm die Konstruktion nicht vielleicht doch ein wenig stärker beansprucht als die vorangegangenen, so dass die nach Norm geforderte Tragsicherheit des Gebäudes doch erforderlich wird.

Hinzu kommt, dass neben den Zugbändern aus Spannstahl, im Lauf der Jahre entstehenden Schäden auch Planungsfehler, welche Eisfläche und Tribünen 50 m überspannen. Im Rahmen



Fertigungsabweichungen u.ä. die Tragsicherheit von Gebäuden reduzieren können.

Um Schäden und deren Folgen für Leib und Leben zu verhindern, sind daher Bauwerksprüfungen unerlässlich. Diese Prüfungen müssen von besonders fachkundigen Personen durchgeführt werden, da die Auswirkungen vorhandener Abweichungen und Schäden auf die Tragsicherheit der Gebäude erfasst und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen entwickelt werden müssen.

Begutachtung und Bewertung der Tragsicherheit

Ziel der Begutachtung ist es, die vorhandene Tragsicherheit von bestehenden Gebäuden zu bestimmen. Sollten aus dieser Begutachtung kritische Überschreitungen bestimmt werden, können direkt Instandsetzungsmaßnahmen unter Berücksichtigung weiterer Randbedingungen, wie z.B. Erhaltung von bestimmten Bauteilen oder begrenzter Zeitraum für die Sanierung, entwickelt werden.

Im Folgenden wird die Begutachtung und Bewertung sowohl anhand einer Brettschichtholz- als auch Vollholzkonstruktion am Beispiel des Eisstadions Kempten bzw. der Mehrzweckhalle Reutti vorgestellt.

Eingehende Überprüfung und Instandsetzung der Eissporthalle in Kempten

Die tragende Hallendachkonstruktion der 1977 erbauten Eissporthalle in Kempten besteht aus bogenförmigen Dreigelenkbogen aus Brettschichtholz mit

einer routinemäßigen Überprüfung der Standsicherheit wurden bei einer handnahen Begutachtung Risse in den Brettschichtholzträgern festgestellt, welche vom Boden bei den üblichen Sicherheitsbegehungen nicht aufgefallen waren.

Zur Beurteilung der Klebefugen der Leimbinder wurden Bohrkerne im Bereich von unbeschädigten Fugen aus der bestehenden Konstruktion entnommen und überprüft. Die geforderten Scherfestigkeiten wurden jedoch nicht erreicht, so dass das normativ geforderte Sicherheitsniveau für die gesamte Dachkonstruktion nicht eingehalten werden konnte.

Als Ursache konnte die Verwendung eines Klebers auf Harnstoffharzbasis anhand von durchgeführten Messungen des Infra-Rot-Spektrums (IR) bestimmt werden.

Nach heutigem Wissen sind Harnstoffharzleime für die Verklebung von Leimbändern in Eishallen nicht geeignet, da sie nicht dauerhaft feuchtebeständig sind. Über das Jahr gesehen quillt und schwindet das Holz, was den relativ spröden Harnstoffleim mit der Zeit zerstört.

Um die Eishalle weiter nutzen zu können, wurde eine umfassende Instandsetzung der Brettschichtholzträger erforderlich. Lediglich ein Verpressen der vorhandenen Risse kam auf Grund des verwendeten Klebers nicht in Betracht.

Um die weiteren Bauteile zu erhalten und die Sanierung im Übergang von Sommer zu Winterbetrieb zu ermöglichen, wurde eine Verstärkung der bestehenden Brettschichtholzträger durch zusätzlich seitlich angebrachte Brettschichtholzträger entwickelt und umgesetzt.

Durch diese Instandsetzungsmaßnahme war es möglich, das Eisstadion weiter zu nutzen, ohne dass unverhältnismäßig große Kosten entstanden sind. Dies war aber nur möglich, da rechtzeitig eine intensive Begutachtung des Systems durchgeführt worden ist, bei dem die vorhandenen Schwachstellen des Bauwerks identifiziert werden konnten.

Begutachtung und Instandsetzung der Mehrzweckhalle Reutti

In den vergangenen vier Jahren wurde eine systematische Begutachtung aller Hallen der Stadt Neu-Ulm durch die Konstruktionsgruppe Bauen Kempten

AG durchgeführt. Eine der begutachteten Hallen war dabei die 1966 erbaute Mehrzweckhalle in Reutti, deren Dachtragwerk aus dreiecksförmigen Fachwerkbändern mit einer Spannweite von 17,80 m bestand. Die Binder mit einer Bauhöhe von 3,20 m waren damals in Eigenregie aus 24 mm starken Brettern zusammengenagelt worden. Am Untergurt ist eine Decke angebracht, in der eine aufwändige Ton- und Lichtanlage und eine Wärmedämmung verlegt wurden.

Ergebnis

Die Begutachtung der Halle und die anschließende Nachrechnung führten zu folgendem Ergebnis: Die Halle war infolge fehlender Aussteifungsverbände, durchtrennter Diagonalen, missverständlicher Pläne, fehlerhafter Verbindungen und daraus resultierenden großen Verformungen selbst unter Eigenlast nicht mehr standsicher.

Symposium Bau Innovativ in Nürnberg:

Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit

Die steigenden Anforderungen an die Energieeffizienz und die zunehmende Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen infolge des demografischen Wandels eröffnen neue Chancen für die Unternehmen der Bauwirtschaft. Vor diesem Hintergrund organisierte die Bayern Innovativ GmbH das Symposium „Bau Innovativ“. 275 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland – darunter Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kommunen und Forschung – wurden aktuelle Trends für die Sanierung und den Neubau energieeffizienter Gebäude sowie entsprechende Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten präsentiert.

Als Partner waren der Bayerische Bauindustrieverband, der Bayerische Industrieverband Steine und Erden, die Bayerischen Baugewerbeverbände, das Beton Marketing Süd, die Kalksandsteinindustrie Bayern, der Bayerische Ziegelindustrieverband sowie die IHK Nürnberg für Mittelfranken eingebunden.

Prof. Josef Nassauer, Geschäftsführer, Bayern Innovativ GmbH, hob eingangs hervor, dass vielfältige neue Technologien in Bauvorhaben genutzt werden könnten, um Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Hierzu bietet sich Bayern Innovativ als Drehscheibe an, die auch überregional gezielte Vernetzungen herstellt - zu Bereichen wie der Energietechnik und der Elektronik, neuen Baumaterialien wie Glas und Textil oder der Logistik. Allein logistische Abläufe bedingen rund 25 Prozent der Baukosten und böten besonderes wirtschaftliches Optimierungspotenzial.

Fünf Megatrends

Beeinflusst wird der Kurs der Bauwirtschaft maßgeblich von fünf Megatrends, wie Dr. Veit Walthelm, Repräsentant des Bayerischen Bauindustrieverbands und Geschäftsführender Gesellschafter eines traditionsreichen Bauunternehmens, schilderte. Diese Trends, die die Baubranche in Zukunft wesentlich beeinflussen werden, ließen sich wie folgt zusammenfassen: Globalisierung und neue Märkte, Mobilität und Kommunikation, wachsende und alternde Bevölkerung, Energie und Umweltschutz, sowie Urbanisierung. Die Schwerpunkte der

Um den Einsturz zu verhindern, wurde die Halle gesperrt und in einem ersten Schritt durch Notabstützungen gesichert.

Anschließend wurden nach dem abschnittweisen Abdecken des Dachs zwischen jedem zweiten vorhandenen Binder neue Nagelplattenbinder samt erforderlichen Aussteifungsverbänden eingebaut. Die Lasten aus der Unterdecke wurde über Querträger in die neuen Binder eingeleitet, so dass die alten Binder anschließend oberhalb der Untergurte abgeschnitten und entfernt werden konnten (siehe Bild).

Dadurch konnte die Deckenuntersicht trotz der Sanierung des Daches erhalten bleiben, was in diesem Fall zu einer kostengünstigen Lösung führte. Die Entwicklung dieser Sanierungslösung setzte jedoch die vorangegangene Begutachtung voraus, da anhand dieser die Schwachstellen identifiziert und verschiedene Varianten für die Instandsetzung entwickelt werden konnten. □



Der Autor

Dipl.-Ing. Thomas Kern, 1971 in Crailsheim geboren, hat 1999 das Bauingenieurstudium an der Hochschule Biberach erfolgreich abgeschlossen. Seit 2002 ist er als Bauingenieur bei der Konstruktionsgruppe Bauen Kempten AG in Kempten tätig. Seit 2009 ist er außerdem in die Liste der besonders fachkundigen Personen für Wiederkehrende Bauwerksprüfungen der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau eingetragen (www.bayika.de). □

die Dach- und Kellerdeckendämmung und andererseits mittels moderner Heizungstechnik, die Brennstoffe effektiver nutzt, wie die Heizungssanierung durch Niedertemperaturkessel, Brennwärmtank oder Wärmepumpen.

Auch die regenerativen Energiequellen bieten Hessel zufolge Einsparpotenziale. Pellettheizungen im Keller und thermische Solaranlagen auf dem Dach bewährten sich in immer mehr Familienhäusern. Das schone langfristig die Umwelt und den Geldbeutel. Ein niedriger Energieverbrauch liege auch im öffentlichen Interesse. Der Staat fördere deshalb die Maßnahmen für eine höhere Energieeffizienz an Neubauten und dem Gebäudebestand. Zu nennen seien hier vor allem das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien, die wohnungswirtschaftlichen Programme und die Energiespar-Programme der KfW für Private, für Unternehmen, Kommunen und soziale Einrichtungen, der seit Anfang 2009 verdoppelte Steuerbonus für Handwerksleistungen und das Bayerische Modernisierungsprogramm.

Die Maßnahmen zeigten beachtliche Erfolge, fuhr die Staatssekretärin fort: So sei der durchschnittliche Wärmebedarf über den gesamten Gebäudebestand in den vergangenen 20 Jahren um rund ein Drittel gesunken. Der Freistaat sei bundesweit deutlich führend bei der Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung von Gebäuden mittels Solar Kollektoren und Wärmepumpen. Jeweils gut ein Drittel dieser in Deutschland installierten Anlagen stehe in Bayern.

Überzeugendes Know-how

Hessel zufolge zeigt dies ganz deutlich, „dass die bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer über überzeugende Techniken, pfiffige Lösungen und raffinierte Möglichkeiten für Neubauten, aber auch um bestehende Wohnungen zu sanieren, modernisieren und renovieren, verfügen“. Dieses Know-how sei natürlich auch in Regionen gefragt, in denen noch enormer Nachholbedarf besteht. Dies gelte beispielsweise „für unsere ausländischen Nachbarn im Süden und im Osten“.

Um die bayerische Bauwirtschaft in den kommenden Jahren zu stabilisieren, seien staatliche Finanzierungs- und Förderinstrumente attraktive und wichtige Anreizsysteme für Investitionen im Bausektor. Kommunen könnten die zur Verfügung stehenden Freiräume nutzen; Banken und Investoren seien aufgerufen, gezielt Impulse zu setzen, so Bayerns Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer abschließend. **DK**

Der Ansprechpartner für die Sicherheit Ihrer Bauwerke



Kempten
Konstruktionsgruppe
Bauen

- Bauwerksuntersuchung
- Materialanalyse im eigenen Betonlabor
- Statische Nachrechnung
- Zustandsgutachten
- Langzeitüberwachungen
- Instandsetzungsplanung
- Ausschreibung und Bauüberwachung
- Koordination nach BaustellV (StIGeKo)

Ingenieurbüro für Bauwesen
Bahnhofplatz 1
87435 Kempten/Allgäu
Tel. 0831-5 21 56-0
Fax 0831-5 21 56-60
Email info@kb-ke.de
Web www.kb-ke.de



Sparkassen durchleuchten den Immobilienmarkt

Pressekonferenz des Sparkassenverbandes Bayern, der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH und der LBS Bayern

Wohneigentum hat durch die Finanzkrise wieder stark an Stellenwert gewonnen, sei es für Eigennutzer oder für Kapitalanleger. Vier von fünf Bundesbürgern möchten im eigenen Zuhause leben, weil Wohneigentum nicht nur mehr Lebensqualität bietet, sondern auch eine sichere Form der Altersvorsorge darstellt. Eine Rolle spielt dabei, dass viele Leute eine Geldentwertung fürchten wegen der Liquiditätsflut, der extrem niedrigen Leitzinsen und der hohen Staatsschulden.

Experten gehen längerfristig von einer höheren Inflation aus. In diesem Umfeld, so erläuterte Franz Wirmhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayerische Landesbausparkasse, anlässlich der gemeinsamen Pressekonferenz des Sparkassenverbandes Bayern, der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH und der LBS Bayern, gilt Wohneigentum als wertstabile, inflations sichere Investition. Erleichtert werden solche Investitionen durch die anhaltend niedrigen Zinsen für Baukredite und die noch relativ günstigen Bau- und Kaufpreise.

Mehr Baufreigaben

Diese positiven Gegebenheiten scheinen sogar im Neubau anzukommen, denn erstmals in diesem Jahrtausend haben 2009 die Eigenheim-Genehmigungen in Bayern mit 18.168 bewilligten Ein- und Zweifamilienhäusern (+ 6,3 Prozent) ohne politisch bedingte Sonderfaktoren zugelegt. Nimmt man die Mehrfamilienhäuser mit 13.453 Einheiten (- 1,4 Prozent) hinzu, erhielten im vergangenen Jahr in Bayern 312.621 Wohnungen in neuen Gebäuden die Baufreigabe (+ 2,9 Prozent).

Am stärksten legten Niederbayern (+ 19,8 Prozent) und die Oberpfalz (+ 17,7 Prozent) zu. Auch Mittelfranken (+ 9 Prozent) und Oberfranken (+ 11 Prozent) hatten Zuwächse. Während Unterfranken noch ein Plus von 2,9 Prozent verzeichnete, war die Entwicklung in Oberbayern (- 1,7 Prozent) und Schwaben (- 8,5 Prozent) rückläufig. Alles in allem aber sieht man bei den Experten der Sparkassen-Finanzgruppe „Anzeichen für ein Frühlingserwachen des Neubaus“.

Großer Nachholbedarf

Diese Entwicklung sei auch dringend nötig, hieß es, denn nach Berechnungen des Forschungsinstituts empirica hat sich in Bayern bis zum Jahr 2007 schon ein Nachholbedarf von etwa 266.000 Wohnungen aufgestaut. Nach dieser Untersuchung werden im Freistaat in den 20 Jahren zwischen 2007 und 2027 fast 500.000 zusätzliche Wohnungen nachgefragt. Das sind 24.000 pro Jahr. Rechnet man einen Jährlichen Ersatzbedarf von 0,3 Prozent des Wohnungsbestandes hinzu, dann ergibt sich – bei konstanter Leerstandsquote – ein Neubaubedarf von 883.000 Wohnungen. Jedes Jahr müssten also 42.000 neue Wohnungen entstehen, um der künftigen Nachfrage gerecht zu werden. 2009 hat es aber gerade einmal 27.466 Fertigstellungen gegeben.

Bayernweit werden jährlich 34 neue Wohnungen pro 10.000

Einwohner nachgefragt. Weit überdurchschnittlich ist der Neubaubedarf in den kreisfreien Städten Landshut, Ingolstadt, Fürth, München und Schwabach sowie in den Landkreisen Erding, Landsberg, Freising, München und Ebersberg. Der geringste Neubaubedarf besteht in den Landkreisen Kronach, Rhön-Grabfeld, Hof, Schweinfurt und Tirschenreuth. Zwei Drittel des Zusatzbedarfs entfallen auf Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Für den zusätzlichen Bedarf gibt es mehrere Gründe. So wächst in Bayern die Bevölkerung noch, und zwar bis 2007 um ein Prozent oder 125 000 Bürger pro Jahr. Entscheidender aber ist die steigende Zahl der Haushalte. Sie wird sich laut empirica bis 2027 um 7 Prozent oder 426 000 Einheiten erhöhen. Verantwortlich dafür sind die zunehmende Zahl der Singles und die demographische Entwicklung der Bevölkerung. Die Haushalte werden kleiner und älter. Hinzu kommen höhere Qualitätsansprüche an die Wohnungen. Wirmhier: „In Bayern existiert also noch auf lange Sicht ein hoher Bedarf an Wohnungsneubau.“

Lohnende Aufmerksamkeit

Die Immobilienexperten sind der Ansicht, dass es sich für die Politik lohnen würde, dem Immobilienmarkt wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Eine aktive Wohnungspolitik böte Chancen gerade angesichts der angespannten Haushaltslage, weil von geeigneten fiskalischen Anreizen das Wirtschaftswachstum und damit die Steuereinnahmen nachhaltig profitieren würden. Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (degressive Afa) und direkte Zuschüsse würden, so die Experten, die Investitionstätigkeit schnell und kräftig beflügeln. Das wiederum würde Arbeitsplätze und Einkommen in der heimischen Wirtschaft sichern und auch neu schaffen, was wiederum die Konsumnachfrage stärken und für ein höheres Steueraufkommen sorgen würde.

Umfangreiche Investitionspotenziale

Aber nach Ansicht der Experten der Sparkassen-Finanzgruppe gibt es nicht nur im Neubau, sondern auch im Wohnungsbestand umfangreiche Investitionspotenziale, dies allein schon durch energetische Sanierungen und Optimierungen. In Bayern ließen sich nach deren Meinung auf diese Weise Investitionen in einer Größenordnung von rund 100 Milliarden Euro mobilisieren. Als Beispiel für einen solchen Impuls nannte Wirmhier das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das einen Fotovoltaik-

Boom ausgelöst hat. Direkt wirksame staatliche Zuschüsse und Steuervorteile fänden bei den Bürgern mehr Anklang als etwa zinsvergünstigte KfW-Kredite, stellte er fest.

Sehr erfolgreich am Altersvorsorge-Markt etabliert hat sich die vor zwei Jahren zugelassene Wohn-Riester-Förderung, deren Nutzen sich beim Bausparen auf einen Vorteil von bis zu 50 000 Euro summieren kann. Seit dem 1. Januar 2010 sind die Möglichkeiten sogar noch größer, denn jetzt können Guthaben auf Riester-Verträgen, die vor 2008 abgeschlossen wurden, zu 100 Prozent für den Bau oder Kauf selbst genutzten Wohneigentums entnommen werden.

Günstige Zinsen für Baukredite

Auf die derzeit besonders günstigen Zinsen für Baukredite wies Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, hin. Nach seiner Darstellung liegen in diesem Frühjahr die Bauzinsen auf einem historisch niedrigen Niveau. Aktuell betrag zum Beispiel der Effektivzins für Hypothekenkredite guter Bonität mit zehnjähriger Zinsbindung zwischen 3,85 und 4,40 Prozent. Im Bereich der fünfjährigen Zinsbindung werden Sätze zwischen 2,90 und 3,5 Prozent vereinbart. Die niedrigsten Werte ergeben sich bei Darlehen ohne Sondertilgungsmöglichkeiten. Dabei, so Faltermeier, seien regionale Schwankungen normal. Ein einheitlicher bayerischer oder deutscher Bauzins existiere nicht.

Sinkende Umsätze

Paul Fraunholz, seit 1. April als Nachfolger von Oliver Gerstner, der in die Geschäftsleitung der LBS wechselt, Sprecher der Geschäftsführung der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungsgesellschaft („Sparkassen-Immo“) berichtete, dass seit dem Rekordjahr 2007 die Immobilienumsätze in Bayern in großen Schritten wieder zurückgehen und zwar 2008 um 11 Prozent und 2009 um 10 Prozent auf dann 26 Milliarden Euro, was ein eher durchschnittliches Volumen sei.

Ursache für den Rückgang seien geringere Umsätze bei gewerblichen Immobilien und deutliche geringere Umsätze internationaler Investoren. Das Geschäft mit Wohnimmobilien wie Eigentumswohnungen, Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern sowie Wohnbaugrundstücken entwickelte sich dagegen sehr stabil bis positiv.

Die stärksten Schwankungen gab es in Teilen von Oberbayern sowie in der Stadt und im Landkreis München. Von den 2,9 Milliarden Euro Umsatzrückgang am bayerischen Immobilienmarkt entfielen auf die Stadt München und den Landkreis München allein 1,9 Milliarden Euro. Dort hat sich der Markt wider auf dem Niveau von 2005 konsolidiert. Andererseits entfiel auf die Region München fast ein Drittel des bayerischen Immobilienumsatzes.

Rückgänge in den Regierungsbezirken

In Bayern verzeichneten 2009 alle Regierungsbezirke Umsatzrückgänge, allerdings in ganz unterschiedlicher Höhe: Nahezu stabil war die Oberpfalz mit -0,4 Prozent. Einstelliger Rückgänge verzeichneten Mittelfran-

ken (-6 Prozent) sowie Schwaben und Niederbayern (jeweils -19 Prozent). Zweistellig waren die Immobilienumsätze rückläufig in Oberbayern (-11 Prozent) sowie in Ober- und Unterfranken (jeweils -13 Prozent). Den stärksten Umsatzrückgang verzeichneten Stadt und Landkreis München mit einem Minus von insgesamt 19 Prozent.

Trotz dieser Schwankungen erzielte die Sparkassen-Immo ihr bestes Ergebnis seit mehr als zehn Jahren. 2009 vermittelten LBS und Sparkassen 9630 Häuser, Wohnungen und Grundstück im Wert von 1,35 Milliarden Euro (+15 Prozent). Dazu trugen die Sparkassen zu 89 Prozent bei. Fraunholz: „Die Sparkassen-Finanzgruppe ist absolut führend bei der wohnwirtschaftlichen Immobilienvermittlung. Die Sparkassen-Immo ist Bayerns größtes Maklerunternehmen.“

Vorzüge neu entdeckt

Nach Darstellung der Experten der Sparkassen-Finanzgruppe haben Kapitalanleger die Vorzüge von Wohnimmobilien neu entdeckt. Im vergangenen Jahr habe es sogar einen kleinen Nachfrageboom gegeben. Vermietete Wohnimmobilien böten derzeit im Vergleich zu anderen Anlageformen durchaus attraktive Renditen. Bei gebrauchten Häusern und größeren Eigentumswohnungen mit drei oder vier Zimmern übersteige die Nachfrage das Angebot. Bei Baugrundstücken und Zweifamilien-Eigentumswohnungen sind Angebot und Nachfrage ausgewogen. Ein Überangebot herrsche noch immer an Ein-Zimmer-Eigentumswohnungen. Der Schwerpunkt des Maklergeschäftes liegt nach wie vor ganz

klar bei Immobilien aus zweiter Hand.

Das Preisniveau für Wohnimmobilien in Deutschland gilt nach Aussagen der Sparkassen-Immo im internationalen Vergleich noch immer als moderat und auch als sehr realistisch, da es in den vergangenen Jahren in Deutschland keine Immobilienblase gegeben habe.

Für gebrauchte Häuser – Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser – haben die Preise etwas angezogen. Im Landesdurchschnitt waren dafür 181.000 Euro (+ 2 Prozent) zu zahlen. Der durchschnittliche Preis für gebrauchte Eigentumswohnungen lag mit 97.500 Euro um 5,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Starke Abweichungen gab es bei neu gebauten Häusern und Wohnungen. Mit 305.000 Euro lagen die Preise im Durchschnitt um 10 Prozent höher als im Vorjahr. Seit vielen Jahren rückläufig sind die Durchschnittspreise für neu gebaute Eigentumswohnungen. Mit 194.000 Euro kosteten sie 16 Prozent weniger.

Bezahlbarkeit

Die genannten landesweiten Durchschnittspreise (die eher statistischen Vergleichen dienen) können in einzelnen Regionen ganz erheblich abweichen. Das Forschungsinstitut empirica hat zur Bezahlbarkeit von Wohneigentum die Einkommensdaten der einzelnen Landkreise mit den Preisen für Einfamilienhäuser verglichen. Danach können sich bundesweit in zwei von drei kreisfreien Städten und in mehr als 90 Prozent aller Landkreise Haushalte mit einem durchschnittlichen Einkommen ihren Immobilien-

wunsch erfüllen. In einer Reihe ostdeutscher Landkreise genügt bereits ein Drittel des durchschnittlichen Einkommens.

Aber auch Bayern hat etliche Landkreise, in denen die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens für den Immobilienerwerb ausreicht. Dies sind Kronach, Wunsiedel, Hof, Donau-Ries, Tirschenreuth, Dillingen und Coburg. Teurer ist es dagegen im Süden Bayerns. Um ein freistehendes Einfamilienhaus bezahlen zu können, muss über mindestens ein Drittel mehr als das Durchschnittseinkommen verfügen, wer in Starnberg, Augsburg oder Erlangen kaufen will. Über mindestens die Hälfte mehr als ein Durchschnittsbürger muss verdienen, wer in Bad Tölz-Wolfratshausen oder Miesbach kaufen will. Und wer sich in Garmisch-Partenkirchen oder München niederlassen will, muss um 77 Prozent mehr als der Durchschnittsverdiener nach Hause bringen, also fast über das Doppelte dessen Einkommens verfügen.

Deutliche Zunahme an Interessenten

2009 hat die Zahl der Immobilien-Interessenten, die sich bei der LBS oder den Sparkassen haben vormerken lassen, kräftig zugenommen. Heuer dürfte die Nachfrage nach Wohnimmobilien um 20 Prozent steigen. Deshalb erwarten die Experten der Sparkassen-Finanzgruppe in diesem Jahr erneut leicht steigende Umsätze, zumal das Neubaugeschäft nach jahrelanger Flaute wieder etwas an Fahrt gewinnt. Mit leichten Preissteigerungen insbesondere bei gebrauchten Häusern und größeren Eigentumswohnungen sei zu rechnen. **dhg**



Mit LBS-Bausparen wird aus „Wohn-Riester“ Ihr eigenes Zuhause!

Der Staat hilft Ihnen dabei, Ihren Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen. Sichern Sie sich attraktive Zulagen und ggf. eine erhebliche Steuerersparnis, Jahr für Jahr!*

Ihr Berater in Ihrer Sparkasse oder LBS-Geschäftsstelle sagt Ihnen wie's geht und wie viel für Sie drin ist. Sie werden sehen: Es lohnt sich für Sie!

*Es gelten Fördervoraussetzungen.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Ihr Partner für Kommunale Bauten

Technikräume für Photovoltaik- und Elektroanlagen etc.



- Stahlbetonfertigbauweise
- individuell geplant
- ruckzuck montiert



84323 Massing · Bahnhofstraße 8 · Tel. 08724 / 88-0 · www.Laumer.de

Zukunftsorientierte Urnengrabstätten aus Vollgranit:

Verbindung zwischen Tradition und Moderne

So wie sich in der Gesellschaft Veränderungen ergeben, so wandeln sich auch dem Zeitgeist entsprechend die Bestattungsformen. Nachhaltigkeit und Erhalt der Kulturstätte Friedhof gehören daher zu den bedeutsamen Aufgaben von Friedhofsverantwortlichen.

Die bundesweit tätige Firma Weiher aus Freiburg im Breisgau plant und baut zukunftsorientierte Urnengrabstätten, die sich ganz individuell in das jeweilige Friedhofsbild einpassen. Diese tragen dazu bei, die Akzeptanz des Friedhofes in seiner traditionellen Form zu erhalten und tragen gleichzeitig der Mobilität der Gesellschaft Rechnung. Darüber hinaus verschaffen sie den Friedhofsverantwortlichen wirtschaftlich in-

Doch mit der jüngsten Friedhofserweiterung wollten die Verantwortlichen der Bevölkerung eine weitere Möglichkeit in Form einer Urnengrabstätte schaffen.

Mit dem Ergebnis der jüngsten Friedhofserweiterung sind alle Beteiligten sehr zufrieden. Langenthalheim hat sich für den Bau einer Weiher-Urnengrabstätte als filigrane Alternative zur Weiher-Urnengrabstätte aus grauem Vollgranit entschieden. Mit ihrer Entscheidung für die Stelenanlage

Frage kommen kann. Das ausgeklügelte Weiher-Würfelsystem punktet unter anderem genau damit, dass es trotz der räumlichen Enge Platz für eine hohe Anzahl Nischen bietet.

Mit dem Vor-Ort-Aufbau der Weiher-Musterwand konnten sich die Verantwortlichen einen ersten Eindruck über Standort, Farbauswahl und Größenverhältnis ihres planerischen Konzeptes machen. Das Weiher-Würfelsystem überzeugte die Friedhofsverantwortlichen, da es filigran und nicht überladen am vorgesehenen Standort eingepasst werden konnte. Die massiven Natursteinwürfel, das nicht sichtbare Verschlusssystem und die farblich harmonische Einpassung in das bestehende Friedhofsbild riefen viel Lob hervor.

Tobias Weiher: „Unsere speziellen Würfelsysteme aus 40 mal 40 mal 40 Zentimeter großen Quadern sind extrem stabil, witterungsbeständig, langlebig und in modularer Bauweise für jede Aufbauvariante geeignet. Im Gegensatz zu herkömmlichen Urnengrabstätten und Urnengrabstättenanlagen basiert dieses Würfelsystem auf der Kombination zweier Materialien mit gleichem Ausdehnungskoeffizienten: das Weiher-Trägermaterial Fortis-1010 auf den Innenseiten und Vollgranit auf den

Außenseiten. Durch die Verwendung dieser speziellen Materialkombination und der Oberflächenkonservierung mit Nanotechnologie halten die WEIHER-Würfelsysteme garantiert über Jahrzehnte hinweg jedem Wetter stand.“

Auf kleinstem Raum wurde auf dem Friedhof in Langenthalheim die Urnengrabstätte erstellt. Ein Würfel bietet Platz für die Aufnahme von zwei Schmuckurnen oder alternativ bis zu vier Aschenkapselfen. „Der Anteil an Urnengrabstätten nimmt auch in unserer Gemeinde kontinuierlich zu. Urnengrabstätten gehörten schon längere Zeit zu den angebotenen Bestattungsmöglichkeiten. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis sich die Möglichkeit zur Bestattung in der Urnengrabstätte in der Bevölkerung durchgesetzt hat“, so die Verantwortlichen der Friedhofsverwaltung.

Ihr Resümee: „Mit der Firma Weiher konnten wir unsere anfängliche Idee in einem sehr gelungenen und eindrucksvollen Stelenensemble auf dem Friedhof in Langenthalheim realisieren. Sowohl in der Planung des Projektes, in der statischen Berechnung, in der räumlichen Anordnung der Stelenanlage als auch in der gesamten Ausführung der Arbeiten sprechen wir der Firma Weiher unser Lob aus. Ein gelungenes Projekt, das unseren schön gestalteten Friedhof eindrucksvoll bereichert.“

Weitere Informationen unter: www.friedhofskonzepte.com, www.urnengrabstaetten.com, www.urnengrabstaetten.com



3er- und 2er-Stelenanordnung in Vollgranit „Juparana India“. Foto: Weiher

teressante Beisetzungsmöglichkeiten.

Im Zuge der Friedhofserweiterung in Langenthalheim entschlossen sich die Verantwortlichen des gemeindeeigenen Friedhofs für den Bau einer filigranen ammutenden Weiher-Urnengrabstätte in Vollgranit.

Auf dem mit großen Rasenflächen und altem Baumbestand gestalteten gemeindeeigenen Friedhof der rund 2.400 Einwohner zählenden evangelischen Gemeinde Langenthalheim standen bislang die Bestattungsmöglichkeiten in Erdgräbern oder Urnengrabstätten zur Verfügung.

ge bewiesen die Verantwortlichen Sensibilität und Kreativität. Denn das halbrunde, aus drei Dreierstelen und zwei Zweierstelen angeordnete Ensemble aus hellgrauem Vollgranit „Juparana India“ mit 31 Urnennischen passt sich optisch sehr harmonisch in das bestehende Friedhofsbild ein.

Auf der Suche nach geeigneten Materialien und Möglichkeiten war für die Friedhofsverantwortlichen schnell klar, dass für den begrenzten zur Verfügung stehenden Raum und die Ansprüche, die an das Material gestellt werden, nur das Würfelsystem von Weiher in-

Tagung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt:

Das Krematorium der Zukunft

Auch auf dem Weg zur letzten Ruhe ist der Umweltschutz ein Thema. Die seit Mai 1997 geltende Richtlinie des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) „Emissionsminderung Einäscherungsanlagen“ für Krematorien in Deutschland etwa trifft Aussagen zu Emissionsgrenzwerten von Feuerbestattungsanlagen. Unter anderem wegen der zunehmenden Privatisierung von Krematorien überarbeiten Fachleute die Richtlinie zurzeit unter technisch-wirtschaftlichen und ethischen Gesichtspunkten.

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hat in den vergangenen Jahren Projekte gefördert, die sich mit verbesserten Verbrennungsprozessen bzw. mit Möglichkeiten und Auswirkungen der Temperaturabsenkung bei der Einäscherung in Krematorien befassen. Das Ziel: Die Umwelt zu entlasten, zum Beispiel mittels einer Kohlendioxid einsparung von bis zu zehn Kilogramm je Einäscherung. Die Ergebnisse wurden während der Tagung „Krematorium. Technische und betriebswirtschaftliche Tendenzen“ im Zentrum für Umwelt-

kommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Osnaabrück vorgestellt.

Ziel war es hierbei, aktuelle Tendenzen für die Gestaltung von Krematorien aufzuzeigen, wobei neben verfahrens- und prozesstechnischen Aspekten auch die Möglichkeiten der räumlichen Gestaltung unter besonderer Berücksichtigung ethischer Grundregeln behandelt wurden.

Ein Ergebnis der Tagung ist, dass die in Deutschland zur Verfügung stehenden verfahrenstechnischen Systeme geeignet sind, höchsten umwelttechnischen Standards zu genügen. Dies wurde, insbesondere im Vergleich zu den europäischen Nachbarn, durch den Generalsekretär des ICF (International Cremation Federation) in der Diskussion bestätigt. Dennoch konnten weiterführende Entwicklungen aufgezeigt werden, die zum Ziel haben, den Energieeinsatz weiter zu senken und damit zur CO₂-Reduzierung beizutragen.

Weiteres Resultat: Der Wettbewerb zwischen den Krematorien in Deutschland führt zu einer Verbesserung des Qualitätsstandards. So stellen sich private wie kommunale Krematoriumsbetreiber mittlerweile gängigen Prüf- und Zertifizierungsverfahren, wie beispielsweise Güte- und Prüfbestimmungen des Deutschen Instituts für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V., des Bundesverbandes Deutscher Bestatter e.V. (Markenzeichen Krematorium) sowie des Arbeitskreises kommunaler Krematorien im Deutschen Städtetag. Die Umsetzung der Prüfverfahren lässt künftig eine verbesserte Transparenz erwar-



Gestaltungsfreiheit durch das variable Platzieren auf Freiflächen. □

Urnengrabstätten in Germering:

Gestalterisch und in der Menge flexibel einsetzbar

Im oberbayerischen Germering wird der Bestand an Urnengrabstätten von Paul Wolff auf städtischen Friedhöfen kontinuierlich ausgebaut. Etwa 20 neue Urnengrabstätten werden laut Umweltamt jedes Jahr benötigt, Tendenz steigend. Die besondere Flexibilität durch das Aufstellen von Urnengrabstätten überzeugt: keine hohen Anschaffungskosten, da sie nach Bedarf angeschafft werden und Gestaltungsfreiheit durch das variable Platzieren auf Freiflächen.

Auf den kommunalen Friedhöfen der 37.000 Einwohner zählenden Großen Kreisstadt spielen klassische Strukturen keine große Rolle. Das in unmittelbarer Nähe zu München liegende Germering ist sehr urban geprägt. So sind Familiengräber kaum mehr gefragt, lediglich Einzelgräber werden neu belegt. Bei Urnengrabstätten dagegen gibt es eine jährliche Steigerung von etwa 60 Prozent. Die Gründe liegen auf der Hand: geringere Kosten und kaum Pflegeaufwand für Angehörige. So wurden seit 2003 in fünf Bauabschnitten insgesamt 40 Stelen mit jeweils vier Doppelkammern für Überurnen aufgestellt.

Ein überzeugender Faktor für das städtische Umweltamt, das auch die Grünflächen der Friedhöfe betreut, ist der betriebswirtschaftliche Faktor. Die Anschaffungskosten sind in einem finanziell überschaubaren Rahmen, auch weil man rasch auf den tatsächlichen Bedarf reagieren kann. Die von Paul Wolff gelieferten Urnengrabstätten wurden vom Bauhof auf das bauteilspezifische Fundament gestellt – einfach zu handhaben mittels eines Lkws mit Ladekran. Auch verursacht die oberirdische Urnengrabstätte praktisch keine Unterhaltskosten.

Besser noch als bei Urnengrabstätten ist die individuelle Gestaltung auch bei geringerem Platzangebot sehr gut möglich. So können je nach Form und Größe der Friedhofsfreiflächen die Urnengrabstätten durch die modulare Anordnung entsprechend aufgestellt und der Platz optimal ausgenutzt werden. Durch unterschiedliche Platzierungen der Stelen erhalten die Plätze ihren besonderen Charakter und gliedern sich harmo-

nisch in das Landschaftsbild ein.

Regen Zuspruch bei den Angehörigen erfahren auch die von einer ortsansässigen Schlosserei gefertigten Halterungen seitlich der Urnengrabstätten. Hier finden Blumen in kleinen Gebinden, Kerzen oder andere Beigaben Platz. Die individuelle Zuordnung hat auch einen pragmatischen Aspekt. Das Ablegen von Grabeschnitzwerk auf dem Boden entfällt weitgehend und das Friedhofspersonal hat somit weniger Pflegeaufwand.

Auch künftig setzt das Germeringer Umweltamt auf die flexible und ökonomische Lösung. Zwei weitere Stellplätze mit jeweils 12 Stelen sind in Planung. Nicht nur um eine einheitliche Gestaltung zu bewahren, wird der gleiche Lieferant wieder zum Zuge kommen. Urnengrabstätten von Paul Wolff haben sich auf den Friedhöfen der Stadt bewährt. □

Ingolstadt:

Urnengrabstätten nehmen zu

Ein Bericht der städtischen Verwaltung über die Entwicklung des Bestattungswesens in Ingolstadt zeigt, dass bei der Inanspruchnahme von Leistungen des Bestattungsamts die Bürger konsequent die kostengünstigeren Grabarten und Bestattungsmöglichkeiten wählen. Zwar werden nach wie vor auch teure Grabarten nachgefragt, aber nicht in einem solchen Maß, dass dieser Entwicklung merklich entgegengewirkt würde.

Auch die Benutzung der Bestattungseinrichtungen wird dabei oft auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt (z. B. Verzicht auf Benutzung der Aussegnungshalle; nur einfache Urnengrabstätten). Dies sei auch Ausdruck einer sich verändernden Bestattungskultur, in der die Art und Qualität der Bestattung als Ausdruck der Persönlichkeit des Verstorbenen an Bedeutung verliert.

Besonders augenfällig ist dies dem Bericht zufolge auch bei der Verlängerung von Grabrechten: Trotz gestiegener Beerdigungszahlen und der damit verbundenen Grabrechtsvergaben aufgrund der Mindestruhefristen ging die Zahl der vergebenen Grabrechte erneut zurück.

Immer mehr Nutzungsberechtigte verlängern das Grabnutzungsrecht nicht über die Mindestruhefrist hinaus bzw. verlängern ablaufende Nutzungsrechte nur mehr für wesentlich kürzere Zeiträume (bis hin zu einer regelmäßigen jährlichen Verlängerung um jeweils nur ein weiteres Jahr). KI

Urnengrabstätten ... für eine kleine Ewigkeit



Die ganz große Vielfalt an Urnengrabstätten und sinnvollem, innovativem Zubehör im aktuellen PAUL WOLFF-Katalog.

Jetzt Ihr persönliches Exemplar sichern. Wir informieren Sie gerne!

Telefon (0 21 61) 9 30 - 3
Telefax (0 21 61) 9 30 - 5 99
info@paulwolff.de

www.paulwolff.de

PAUL WOLFFTM
Steinschrank. Manufaktur.

„Manufaktur Friedhof“ der aktuelle PAUL WOLFF-Katalog



Smart Center München stellt Spezialfahrzeuge vor:

Smart für jeden Einsatz

Das smart Center München präsentierte unter dem Motto „ein smart für alle Fälle“ am 30. März bei der Henne-Unimog in Heimstetten und am 08. April im smart center München die smart fortwo Spezialfahrzeuge.

Ob mit Blaulicht im Polizeieinsatz, signalrot im Dienst der Feuerwehr, ob als gelb-schwarz kariertes Follow-me an Flughäfen, als wendiges Abfallsammelfahrzeug in orange oder als Fahrzeug für das Ordnungsamt - smart bietet mit dem fortwo unzählige Möglichkeiten. Das smart Center München stellte bei sich und der Henne-Unimog in Heimstetten die praktischen und umweltbewussten Spezialfahrzeuge aus der Nähe vor.

1999 wurde der erste smart in

den Dienst der guten Sache gestellt. Mit einem signalroten Feuerwehr smart fortwo begann die Erfolgsgeschichte der smart Spezialfahrzeuge. Ihre besonderen Vorteile: Wirtschaftlichkeit, kompakte Größe und damit hohe Wendigkeit sowie Umweltverträglichkeit. Diese Vorteile spielt der smart fortwo heute ebenso im Polizeialltag wie im Flughafenbetrieb aus. Mit dem großen Innenraum bei kleinsten Außenmaßen bietet sich der ultrakompakte smart fortwo zudem als First Res-

ponder an. Mit ihm haben Rettungskräfte ausreichend Platz für alle wichtigen Hilfsmittel und kommen schnellstmöglich zu ihren Patienten - weil im Ernstfall Sekunden entscheiden.

Wendiger Dienstwagen

Neben den auffallenden Spezialfahrzeugen überzeugt der smart fortwo durch eine Vielzahl an Möglichkeiten auch für alle anderen Einsatzzwecke der öffentlichen Hand - sei es als Fahrzeug für die Ordnungsämter, für einfache Botenfahrten oder als wendiger Dienstwagen.

Ein wichtiges Argument für die

ren Traktoren gelingt es niedrigste Kosten pro Betriebsstunde zu erzielen. Die Höchstgeschwindigkeit wird bereits bei deutlich reduzierter Motordrehzahl erreicht - die Basis für niedrigen Kraftstoffverbrauch“, erklärt Paffen.

Die andere entscheidende Komponente, die Vario-Traktoren so wirtschaftlich macht, sind hocheffiziente Motoren mit kompakter Leistung- und Verbrauchsauslegung. So auch beim neuen 800 Vario, der mit der ersten SCR-Motorentechnologie ausgestattet ist und damit schon ein Jahr vor der gesetzlichen Einführung die Abgasnorm der Stufe 3b erfüllt. Die Mehrleistung eines Vario resultiert zudem aus der Tatsache, dass der Motor immer im wirtschaftlichen Optimum betrieben werden kann. Die Kraftstoffkosten sind mit bis zu 60 Prozent der größte Kostenfaktor, bezogen auf die Nutzungsdauer. Bei den Kraftstoffkosten entscheidet sich daher die Kostenführerschaft.

Hohe Nutzlasten

Die bei Fendt serienmäßig hohen Achslasten ermöglichen im außerlandwirtschaftlichen Bereich hohe Nutzlasten für schwere Gerätekombinationen. So können beispielsweise Tandemmähgeräte ohne Probleme schon ab dem 414 Vario mit 140 PS angebaut und bedient werden. Durch das geringe Leistungsgewicht, welches

Aufnahme des smart fortwo in den Fuhrpark sind - für Kommunen heute wichtiger denn je - finanzielle Aspekte. Denn der smart ist und bleibt in der Gesamtkostenbetrachtung eines der günstigsten Autos auf dem deutschen Markt. Zahlreiche, unabhängige Untersuchungen haben den smart fortwo wiederholt als Spar-Sieger bestätigt.

Wer smart fortwo fährt, fährt nicht nur günstig, sondern auch umweltbewusst. Von Anfang an ist smart dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet - dazu gehören umweltfreundliche Autos mit alternativen Antriebskonzepten. Der smart fortwo micro hybrid drive (mhd) mit Start-Stopp-Generator bietet in diesem Sinn Fortschritt auf vier Rädern, der vom Öko-Trend Institut für Umweltforschung mit dem Auto-Umwelt-Zertifikat ausgezeichnet wurde. □

beim 415 Vario beispielsweise 35 kg/PS beträgt, werden der Kraftstoffverbrauch weiter optimiert und hohe Nutzlasten ermöglicht.

Wirtschaftliches Optimum

Damit der Kunde sich optimal auf seine Arbeit konzentrieren kann ist ein perfekter Bedienkomfort unerlässlich. Mit dem Vario-center und den Teach-in Funktionen VariotronicTI wird es dem Fahrer ermöglicht immer im wirtschaftlichen Optimum zu fahren und zudem seine Arbeit perfekt zu erledigen - ohne Ermüdungserscheinungen. Bei komplexen Anbaulösungen vereinfacht TMS die Arbeit erheblich - der Fahrer steuert den Traktor bequem über das Fahrpedal und hat so die Hände frei für die Bedienung der Arbeitsgeräte.

Alle Fendt-Traktoren ab dem Baujahr 1995 sind zudem uneingeschränkt RME tauglich. Für den Einsatz von Raps-Methyl-Ester nach DIN EN 14214 gibt es bei Fendt serienmäßig volle Herstellergarantie - es ist weder eine Umrüstung noch eine Zusatzversicherung erforderlich.

Fendt bietet für den professionellen Einsatz ein hochwertiges Zusatzgeräteprogramm, wie beispielsweise den Frontlader Fendt-Cargo - optimal auf die Vario-Traktoren abgestimmt. Doch nicht nur aus dem eigenen Hause, auch Zusatzgeräte namhafter Hersteller sind entscheidend für opti-

Mercedes Benz Unimog:

Feuerwehrpremiere für den Unimog U20

Der kompakte, geländegängige und wendige Feuerwehr-Unimog U20 erfüllt DIN 14530-18 und ist damit förderfähig durch Landesmittel je nach Bundesland für Freiwillige Feuerwehren.

Die Besondere Eignung des U20 liegt in seiner enormen Wendigkeit (Radstand 2,7 m, Wendekreis 12,6 m) und seinen Fahreigenschaften auf schwierigem Terrain. Das erlauben ihm die großen Böschungswinkel von 30 Grad hinten und 27 Grad vorn sowie die Portalachsen. Der neue Feuerwehr-Unimog verfügt über Differenzialsperren vorn und hinten sowie permanenten Allradantrieb. Eigenschaften, die den U20 mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 9,3 t auch für den Waldbrandeinsatz bestens eignen.

Brandbekämpfung

Der Aufbau stammt von der Albert Ziegler GmbH. Unmittelbar hinter dem serienmäßigen Fahrerhaus ist der 2.500 Liter fassende Wassertank, dahinter der Gerätekoffer mit der feuerwehrtechnischen Beladung platziert. Die vom Fahrzeugmotor angetriebene Feuerlöschkreiselpumpe (Nennleistung 1.000 l/min bei 10 bar, maximal 1.800 l/min bei 8 bar), Schnellangriffseinrichtung sowie die Schaumzumischung bilden die wesentlichen Elemente der Löscheinrichtung des Premierenfahrzeuges.

Der kurze Radstand von 2,7 m

ist die Basis für überragende Handlichkeit. Der Wendekreis (12,6m) liegt auf dem Niveau kompakter Transporter und mittlerer PKW und ist kleiner als bei jedem Allrad-LKW. Mit einer Motorleistung von 130 kW (177 PS) aus dem Vierzylinder-Turbodiesel OM 904 LA mit 4,25 l Hubraum bietet der Unimog U20 ansehnliche Kraftreserven.

Insgesamt werden drei Unimog-Baureihen angeboten - alle auch mit Aufbauten für die Feuerwehr. Neben dem U 20 - 7,5 t bis 9,3 t zGG - sind dies die Baureihen U300 - U500 sowie der hochgeländegängige U4000 bzw. U5000.

Die Fahrzeuge der Baureihe U300 bis U500 sind als geländegängige Geräteträger hauptsächlich im Arbeitseinsatz bei Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes, bei kommunalen Lohnunternehmen, in der Bau- und Energiewirtschaft sowie im innerbetrieblichen Transport und im 2-Wege-Einsatz (Straße bzw. Schiene) anzutreffen. Haupt-Einsatzgebiete der Unimogs finden sich bei der Feuerwehr in der Waldbrand-Bekämpfung, im Katastrophenschutz, im Expeditionseinsatz sowie bei Service- und Wartungsarbeiten in schwer zugänglichem Gelände. □



Der Unimog U20 als Feuerwehrfahrzeug. □

male Gerätekombinationen. Alle Anbaugeräte werden bei Fendt intensiv geprüft, so dass das Komplettpaket optimal aufeinander abgestimmt ist.

Serviceangebot

Um für jeden Kunden das Optimale zu erreichen, bietet Fendt neben individuellen Kunden-

vorführungen ein umfangreiches Serviceangebot. Von der Finanzierung über Serviceverträge bis hin zu Mietpaketen, für jede spezielle Anforderung hat Fendt die passende Lösung. „Kein Baumaschinenhersteller verfügt über ein so dichtes Servicenetz, wie wir es bieten. In Deutschland haben wir rund 680 Servicestützpunkte und europaweit über 1.400.“ □



Große Leistung. Kleine Raten.

Flexible Finanzierungen, genau auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt: Wir bieten Ihnen wirtschaftlich effiziente Finanzierungs- und Leasingmodelle, individuell zugeschnitten auf Ihren Bedarf. Damit Sie bei der Anschaffung eines Unimog genauso flexibel handeln können, wie beim Einsatz Ihres neuen Unimog auf und abseits der Straße. Mehr bewegen. Der Unimog.

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Genossenschaftsverband-Präsident Stephan Götzl:

Großes Potenzial bei kommunaler Zusammenarbeit

Gründungsboom in Bayern
Umsätze im Waren- und Dienstleistungsgeschäft auch im Krisenjahr stabil

Für die Genossenschaft als Unternehmensform sieht der Genossenschaftsverband Bayern, wie sein Präsident Stephan Götzl vor der Presse betonte, ein großes Potenzial beim Thema „Kommunale Zusammenarbeit“. Die genossenschaftliche Unternehmensform habe sich nämlich gerade in Krisenzeiten sehr bewährt. Dass bewiesen nicht nur die 834 bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, deren Gesamtumsatz 2009 mit knapp 10,5 Milliarden Euro nahezu stabil geblieben sei, sondern das zeige sich auch an der stark gewachsenen Zahl von 48 Genossenschaftsgründungen in Bayern.

Die Kommunen in Bayern (und nicht nur hier) stehen, so Götzl, derzeit vor der Herausforderung, die Versorgungssicherheit - etwa bei Strom und Wasser - weiterhin zu gewährleisten, obwohl ihr Handlungsspielraum auf Grund klammer Kassen zunehmend eingeschränkt ist. Dies stelle für die Städte und Gemeinden eine gewaltige Aufgabe dar.

In dieser Situation entscheiden sich viele mittlere und kleine Städte und Gemeinden zwischen einer Rekommunalisierung der Versorgung und der Auftragsvergabe an große privatwirtschaftliche Dienstleister für einen dritten Weg, nämlich den gemeinsamen Betrieb der Netze von mehreren Kommunen, Bürgern und Firmen in einer Genossenschaft. Dieser Weg biete Städten und Gemeinden die Möglichkeit, die Versorgung der Bürger privatwirtschaftlich sicherzustellen und gleichzeitig die kommunale Unabhängigkeit durch ein Mitspracherecht in der Geschäftspolitik der Genossenschaft zu erhalten. Außerdem erleichtere es die in der Genossenschaft mögliche Bürgerbeteiligung gerade klammen Kommunen, die notwendigen Finanzmittel aufzubringen und gleichzeitig die Identifikation der Bürger mit der

Stadt oder Gemeinde zu erhöhen.

Informieren und Werben

Doch derzeit wird die Genossenschaft bei kommunalen Projekten nach Ansicht des Verbandes noch zu selten genutzt. Das, so Götzl, liege unter anderem auch daran, dass die an der Vorbereitung interkommunaler Projekte beteiligten Unternehmensberatungen den Städten und Gemeinden die Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft (eG) in der Regel nicht anbieten. Somit würden die Vorteile der Genossenschaft im kommunalen Bereich häufig nicht erkannt. Deshalb will der Verband die kommunalpolitischen Entscheidungsträger vermehrt über die Möglichkeiten der genossenschaftlichen Rechtsform informieren und noch stärker für die Erbringung kommunaler Dienstleistungen durch Genossenschaften werben.

Genossenschaften decken nach Götzls Darstellung mit ihren regionalen Wertschöpfungsketten zentrale Versorgungsbereiche - vor allem Ernährung, Energie und Soziales - ab und gewährleisten auch langfristige eine effektive Leistungserstellung. Als Beispiel nannte Götzl die Energiege-

nossenschaften, die auf Basis ihres genossenschaftlichen Förderauftrages regional dauerhaft und nachhaltig günstige Energie bereitstellen und so ganze Regionen unabhängiger machen von den Schwankungen der Energiemärkte. Zudem leisteten sie einen wachsenden Beitrag zur CO₂-Reduktion.

Die 2006 vollzogene Reform des Genossenschaftsgesetzes mit den vorrangigen Zielen, die Gründung von Genossenschaften zu erleichtern und die Startbedingungen insbesondere für kleine Genossenschaften zu verbessern, hat sich nach Ansicht des Verbandes gelohnt.

Rückbesinnung auf das Beständige

Im Jahr 2009 wurden in Bayern 48 Genossenschaften gegründet, fast so viele wie 2005 im gesamten Bundesgebiet. Im vorigen Jahr haben sich mehr als 3200 neue Mitglieder in ganz Bayern für die Gründung einer Genossenschaft entschieden. Die Gründungen gab es vor allem in den Bereichen Energie, Gesundheit und kommunale Zusammenarbeit, aber auch im traditionell genossenschaftlich geprägten Handwerk und in der Landwirtschaft. Als Gründe für den Boom nannte Götzl die Rückbesinnung auf das Beständige („Immer besser anstatt immer mehr“) und angesichts der Globalisierung die Wiederbesinnung auf die Regionalität.

Der Gründung geht eine Gründungsprüfung durch den Verband voraus, die ein stimmiges Ge-

schaftsmodell voraussetzt. „Aussichtslose Projekte werden von vornherein vermieden,“ so Götzl. So werde die Insolvenzgefahr vermindert. Vergleiche mit anderen Unternehmensformen zeigten, dass Genossenschaften weit seltener zahlungsunfähig seien.

Umwelt, Energie, Wasser

Mit 22 Genossenschaftsgründungen lag der Schwerpunkt neuer genossenschaftlicher Kooperationen in Bayern im Bereich Umwelt, Energie, Wasser. Hierunter fallen neben Genossenschaften zum Betrieb von Fernwärmenetzen und der gemeinsamen Beschaffung von Energie vor allem Genossenschaften, die regenerative Energien erzeugen. Aber auch die Nutzung von Biogas hat zu Neugründungen geführt. Die neu gegründeten Energiegenossenschaften haben nach Verbandsangaben 2009 in Netze und Anlagen knapp 18 Milliarden Euro investiert.

Einen weiteren Neugründungsschwerpunkt gab es im vorigen Jahr im Gesundheitswesen. Ärzte haben ihre Praxisstrukturen aus Gründen der Kosteneinsparung neu ausgerichtet und ihre Leistungen gebündelt. So wurden teure Geräte gemeinsam angeschafft und Einrichtungen gemeinsam organisiert unter gleichzeitiger Wahrung der rechtlichen Eigenständigkeit.

Ende 2009 gab es Bayern 1142 Genossenschaften, darunter 307 Volks- und Raiffeisenbanken, über die der Verband aber gesondert berichtet und auch heuer schon berichtet hat. Zu den 834 ländlichen und gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften zählt auch das Warengeschäft von jenen 86 Kreditgenossenschaften, die das Warenneben dem Bankgeschäft noch betreiben, wie es der genossenschaftlichen Ursprungsidee einmal entsprach. Diese ländlichen und gewerblichen Genossenschaften mit insgesamt 10,5 (2008: 10,6) Milliarden Euro Um-

satz haben etwa 770.000 Mitglieder und bieten in Bayern mehr als 26.800 Arbeitsplätze. Sie finden sich in 35 Branchen, vom Handel über das Handwerk bis hin zur Landwirtschaft. Die Handelsgenossenschaften setzten im Berichtsjahr 4,4 (4,7) Milliarden Euro um, die Handwerksgenossenschaften 596 (618) Millionen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften als größte ländliche Genossenschaftsgruppe 2,3 (2,7) Milliarden Euro und das ländliche Warengeschäft 985 (1.020) Millionen. Zunehmende Bedeutung haben die 22 Genossenschaften aus dem Gesundheitsbereich, zu dem auch Pharmahändler gehören. Sie erwirtschafteten 3,3 (2,7) Milliarden Euro. Die 106 Genossenschaften aus den Bereichen Umwelt, Energie und Wasser zählen auch zu den Wachs-

tumsträgern und brachten es auf 332 (166) Millionen Euro.

Verarbeitungstiefe

Für die Landwirtschaft fordert Götzl mehr Zusammenarbeit und über die Schaffung von Wertschöpfungsketten eine größere Verarbeitungstiefe, vor allem in der Nahrungsmittelproduktion. Zielführend seien in Bayern die Schaffung einer zentralen Organisation zur Förderung von Marketing und Export und eines bayerischen Kompetenzzentrums für Ernährung. Die Stärke liege in der Schaffung regionaler Marken. Um bei agrarischen Erzeugnissen weniger stark von den amerikanischen Terminbörsen abhängig zu sein, fordert der Genossenschaftsverband Bayern eine Warenterminbörse in Europa. **dhg**

Raiffeisens Erben

Warum immer mehr Bürgermeister unter die Genossenschaftsgründer gehen

Dass Friedrich Wilhelm Raiffeisen zu einem der Gründerväter der deutschen Genossenschaftsbewegung avancierte, lag nicht zuletzt an seinem Beruf: Er war hauptamtlich Bürgermeister verschiedener Gemeinden im Westerwald. So war Raiffeisen sehr nah an den Sorgen der kleinen Leute, erlebte mit ihnen Hungersnöte und Wirtschaftskrisen. Dies schärfte sein Gespür für die Probleme der Menschen - deren Lösung fand er in der Genossenschaftsidee.

Raiffeisen hat heute eine Vielzahl von Erben: Immer mehr Bürgermeister stoßen in ihren Gemeinden Genossenschaftsgründungen an. Galt in den frühen Jahren der Bundesrepublik der Staat als allein selig machender Problemlöser, ist Selbsthilfe heute gefragter denn je. Zu den Genossenschaftsfans unter den Gemeindevorständen gehört zum Beispiel Hans Kummert, Bürgermeister der Marktgemeinde Hahnbach in der Oberpfalz. Gemeinsam mit acht weiteren Kommunen trieb seine Gemeinde die Gründung der AOVE-BioEnergie eG voran, die Mitglied des Genossenschaftsverbands Bayern ist.

umweltfreundlichen Nahwärmeverversorgung profitieren.

Da sich für das Projekt auch die Bürger begeisterten, stellte sich die Frage, in welcher Rechtsform das Nahwärmenetz organisiert werden sollte. „Wir haben uns dann für das Prinzip ein Mann, eine Stimme entschieden, denn wir wollten nicht abhängig werden von einem einzelnen großen Akteur“, erzählt der Bürgermeister. Auch die Gemeinde hat daher nur eine Stimme in der Genossenschaft, der Rest verteilt sich auf über 100 Bürger, die ihre Heizenergie künftig über die Energie Mitwitz eG beziehen. „Die Menschen identifizieren sich mit der Genossenschaft“, sagt der Kommunalpolitiker. Daher seien viele Probleme, die normalerweise hochkochen, wenn man ein Heizwerk errichtet, etwa die Standortfrage, gar nicht erst entstanden, erklärt Laschka zufrieden.

Eine genossenschaftliche organisierte Nahwärmeverorgung gibt es seit Kurzem auch in der 2100-Seelen-Gemeinde Ringelai im Bayerischen Wald. „Als 2008 die Heizölpreise explodierten, haben wir überlegt, was die Gemeinde tun kann, um einerseits eine günstigere Energieversorgung zu erschließen und andererseits die Wertschöpfung in der Region zu halten“, erinnert sich Bürgermeister Max Köberl.

Gleiche Augenhöhe

Schnell kristallisierte sich heraus, dass ein Hackschnitzelheizwerk mit angeschlossener Nahwärmeverorgung hierzu die besten Möglichkeiten bietet: „Schließlich können wir im Bayerischen Wald nicht über Holzmarkt klagen.“

Auch über die Rechtsform herrschte bald Klarheit: Zwar hatte man zu Gründungszwecken zunächst mit einer GbR angefangen. Diese wollte man aber so schnell wie möglich in eine eG umwandeln: „Nur die Genossenschaft integriert Kunden, Geldgeber, Rohstofflieferanten auf gleicher Augenhöhe unter einem Dach“, erklärt der Kommunalpolitiker. Ein weiterer Vorteil sei, dass die Bürger in der neugegründeten Energiegenossenschaft Ringelai eG etwas sähen, das man allein und ohne Hilfe von außen gemeinsam geschaffen habe. „Die Genossenschaft hilft daher nicht nur, jedes Jahr 250.000 Liter Heizöl einzusparen, ihre Gründung hat auch in unserem Gemeinwesen etwas angestoßen“, so das Fazit des Bürgermeisters.

Heiko Haffmans

Commerzbank-Studie:

Kein strategischer Richtungswechsel im bayerischen Mittelstand

Krise wird als konjunkturelles Phänomen betrachtet

58 Prozent der mittelständischen Unternehmen aus Bayern sehen in der Krise keinen Anlass, ihre strategische Ausrichtung auf den Prüfstand zu stellen. Für sie ist die derzeit noch andauernde wirtschaftliche Schiefelage lediglich konjunkturell bedingt; dass darüber hinaus größere strukturelle Aufgaben zu bewältigen sind, wird nicht erwartet. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie der Commerzbank-Initiative Unternehmerperspektiven mit dem Titel „Mittelstand in der Krise - Umsteuern für den Aufschwung?“. Für die Studie befragte TNS Infratest von November 2009 bis Januar 2010 bundesweit über 4.000 mittelständische Unternehmer unterschiedlicher Branchen, davon 630 aus Bayern.

Kostenmanagement ist das Mittel der Wahl für den kommenden Aufschwung: 39 Prozent der mittelständischen Unternehmen aus Bayern wollen nach der Krise verstärkt auf ihre Profitabilität achten. Dabei werden für knapp die Hälfte der Unternehmen Kostensenkungen bei Zulieferern wichtiger als vorher. Ein zweiter Trend ist, die Geschäfte langfristig auf möglichst gesicherte Grundlagen zu stellen: 42 Prozent der bayerischen Unternehmen wollen zukünftig enger mit anderen Unternehmen kooperieren; 35 Prozent ihre Umsätze durch langfristige Liefer- und Zulieferverträge absichern. Wachstumsstrategien treten hinter Absicherung und Konsolidierung deutlich zurück.

Kosten im Blick

„Die Kosten im Blick zu behalten ist sicherlich wichtig. Die Unternehmen sollten aber auch ihre Strategien überprüfen, um für den kommenden Aufschwung gerüstet zu sein. So können eventuelle Strukturprobleme rechtzeitig entdeckt und Chancen genutzt werden“, kommentiert Marc Steinkat, Leiter der Gebietsfiliale

München der Commerzbank, die Studienergebnisse.

„Nur elf Prozent der Unternehmen aus Bayern geben an, dass überdurchschnittliches Wachstum für sie nach der Krise wichtiger sein wird. Wir als Bank sehen uns hier in der Pflicht, denn Unternehmen, die wachsen wollen, brauchen nicht nur Mut, sondern auch die Unterstützung von Politik und den Banken.“

Strukturelle Herausforderungen

In Bayern gibt es überdurchschnittlich viele Unternehmen, die eine weitreichende Veränderung ihrer Geschäftsausrichtung vornehmen: 41 Prozent der befragten Unternehmen geben an, dass sie im Zuge der Wirtschaftskrise ihre strategische Ausrichtung grundlegend oder zumindest in wesentlichen Eckpunkten verändert haben bzw. verändern werden.

Diese Veränderungen sind oftmals auf strukturelle Herausforderungen zurückzuführen: 53 Prozent aller befragten Unternehmen in Deutschland, die einen Strategiewechsel vollziehen oder vollzogen haben, aber nur 22 Prozent

der Unternehmen ohne weitreichende strategische Umstellung haben durch die Wirtschaftskrise Schwachstellen im eigenen Haus entdeckt.

Strategiebewusstsein

Die strategiebewussten Betriebe setzen in Fragen der Geschäftsausrichtung oder im Personalwesen keine grundsätzlich anderen Schwerpunkte, gehen die anstehenden Aufgaben jedoch wesentlich konsequenter an als Firmen, die nicht umsteuern. Bei der Marktbearbeitung nehmen diese Unternehmen eindeutig Kurs auf Wachstum: Sie setzen auf neue Produkte, Diversifikation ihrer Produkt- und Servicepalette und wollen ihren Vertrieb stärken, um neue Kunden zu gewinnen.

„Dass sich der Mut zur Veränderung auszahlt, belegt der bundesweite Vergleich zwischen Unternehmen, die umgesteuert haben und Firmen, die ihre strategische Ausrichtung nicht grundlegend verändert haben“, konstatiert Marc Steinkat. „Der Strategiewechsel wurde zwar häufig aufgrund einer Verschlechterung der Geschäftslage vollzogen, wird aber dafür auch mit deutlich positiveren Perspektiven belohnt.“

Insbesondere Betriebe aus den technologieintensiven Branchen Chemie und Pharma, Maschinenbau, IT und Telekommunikation sowie exportierende Unternehmen zeigten sich veränderungsbereit.

Der deutsche Mittelstand kennt seine Stärken und baut auch in Zukunft darauf: trotz zurückliegender

Einbrüche sollen Forschung und Entwicklung sowie das Exportgeschäft weiter vorangetrieben werden. So gibt jedes dritte forschende Unternehmen an, dass die Bedeutung von Forschung und Entwicklung zunimmt. Darüber hinaus wollen immerhin 9 Prozent aller befragten Unternehmen, die bisher gar nicht forschen und entwickeln, nach der Krise erstmals in Forschungsaktivitäten investieren. In Bayern betreiben 38 Prozent der Firmen Forschung und Entwicklung.

Auch der Export soll keinesfalls eingeschränkt, sondern vielmehr intensiviert werden. 42 Prozent der exportierenden Unternehmen möchten den Export innerhalb, 34 Prozent außerhalb Europas ausbauen. Jedes fünfte Unternehmen plant den Aufbau eigener Niederlassungen im Ausland. Zudem möchte ein gutes Viertel der exportierenden Unternehmen seine Geschäfte auch im eigenen Land verstärken. 61 Prozent der befragten Unternehmen aus Bayern - und damit überdurchschnittlich viele - exportieren ins Ausland.

Themenraum

Die Initiative Unternehmerperspektiven und die Studien-Initiative der Commerzbank. Ihr Ziel ist es, einen Raum für Themen zu schaffen, die Unternehmen aktuell bewegen. Grundlage sind repräsentative Umfragen bei 4.000 mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Die Studienergebnisse werden mit Wirtschaft, Verbänden, Politik und Wissenschaft diskutiert, um Verständnis füreinander zu schaffen und tragfähige Lösungsansätze für die Herausforderungen des Mittelstands zu entwickeln. □

Weitere Informationen: www.unternehmerperspektiven.de

Jahresbilanz der Sparkasse Augsburg:

Starke Verbesserung gegenüber dem Vorjahr

Hervorragende Eigenkapitalausstattung
Keine Kreditklemme - 64,7 Mio. € Betriebsergebnis

„Wir konnten sowohl im Kreditgeschäft, als auch im Einlagen-geschäft ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Die Finanzmarktkrise war für unser Haus kein Thema mehr.“, so Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier zum erfolgreichen Geschäftsjahr der Sparkasse Augsburg.

Die Sparkasse konnte ihre Kapitalbasis weiter stärken. Dazu Sattelmeier: „Unseren Abstand zur gesetzlich vorgeschriebenen Anforderung von 8 % konnten wir noch weiter ausbauen. Die Quote für haftende Eigenmittel lag zum Jahresende bei 14,5 %.“

Die nötigen Abschreibungen bei der BayernLB wurden schon 2008 zum Großteil verarbeitet, so dass die Abschreibung in 2009 mit 1,3 Mio. € in Relation zum Vorjahr (19,9 Mio. €) gering gehalten werden konnte. Das Betriebsergebnis vor Bewertung betrug 64,7 Mio. €. Nach Steuern wurde ein Jahresüberschuss von 9,0 Mio. € erzielt.

6000 Neukunden

„Die Sparkasse ist ein Haus mit erstklassiger Bonität und ein verlässlicher Geschäftspartner. Die aktuellen Zahlen bestätigen dies.“, so der Vorstand der Sparkasse Augsburg.

Die Sparkasse Augsburg hat den größten Marktanteil bei privaten und gewerblichen Kunden in Schwaben und ist die fünfgrößte Sparkasse in Bayern mit einer Bilanzsumme von rund 4,4 Mrd. €. Das Kreditinstitut war aufgrund hoher Zuflüsse von Kundengeldern nicht auf zusätzliche Liquidität über die Bundesbank angewiesen und führte hier bewusst die Refinanzierung zurück, wodurch die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 % abnahm. Die Sparkasse Augsburg ist der Ansprechpartner für über 280.000 Kunden in der Region. Im Jahr 2009 konnten rund 6.000 Neukunden gewonnen werden.

Erreichbarkeit

Die Sparkasse Augsburg hat ein engmaschiges Geschäftsstellennetz mit 42 Filialen und 18 Kompetenzzentren für Privat-, Gewerbe- und Unternehmenskunden im Wirtschaftsraum Augsburg. Insgesamt stehen den Kunden 91 Geldautomaten und 80 Kontoauszugsdrucker zur Verfügung.

„Die Anfang 2009 eingeführten Kompetenzzentren haben sich bewährt. Durch die Bündelung von Wissen können wir unsere Kunden noch besser und bedürfnisorientierter vor Ort beraten. Wir bieten Kompetenz, nicht nur zentral, sondern in der Fläche. Die Resonanz unserer Kunden auf die neuen Kompetenzzentren war sehr positiv. Wir werden auch in Zukunft unseren Fokus auf Individualität und Qualität legen.“, resümiert Rolf Sattelmeier.

Das Kreditvolumen hat um 115 Mio. € auf 3,0 Mrd. € zugelegt. Hierzu Dr. Walter Eschle, Vorstandsmittglied: „Insgesamt haben wir ein Volumen von 500 Mio. € neu bewilligt, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 12,4 %. Bei der Sparkasse gibt es keine Kreditklemme, wir stehen zu unseren Kunden, auch wenn es dort mal nicht so rund läuft. In 2009 haben wir 45 Existenzgründungen finanziert, 10 mehr als im Vorjahr. Wir freuen uns, dass fast alle der uns vorgelegten Konzepte qualitativ hochwertig sind.“

Staatliche Förderdarlehen über die KfW, LfA und die LR-Bank werden von den Kunden stark nachgefragt. So wurden Neuanträge mit einem Volumen von 93,3 Mio. € bewilligt, gegenüber

dem Vorjahr mit 52 Mio. € Neuanträgen, ein enormer Anstieg.

Die Sparkasse Augsburg schaffte wieder einen Top-Platz im Leasinggeschäft unter den deutschen Sparkassen. Mit insgesamt 68,2 Mio. € erreichte die Sparkasse Augsburg in Deutschland Platz 4 (Vorjahr Platz 5) nach den drei großen Sparkassen aus Köln und Hamburg - und in Bayern zum 3. Mal in Folge Platz 1. „Leasing ist ein boomender Bereich und wir spielen in der ersten Liga mit. Immobilienleasing und Maschinenleasing nehmen eine hervorgehobene Rolle ein. Unsere Kunden vertrauen uns auch hier, wie die neuesten Ergebnisse zeigen, das freut mich ganz besonders.“, fasst Dr. Walter Eschle zusammen.

Volumenausweitung

Neben der Finanzierung von gewerblichen Immobilien entwickelte sich auch die private Baufinanzierung sehr erfreulich: insgesamt wurden hier 154 Mio. € zugesagt. Cornelia Kollmer: „Dies entspricht einer Volumenausweitung gegenüber dem Vorjahr von rund 20 %. Unser Kerngeschäft konzentriert sich auf die Region – damit kommt dieses Spitzenergebnis auch den regional ansässigen

FDP zu Doppik:

Verpflichtende Einführung bei bayerischen Kommunen

Der Landesfachausschuss Wirtschaft, Finanzen und Technologie der FDP Bayern befasste sich auf seiner letzten Sitzung mit dem bayerischen Haushaltsrecht. Dort wies der Kommunalpolitiker und Bilanzexperte Dr. Helmut Kaltenhauser aus Alzenau darauf hin, dass noch immer mit der unzulänglichen Kameralistik hantiert wird. Er mahnte eine betriebswirtschaftliche Ist-Rechnung mit periodengerechten Zuordnungen von Erträgen und Aufwendungen an. Eine gesetzliche Verpflichtung das kameralistische Zahlenwerk durch betriebswirtschaftliche Rechnungen zu erweitern, verfehle das Transparenzgebot.

Klaus Breil, MdB und Vorsitzender des Fachausschusses der FDP-Bayern, betonte, dass nur bei transparenter betriebswirtschaftlicher Rechnungslegung erkennbar würde, wie sich der Wert des kommunalen Vermögens verändere, und wo sich ein Investitionsstau abzeichne.

Schönrechnen vermeiden

Dr. Kaltenhauser wies auf die gemachten Erfahrungen des Kreistags Aschaffenburg hin, der als erster bayerischer Kreis eine Doppik-Eröffnungsbilanz für 2009 beschloss. Da sei deutlich geworden, dass auch eine Einbeziehung von ausgelagerten Aktivitäten in die Rechnungslegung erfolgen müsse, also eine Konzern-Bilanz und -G +V unbedingt notwendig sei. Viel zu oft würden ansonsten stille Lasten in Stadtwerke oder Kommunalbetriebe ausgelagert, oder umgekehrt durch übermäßige Eigenkapital-

Bauunternehmen zu gute!“

Die Sparkasse Augsburg hat sich mit ihren Baufinanzierungscentern zum zweiten Mal einem Audit des TÜV unterzogen und hat für ein weiteres Jahr das TÜV-Siegel „Geprüfte Kundenberatung Baufinanzierung“ erhalten.

Die Preise am Augsburger Gebraucht-Immobilienmarkt sind im Jahr 2009 weitestgehend konstant geblieben. Während sich der Mietpreis um ca. 2 - 3 % erhöht hat, sind die Preise für gebrauchte Wohnimmobilien, wie in den letzten Jahren, in einem Seitwärtstrend. Gebrauchte Wohnungen liegen im Schnitt zwischen 1.400 € und 1.700 € pro Quadratmeter.

Anders dagegen ist die Situation auf dem Neubaumarkt. Hier sind zum ersten Mal seit Jahren die Anträge für Baugenehmigungen wieder gestiegen. Auch im Jahr 2010 nimmt die Anzahl der Neubauprojekte weiterhin zu. Die Umwandlung ehemaliger Kasernenflächen in Wohngebiete schreitet voran, ehemalige Industrie- und Gewerbeflächen werden ebenfalls für Wohnbebauung entwickelt.

Insgesamt blickt die Sparkasse Augsburg auf ein erfolgreiches Immobilienjahr 2009 zurück. Es wurden über 350 Objekte vermittelt, mit einem Volumen von 50 Mio. Euro. Damit befindet sich das Immobilien-Center der Sparkasse erneut unter den Top 3 Immobilienvermittlern in Bayern.

Cornelia Kollmer, Vorstandsmittglied: „Wir erwarten weiterhin

eine starke Nachfrage auf dem Augsburger Immobilienmarkt. Das derzeit günstige Zinsniveau und die aktuellen Inflationsdiskussionen dürften die Immobilie besonders interessant für potenzielle Käufer machen.“

Die Einlagen sind mit rund 3,5 Mrd. € auf einem sehr hohen Niveau. „Während sich 2009 die Spareinlagen und Termingelder eher rückläufig entwickelten, hat der kurzfristige Einlagenbereich etwas zugelegt. Die Umsätze im Wertpapiergeschäft waren 2009 aufgrund der schwierigen Marktsituation unter denen des Vorjahres gelegen. Festzustellen ist, dass die Umsätze in den ersten beiden Monaten 2010 sich über dem Vergleichszeitraum 2009 bewegen. Der Markt scheint anzuziehen.“ so der Vorstand.

Altersversorgung

„Altersvorsorge war auch im Jahr 2009 ein großes Thema.“, so Cornelia Kollmer. Die sogenannten Riesterprodukte standen hierbei weit oben in der Gunst der Kunden. Insbesondere der Wohnriester der LBS erfreute sich großer Beliebtheit. „Die Sparkasse landete nach Gesamtstückzahlen beim Absatz von Riesterprodukten auf Platz 3 in Bayern.“

Zum Jahresende beschäftigte die Sparkasse Augsburg 1.263 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 81 Auszubildende. Dazu Sattelmeier: „Wir brauchen gute Nachwuchskräfte und wollen im Schnitt 90 Auszubildenden die Möglichkeit eines Berufseinstiegs in der Bankenwelt ermöglichen. Qualifizierte Bewerber sind bei uns jederzeit willkommen!“ Die Ausbildung bei der Sparkasse Augsburg ist jetzt noch attraktiver. Der TÜV Hessen hat diesen Bereich geprüft und vor wenigen Tagen das Zertifikat „Premium-Ausbildung“ verliehen. Bestätigt wurden u.a. ein faires und nachvollziehbares Bewerbungsverfahren, eine überzeugende Unternehmenskultur und gute Entwicklungschancen nach der Ausbildung.

Rolf Sattelmeier: „Das ist unser Plus: eine individuelle und fundierte Ausbildung. Wir gewährleisten so, dass unsere Kunden auch zukünftig ganzheitlich und mit hoher Qualität beraten werden. In diesem Jahr steht noch eine weitere Zertifizierung an. Wir haben uns einem Audit zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestellt und erwarten, dass in Kürze die Zertifizierung durch die Hertie Stiftung erfolgreich bestätigt wird.“

Weiterentwicklung

Die Sparkasse Augsburg ist nicht nur in ihrem Kerngeschäft als Kreditinstitut für die Menschen in Schwaben da. Sie arbeitet aktiv an der Weiterentwicklung der Region mit. In 2009 hat die Sparkasse Augsburg dank des guten Betriebsergebnisses rund 6 Mio. € Unterstützung in Form von Spenden und Sponsorings geben können. „Wir tun unser Möglichstes, um Kunst, Kultur, Sport, Bildung und die Wirtschaft in Augsburg und Umgebung zu fördern. Wir tragen dazu bei, die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern. Der öffentliche Auftrag steht bei unserer Prioritätenliste ganz oben.“, betont Sattelmeier.

Sattelmeier weiter: „Als Sparkasse Augsburg sehen wir unsere Aufgabe darin, unsere langjährigen Kundenverbindungen zu erhalten und weiter auszubauen. Unsere Kunden schenken uns viel Vertrauen. Dafür sind wir dankbar. Als Sparkasse sehen wir uns dem Mittelstand besonders verpflichtet. Ebenso wichtig sind für uns die Themen Vermögensanlage und Immobilien. Qualität geht bei uns vor Risiko. Für den Wirtschaftsraum Augsburg sehen wir langfristig viele Chancen. Wir erwarten für unser Haus ein erfolgreiches Jahr 2010.“ □

BayernLB:

Münchner Tag des Familienunternehmens

Finanzierung, Unternehmensnachfolge, soziale Verantwortung: Um diese und weitere Themen ging es auf dem „Münchner Tag des Familienunternehmens“, der am 16. April in der Zentrale der BayernLB in München stattfand. Die auf die speziellen Bedürfnisse von Familienunternehmen zugeschnittene ganztägige Konferenz diente dem Austausch von Informationen und Erfahrungen sowie dem Ausbau persönlicher Netzwerke. Neben Fachvorträgen standen eine Diskussionsrunde und mehrere Roundtable-Gespräche mit Firmenkernern auf dem Programm. Etwa 150 mittelständische Unternehmerinnen und -unternehmer aus dem Freistaat Bayern nahmen an der Veranstaltung teil.

Randolf Rodenstock, Präsident der vbw Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., sagte zum Auftakt: „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat sich erneut gezeigt, dass Familienunternehmen ein wichtiger Garant für Kontinuität und Wohlstand in Deutschland sind.“

Weitsicht

Mit Weitsicht und unternehmerischer Verantwortung engagieren sie sich jeden Tag für wirtschaftlichen Erfolg, für ihre Mitarbeiter und für ihre Region. Werte wie Tradition, Gestaltungskraft und das Bewusstsein für Verantwortung sind uns Ansporn und Verpflichtung zugleich.“

Langfristige Orientierung

Professor Dr. Christoph Kaserer vom Lehrstuhl für Finanzmanagement und Kapitalmärkte an der Technischen Universität München, erklärte zu den aktuellen Trends in der Unternehmensfinanzierung: „Familienunternehmen sind ein bedeutendes Segment unseres Kapitalmarktes. Weil Sie langfristig orientiert sind, haben Sie sich mit höheren Eigen-

kapitalquoten gegen die Krise gewappnet. Das hat sich im Nachhinein als großer Vorteil herausgestellt.“

Wichtiger Teil des Mittelstands

BayernLB-Mittelstandsvorstand Jan-Christian Dreesen sagte: „Die BayernLB hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Position im bayerischen und bundesweiten Firmenkundengeschäft deutlich auszubauen. Gerade auch Familienunternehmen, die einen großen Teil des für Deutschland so wichtigen Mittelstands stellen, wollen wir von unseren Leistungen überzeugen. Deshalb freuen wir uns, gemeinsam mit den anderen Kooperationspartnern am „Münchner Tag des Familienunternehmens“ mitwirken zu können.“

Veranstaltet wurde die Konferenz von sieben Kooperationspartnern, zu denen neben der BayernLB, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Creditreform, die Wirtschaftskanzlei Görg, das Dienstleistungsunternehmen Sasse AG sowie die Beratungen Ecosis und Naviget gehören. Eine erneute Ausrichtung des „Münchner Tag des Familienunternehmens“ ist geplant. □

Eckpunkte zur Bankenrestrukturierung

Stabilitätsfonds für künftige Krisen oder Abwicklungen

Banken müssen nach dem Willen der Regierung für Kosten künftiger Finanzkrisen mit aufkommen. Das Bundeskabinett hat Ende März entsprechende Eckpunkte für eine Bankenabgabe und den Umbau insolvenzgefährdeter Banken beschlossen. Nach Mitteilung der Bundesregierung sollen Bundesfinanz- und Bundesjustizministerium jetzt anhand dieser Vorgaben einen Gesetzentwurf erarbeiten, den das Kabinett bis zur Sommerpause 2010 verabschieden will.

Vorgesehen sei unter anderem ein Stabilitätsfonds, der künftige Restrukturierungen oder Abwicklungen finanzieren soll, meldete die Bundesregierung. Gespeist werde dieser aus einer Sonderabgabe aller Banken. Die Abgabe werde am jeweiligen systemischen Risiko eines Instituts bemessen. Nach den Plänen der Bundesregierung soll die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) mit der Restrukturierung und der Verwaltung des neu zu schaffenden Fonds beauftragt werden.

Besonderes Insolvenzplanverfahren

Außerdem sei ein gesondertes Insolvenzrecht für systemrelevante Banken vorgesehen, das sich am Insolvenzplanverfahren orientieren soll. Damit wird es laut Bundesregierung künftig leichter, angeschlagene Institute in einem geordneten Verfahren abzuwickeln. Eine Kettenreaktion, die mit dem Zusammenbruch einer Bank wie im Falle der amerikanischen Lehman Brothers angestoßen werde, solle dadurch künftig verhindert werden.

Die Verjährungsfristen für die Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter Aktiengesellschaften wird nach den

Plänen der Regierung von bisher fünf auf zehn Jahre verlängert.

Längere Haftung für Vorstände und Aufsichtsräte

Die Durchsetzung von Ersatzansprüchen bei Managementfehlern dürfe nicht an zu kurzen Verjährungsfristen scheitern. Die Bundesregierung will damit unternehmerische Gewinnchancen, Verantwortung und Haftung wieder zusammenführen.

Deutsch-französisches Positionspapier verabschiedet

An der Kabinettsitzung nahm mit der französischen Finanzministerin Christine Lagarde erstmals ein Kabinettsmitglied des Nachbarlandes teil. Gemeinsam wurde ein deutsch-französisches Positionspapier für internationale Finanzmarktregulierungen verabschiedet. Es sieht gemeinsame Abwicklungsmechanismen für marode Institute vor, ferner Abgaben, die sich am systemischen Risiko eines Instituts orientieren. Diese sollen sowohl auf europäischer Ebene als auch auf der G20-Staaten kommen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.

Quelle: beck-aktuell-Redaktion, Verlag C. H. Beck. □

BayernLB finanziert Ankauf von Münchner „Rodenstock-Areal“

Die BayernLB hat den Ankauf des ca. 13.000 m² umfassenden Münchner „Rodenstock-Areals“ finanziert. Das Gelände des Münchner Traditionsunternehmens „Rodenstock“ in der Isar-Vorstadt wurde von dem Bauträgerunternehmen Baywobau erworben. Diese auch für Münchner Verhältnisse große Grundstücksanleihe wurde auf Verkäuferseite von Corpus Sireo begleitet.

Das noch etwa zwei Jahre für Gewerbezwecke genutzte Gelände soll für den Wohnungsbau planerisch entwickelt werden. □

UnternehmerKonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

ABS für Entscheider

„Special Kommunen“ mit neuesten Trends aus der Praxis

Als Kommune ist man den Turbulenzen des Alltags unerbittlich ausgesetzt. Wer hier bestehen will, braucht eine große Portion Mut, Wissen und Verstand. Das Kommunalforum auf der UnternehmerKonferenz der bayerischen Sparkassen am 19. Mai in Nürnberg bringt die Kommunen in Position.

Erstmals wurden im vergangenen Jahr Vertreter der Kommunen mit einem eigenen Schwerpunktthema angesprochen. Nach dem positiven Echo ist auch 2010 das „Special Kommunen“ ein wichtiger Bestandteil der Veranstaltung, wie Prof. Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, gegenüber der Bayerischen Gemeindezeitung betonte. Unter dem Motto „Aufschwung - Balance - Stabilität“ bietet die Tagung im MesseCongressCentrum CCN Ost ein ABS für Entscheider, mit dem sie Schiefslagen vermeiden und für nachhaltigen Erfolg sorgen können.

Trends aus der Praxis

Top-Experten bringen die neuesten Trends aus der Praxis mit. In Vorträgen, Expertenrunden und Diskussionsveranstaltungen werden Themen durchleuchtet, die die Vertreter der Kommunen ebenso ansprechen wie Unternehmer. Hier ist vor allem der Beitrag zum Private Public Partnership (PPP) zu nennen. Dr. Detlef Lupp (Bayerische Bauindustrie) wird dazu eine prominent besetzte Runde willkommen heißen.

Praxisnähe und -tauglichkeit der Themen wird neben den Experten von Finanzdienstleistern durch die Einladung von Bürgermeistern, Kämmerern und Vertretern von Stadtwerken gewährleistet. So referiert beispielsweise Dr. Florian Bieberbach (Stadtwerke München) über die Chancen der regionalen Energieversorgung. Gerade auch energiepolitische

Deutscher Landkreistag:

Sparkassen keine Rettungengel für Landesbanken

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklungen im Bereich von Landesbanken und Sparkassen in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hat der Deutsche Landkreistag dazu aufgefordert, keine Entscheidungen zu treffen, die im Ergebnis die Sparkassen schwächen. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré hob hervor, dass die kommunalen Sparkassen keinesfalls bereitstünden, um vor einer Privatisierung die „Braut Landesbank noch einmal aufzuhübschen“. Duppré mahnte an, dass zudem endlich Klarheit geschaffen werden müsse, wohin der Kurs der Landesbanken führen solle. „Ist dies klar, kann auch entschieden werden, wie eine Zusammenarbeit mit den Sparkassen - z. B. im Großkundengeschäft - gestaltet werden kann.“ Gleichzeitig unterstrich er die ablehnende Haltung des Deutschen Landkreistages zu den Plänen, der HASPA eine Beteiligung an den schleswig-holsteinischen Sparkassen zu ermöglichen.

Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen um die Konsolidierung der WestLB und der BayernLB fand der DLT-Präsident deutliche Worte: „Zunächst einmal müssen die Länder wissen, was sie überhaupt wollen. Spielen die Landesbanken für sie noch eine Rolle oder werden sie aufgegeben und privatisiert? Erst wenn hier Klarheit herrscht, kann auch über Optimierungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung von Sparkassen und Landesbanken nachgedacht werden.“

Öffentlicher Auftrag

Die Landesbanken dürften aber keinesfalls auf dem Rücken der funktionierenden Sparkassen konsolidiert werden. Dies gelte erst recht, wenn die Landesbanken anschließend zu einem möglichst hohen Preis verkauft werden sollen. „Die Sparkassen haben einen dem Bürger und der lokalen Wirtschaft verpflichteten öffentlichen Auftrag und nicht die Aufgabe, die finanziel-

Aspekte und kommunale Zukunftskonzepte zählen zu den Herausforderungen, die aus den Megatrends Klimawandel und Nachhaltigkeit entstehen. „Nachhaltigkeitsprojekte und Zukunftsvisionen im kommunalen Bereich“ lautet das Thema einer Podiumsdiskussion, die von Martin Reents (Energiewende Oberland Bürgerstiftung für Erneuerbare Energien und Energieeinsparung) geleitet wird.

Ganz konkret wird außerdem Thomas Aumer (Bayern FM) das Thema „Nachhaltige Immobilienbewirtschaftung“ nahe bringen und sein Kollege Martin Wieland sich mit der Optimierung von (kommunalen) Immobilien befassen. Eine kommunale Verschuldungsdiagnose wiederum zeigt Chancen zur Wirtschaftlichkeitsoptimierung auf. Moderiert wird diese Diskussionsrunde von Andrea Bastian, Bayerischer Sparkassenverband. In komprimierter Form gibt es Antworten auf drängende Fragen.

Laut Projektleiter Michael Zehnter vom Sparkassenverband Bayern „reagieren wir auf die Situation der Kommunen und auf die Nachfrage, die wir 2009 erlebt haben“. Kommunen agierten und reagierten immer stärker wie Unternehmen, dächten in Investitionszyklen und Effizienz-Maßnahmen. Staat und Land übertrügen den Städten und Gemeinden immer mehr Aufgaben und Ausgaben.

Durch sinkende Einnahmen aus der Gewerbesteuer und die Erfüllung z. B. von energetischen Sanierungsmaßnahmen werde

dieser Spagat zu einer wachsenden Herausforderung.

Finanzierungsösungen

Die Sparkassen tragen hier Vizepräsident Faltermeier zufolge ihren Teil der Verantwortung, indem sie zusammen mit ihren Partnern stabile Finanzierungsösungen anbieten, aber auch als Schnittstelle zwischen den Gemeinden und Unternehmern auftreten. „Wir sind in den Regionen verwurzelt, und das bedeutet, wir sind der Wirtschaft und den Kommunen gleichermaßen verpflichtet und verstehen uns als Partner für langfristige Lösungen und Projekte“, machte Faltermeier deutlich. Nicht zuletzt gehe es auch um die Attraktivität des Standorts.

Weitere Themenschwerpunkte der UnternehmerKonferenz sind stabile Finanzierungsstrukturen, unternehmerische Erfolgsfaktoren, internationales Geschäft, Zukunftsmärkte, Energie-Management und nachhaltige Immobilien-Wirtschaft. Über 30 Fachvor-



Im Gespräch (v. l.): Andrea Bastian, Kommunalreferentin Bayerischer Sparkassenverband, Prof. Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, und Anne-Marie von Hassel, Chefredakteurin Bayerische Gemeindezeitung. □

dem Diktat von privaten Renditeinteressen und sind auch keine Investmentbanker. Vielmehr sind sie ausschließlich auf ihr jeweiliges Trägergebiet konzentrierte öffentliche Institute, die ein eigenes Interesse an der Förderung der Mittelstands haben und so zur gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort beitragen.“

Allgemeinwohl

Wolle man die Sparkassen für private Investoren öffnen, würde man zwangsläufig die Institute in ihrem Kern verändern und entwerten. „Über kurz oder lang würden Renditeinteressen die Geschäftspolitik bestimmen und nicht mehr das Agieren zum Wohle der Allgemeinheit. Das wäre der Anfang vom Ende der Sparkassen und hätte erhebliche Auswirkungen für die Versorgung von Bürgern und Wirtschaft mit Finanzdienstleistungen“, so Duppré. Im Ergebnis würde die Kreditbeschaffung gerade für kleine und mittelständische Unternehmen erschwert werden. □



Empfang in der Verbandsgeschäftsstelle des Sparkassenverbandes Bayern anlässlich der Amtseinführung des neuen Präsidenten (v. l.): Heinrich Haasis (Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes), Theo Zellner (Geschäftsführender Präsident Sparkassenverband Bayern), Ministerpräsident Horst Seehofer und Bayerns Staatsminister der Finanzen, Georg Fahrenschon. □

träge, eine hochkarätige Keynote von Dr. Marco Freiherr von Münchhausen zum Thema: Die kleinen Saboteure – So managen Sie den inneren Schweinehund im Unternehmen“ sowie ein mitreißender Best-Practice-Vortrag von Hermann Scherer („Chancenintelligenz - Warum manche lebenslang Chancen suchen und andere sie täglich nutzen“) garantieren hohe Praxisorientierung.

Wie Vizepräsident Faltermeier darlegte, werden zur Veranstaltung im MesseCongressCenter rund 1000 Teilnehmer erwartet. Die UnternehmerKonferenz findet laut Zehnter dieses Jahr zum achten Mal statt und hat sich als eine breite Informations- und Know-how-Plattform zum Knüpfen und Vertiefen von Business-Kontakten etabliert.

Gründerpreisverleihung

Im Anschluss an die Konferenz findet die Verleihung „Bayerischer Gründerpreis 2010“ statt. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer in Bayern wird für besondere und herausragende Erfolge beim Aufbau und Erhalt von Unternehmen in den Kategorien Konzept, StartUp, Aufsteiger, Nachfolge, Sonderpreis und Lebenswerk verliehen. DK

Weitere Informationen: www.unternehmerkonferenz.de

BayernLB:

Häusler übernimmt Vorstandsvorsitz

Gerd Häusler hat das Amt des Vorstandsvorsitzenden der BayernLB übernommen. Als seine beiden wichtigsten Ziele bezeichnet er dabei, die Bank zum einen dauerhaft im Bereich schwarzer Zahlen zu etablieren und sie zum anderen mittelfristig für Investoren hinreichend attraktiv zu machen. In dieser Aufgabe sehe er sich als Sachwalter des bayerischen Steuerzahlers, um im Verlauf der nächsten Jahre dem Freistaat als Eigentümer der Bank einen schrittweisen Ausstieg zu erlauben.

Ministerpräsident Horst Seehofer knüpfte hohe Erwartungen an den Amtsantritt des neuen Vorstandsvorsitzenden. Seehofer sagte: „Mit dem heutigen Tag legen wir eine große Aufgabe vertrauensvoll in die Hände von Gerd Häusler. Gerd Häusler ist ein international renommierter, erfolgreicher und erfahrener Finanzfachmann. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, ihn für diese Aufgabe zu interessieren. Für die Bank geht es jetzt darum, in enger Abstimmung mit der EU die Restrukturierung konsequent voranzutreiben. Die Zahlen für 2009 stimmen vorsichtig optimistisch, dass dieser Restrukturierungsprozess gelingt. So belief sich das operative Ergebnis bereinigt um die Verluste aus der HGAA auf 885 Millionen Euro. Die Aufarbeitung der Vergangenheit bei der BayernLB findet im dafür vom Bayerischen Landtag eingesetzten Untersuchungsausschuss statt.“

Große Erfahrung

Finanzminister Georg Fahrenschon begrüßte den neuen Vorstandsvorsitzenden: „Gerd Häusler verfügt über drei Jahrzehnte Erfahrung im öffentlichen und im privaten Banksektor, die er sowohl im Inland als auch im Ausland gesammelt hat. Er bereichert bereits seit August 2009 als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender die Arbeit im Aufsichtsgremium der

Landesbank mit seinen vielfältigen Erfahrungen und Sachkenntnissen. Mit diesem Rüstzeug in verschiedenen Bereichen des Bankgeschäfts wird er der Landesbank die erforderlichen Impulse geben, um ihr auf dem bereits eingeschlagenen Weg der Restrukturierung und Neuausrichtung zum Erfolg zu verhelfen.“ Gerd Häusler betonte in seiner Antrittsrede: „In der Sprache des Eiskunstaufs haben wir eine Pflicht und eine Kür vor uns.“ Als „Pflicht“ sehe er es an, dass die Bank dauerhaft ein positives Ergebnis erzielt. Hier gelte es unter anderem, das eingeleitete Transformationsprogramm „Herkules“ fortzusetzen, also die Bank auf ein vertretbares Maß an Risikoappetit und Kostenstrukturen zu trimmen. Die BayernLB werde aber auch, sofern dies im Kundeninteresse liegt, Gelegenheiten zu unternehmerisch motivierter Expansion wahrnehmen.

Rentabilität steigern für Eigentümerwechsel

„Die Kür wiederum wird darin bestehen, in den nächsten Jahren die Rentabilität des Hauses so zu steigern, dass ein Eigentümerwechsel möglich wird und der Freistaat Bayern sein eingesetztes Kapital möglichst weitgehend zurückerhält“, sagte Häusler. Der neue Vorstandsvorsitzende sprach dabei von einer hinreichend hohen Eigenkapitalrendite der BayernLB, die erforderlich sei, um für Kapital von außen attraktiv zu sein. Häusler betonte in diesem Zusammenhang: „Wir werden uns in den nächsten Jahren auf das Geldverdienen konzentrieren müssen. Nur eine solche Konzentration auf das Bankgeschäft außerhalb der politischen Arena erlaube es, die hoch gesteckten wirtschaftlichen Ziele erreichen zu können.“

Gestaltungsfreiheit

Die strategischen Handlungsspielräume für die BayernLB sind nach Einschätzung von Häusler aufgrund der zu erwartenden Auflagen der EU-Kommission ohnehin eng gesteckt. „Wer staatliche Beihilfe in Anspruch nimmt, verliert aufgrund der EU-Beihilferegeln weitgehend seine unternehmerische Gestaltungsfreiheit“, sagte er. Gleichwohl sieht Häusler realistische Chancen, die BayernLB auch im Kontext eines harten Wettbewerbs in eine stabile Zukunft zu führen: Das Geschäftsmodell der deutschen Landesbanken sei zwar seit jeher international marktunüblichen Restriktionen unterworfen und enge geschäftlichen Handlungsspielräume deutlich ein. Die konsequente Umsetzung des Geschäftsmodells mit der Konzentration auf Kunden in den wirtschaftsstarken Regionen Bayern und Deutschlands biete aber dennoch eine hinreichend solide Grundlage, um am Markt erfolgreich zu sein. Die bereits erreichten Erfolge im operativen Geschäft wertet der neue Vorstandsvorsitzende als erste Bestätigung für diesen Kurs. Die BayernLB müsse sich aber noch konsequenter an den Bedürfnissen der Kunden ausrichten: „Kundenorientierung wird in dieser Bank unter meiner Führung oberste Maxime sein.“ □

Kernkompetenz der Sparkassen stärken

Zellner als Sparkassenpräsident ins Amt eingeführt

Der neue Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner, hat seine Amtsgeschäfte angetreten. Die Aufgabe des Sparkassenverbandes sei es, als Dienstleister die 73 bayerischen Sparkassen im Wettbewerb zu unterstützen. Ein Sparkassen-Regionalverband sei keine Konzernzentrale, sondern ein Wirtschaftsfachverband für autonome regional tätige Kreditinstitute.

Vorrangig gehe es ihm darum, dass die Sparkassen in ihrer Kernkompetenz als moderne regionale Finanzinstitute gestärkt werden. Dazu gehören ein flächendeckendes Angebot von Finanzdienstleistungen für alle Bevölkerungsschichten und die Kreditversorgung des Mittelstandes. Zellner wolle sich dabei immer die Frage stellen: „Wie wirken sich die Gremien-Entscheidungen auf das Land aus?“ Neben diesem von ihm verfochtenen Regionalprinzip gelte es, das bewährte „Drei-Säulen-Modell“ aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Kreditbanken zu verteidigen. Ein besonderes Anliegen seien

Beratung

Darüber hinaus berate der Sparkassenverband Bayern die ihm angeschlossenen Institute in Rechtsfragen, übernehme die Rechnungsprüfung und organisiere die zentrale Bildungsarbeit der Sparkassen in der Sparkassenakademie Landshut. □

Versicherungskammer Bayern zieht Bilanz:

Beiträge und Ergebnis weiter gewachsen

In der Lebensversicherung nachhaltige Verzinsung gesichert
Klima-Kasko-Tarif ein großer Erfolg

Das können mit Blick auf das Jahr 2009 nicht viele Unternehmen von sich behaupten: „Wir haben die Finanzmarktkrise ohne Blessuren überstanden und uns sogar sehr gut weiterentwickelt. Wir stehen sehr stabil da.“ Die breit gestreuten Kapitalanlagen böten eine gute Basis für langfristig sichere Erträge. Dies insbesondere auch für Produkte, die der Altersvorsorge dienen. „Auch bei einem langfristigen Niedrigzinsszenario wären wir immer noch in der Lage, unsere Verpflichtungen zu erfüllen.“ Die nach eigenem Verständnis wertkonservative Versicherungskammer Bayern stellte diese Aussage mit sehr guten Geschäftsergebnissen, interessanten neuen Produkten und einem bemerkenswerten sozialen Engagement unter Beweis, wie Vorstandsvorsitzender Friedrich Schubring-Giese in der Bilanzpressekonferenz darlegte.

Der öffentlich-rechtliche Versicherer, der in Bayern, im Saarland, in Berlin und in Brandenburg tätig ist und bundesweit für alle öffentlich rechtlichen Versicherer das Krankenversicherungsgeschäft betreibt, ist profitabler gewachsen als die Branche im Durchschnitt. Im Berichtsjahr konnten die gesamten Beitragseinnahmen um 6,4 Prozent auf 6,27 Milliarden Euro gesteigert werden. Der Markt brachte es auf ein Plus von 4,1 Prozent. Den größten Anteil mit 40 Prozent steuerte die Lebensversicherung bei. Die Kompositversicherer (Schaden- und Unfallversicherer) sowie die beiden Krankenversicherer (Bayerische Beamtenkrankenkasse und Union Krankenversicherung) brachten es jeweils auf 30 Prozent.

Kostenquote gesenkt

Da die Kostenquote weiter gesenkt werden konnte und das Nettoergebnis der Kapitalanlagen auf 1,38 (Vorjahr: 0,90) Milliarden Euro stieg, was eine Nettoverzinsung des Gesamtbestandes von 4,0 Prozent bedeutet, erhöhte sich der Jahresüberschuss auf 135,9 (74,6) Millionen Euro. Dabei ist

zu berücksichtigen, dass die stillen Lasten von 532,5 Millionen auf 93 Millionen Euro abgebaut und die stillen Reserven um 55 Prozent auf 4,3 (3,4) Prozent des Kapitalbestandes erhöht wurden und die Kammer aus ihrem Landesbank-Engagement 44 Millionen Euro Zinsausfälle zu verkraften hatte. Freilich hofft sie, die Hälfte der Ausfälle über Wertsteigerungen wieder aufholen zu können. Etwa der halbe Jahresüberschuss wurde an die Eigentümer (Sparkassen und Genossenschaftsbanken) ausgeschüttet, das Übrige thesauriert.

Lebensversicherungen profitieren von Erholung

Die Lebensversicherung als größte Sparte hat nach Schubring-Gieses Worten von der Erholung an den Kapitalmärkte profitiert, insbesondere von der Erholung an den Aktienmärkten. Dennoch merkte der Kammer-Chef an, er sei sich nicht sicher, ob die alten Theorien noch Gültigkeit hätten, dass man auf lange Sicht mit Aktien immer mehr verdiene - wenn diese Theorien denn je gestimmt hätten. In den letzten Jahren seien regelmäßig Blasen auf dem Kapi-

talmarkt geplatzt. Deshalb seien langfristig investierte Kapitalanlagen in gute Bonitäten so wichtig. Der Ertrag in Leben stammt zu 80 Prozent aus Zinsanlagen, wobei man in lange Laufzeiten investiert hat. Der Rest wurde in Unternehmensanleihen und Immobilien gesteckt, wodurch es eine hohe Risikodiversifikation gebe. Die Kammer glaubt nicht an weiter fallende Zinsen, hat sich aber vorsorglich dagegen durch sogenannte Swaptions abgesichert.

Besser als der Markt

In Leben stiegen die Bruttobeiträge um 9,9 Prozent auf 2,47 Milliarden Euro, und zwar im Neugeschäft um 37,7 Prozent auf 1,17 Milliarden Euro. Das Einmalgeschäft legte um 329,9 Millionen auf 1.010,9 Millionen Euro zu. Wachstumsträger im Einmalgeschäft, das nur für abgelaufene Lebensversicherungen angeboten wird, waren Rentenversicherungen. Mit einer Stornoquote von 5,5 Prozent liege man deutliche besser als der Markt mit 6,2 Prozent, so Schubring-Giese.

Gute Gesamtverzinsung

Interessant ist der Blick in die Kapitalanlagen der Lebensversicherung. Die Nettoverzinsung erreichte 3,9 Prozent. Zum Jahresende 2009 hatten alle Lebensversicherer des Konzerns Bewertungsreserven (früher: stille Reserven) von 704,7 Millionen Euro, was 3,3 Prozent des Kapitalanlagenbestandes entspricht. Dazu der Kammer-Chef: „Vor dem Hintergrund der niedrigen Marktzinsen haben wir nach wie vor eine gute Gesamtverzinsung. Bei

der Bayern-Versicherung liegt die laufende Verzinsung unverändert bei 4,15 Prozent. Zusammen mit den Schluss-Überschussanteilen ergibt sich bei laufender Beitragszahlung eine Gesamtverzinsung von 4,9 Prozent, bei Einmalversicherungen von 4,4 Prozent. Im Rentenbezug bleibt es bei einer Gesamtverzinsung von 4,7 Prozent. Schubring-Giese betonte noch einmal, dass die Kammer ihren Kunden auch künftig die größtmögliche Sicherheit für deren Altersvorsorge geben könne. Eine nachhaltige Verzinsung sei gesichert, das biometrische Risiko kostengünstig abgedeckt.

Demographische Entwicklung

In der Krankenversicherung wuchsen die Beträge um 6,4 Prozent auf 1,93 Milliarden Euro. 60 Prozent entfielen aufs Neugeschäft, immerhin 40 Prozent auf Beitragsanpassungen. Versichert waren 2,75 Millionen Personen, davon 505.000 in der Vollversicherung. Die Leistungsausgaben stiegen um 5,1 Prozent auf 1,30 Milliarden Euro. Die demographische Entwicklung bleibe eine große Herausforderung in der Kranken- und Pflegeversicherung. Es gehe darum, eine generationengerechte Finanzierung hinzubekommen. Die Pflegeversicherung sei nach wie vor nur eine „Teilkaskoversicherung“. Dem wolle die Kammer mit zwei neuen Zusatztarifen gegensteuern. Der „PflegePlus“-Tarif leiste bereits vor Eintritt der Pflegebedürftigkeit, also vor Zuordnung einer Pflegestufe, wenn auf Grund einer eingeschränkten Alltagskompetenz wie z.B. Demenz ein erheblicher Betreuungsbedarf bestehe. Und der Tarif „PflegePrivat“ beinhalte zusätzliche Geld- und Serviceleistungen, so dass sich

pflegende Angehörige für maximal sechs Monate ohne Gehaltsverlust zur Pflege Angehöriger freistellen lassen könnten.

Klima-Kasko

Die Schaden- und Unfallversicherung wird stark durch die Kfz-Versicherung geprägt, auf die 37 Prozent der Prämieinnahmen von insgesamt 1,88 Milliarden Euro (+ 2,2 Prozent) entfielen. Das Wachstum stammt vor allem aus der Wohngebäude- und Unfallversicherung, wobei die „Klima-Kasko“-Versicherung mit 90 Prozent Anteil im Neugeschäft eine besondere Rolle spielt. Diese Versicherung, für die die Kammer bisher eine Alleinstellung hat, bietet eine Komplettddeckung für Feuer, Leitungswasser, Sturm/Hagel und weitere Elementargefahren. Selbst eventuelle Schäden durch die Lava-Asche des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull wären gedeckt. Die Zahl der Verträge in Komposit hat um 2,9 Prozent auf 10,6 Millionen zugelegt. 2009 war ein durchwachsendes Schadenjahr mit einer Schadenquote von 73,8 (Vorjahr: 72,4 Prozent) durch hohe Schadenbelastungen in Vollkasko durch Unwetter, was 1,48 Milliarden Euro (+8,1 Prozent) kostete.

Wachstum, aber nicht um jeden Preis

Im laufenden Jahr setzt das Unternehmen weiter auf Wachstum. „aber nicht um jeden Preis“. Man will nur ertragsreich wachsen. Erwartet werden etwa 4 Prozent und ein Jahresüberschuss, der etwas über dem von 2009 liegen könnte. Die Zahl der Mitarbeiter ist mit über 6400 stabil geblieben. Als Münchens ausbildungstärkstes Unternehmen der Branche soll die Zahl der Azubis von derzeit 329

um weitere 40 erhöht werden. Die Kammer, so Schubring-Giese, fühle sich nicht nur den Kunden und Eigentümern verpflichtet, sondern gleichermaßen auch den Mitarbeitern, „den an jedem Arbeitsplatz hängen Familien, im Konzern so viele Menschen, wie z.B. die Stadt Freising Bürger hat“. Eine familienfreundliche Personalpolitik sei für die Kammer eine nachhaltige Investition in die Zukunft. Da durch die demographische Entwicklung viele Mitarbeiter auf Grund von pflegebedürftigen Angehörigen in einen Konflikt zwischen ihren familiären Pflichten und beruflichen Anforderungen kommen dürften, hat die Kammer-Initiative berufundfamilie die Aktion „Essen to go“ kreiert, für die man aber offenbar keine deutsche Bezeichnung gefunden hat. Mitarbeiter können für ihre Familien Essen frisch und transportgerecht verpackt - aus der Betriebskantine mit nach Hause nehmen. Die Mitarbeiter sollen so im Unternehmen gehalten werden.

Online-Vertrieb

Der Online-Vertrieb über „BavariaDirekt“, vor allem in der Kfz-Versicherung üblich, macht inzwischen 10 bis 15 Prozent des Neugeschäftes aus. Dieser Vertriebsweg soll auf andere Sparten, etwa die Kranken-Zusatzversicherung, ausgedehnt werden. Gedacht ist auch an Kooperationen, etwa zwischen Sparkassen und Agenturen. Für Fusionen oder Übernahmen gebe es im Moment keine Optionen, auch nicht innerhalb der Gruppe. Ein Zusammengehen im Rahmen der Südschiene (die beiden Kammer-Krankenversicherer mit der Sparkassenversicherung in Stuttgart) „wäre zwar immer noch effizient“, aber auch hier tue sich zurzeit nichts. **dhg**

Bilanzpressekonferenz Sparkassen-Bezirksverband Niederbayern:

Stabile Geschäftsergebnisse

Bewährung in der Krise

Trotz der anhaltenden Finanzkrise hat der Bezirksverband der niederbayerischen Sparkassen bei seiner Jahrespressekonferenz in Pfarrkirchen eine überwiegend positive Bilanz für das Geschäftsjahr 2009 gezogen. Wie Bezirksobmann Walter Strohmaier hervorhob, habe sich das Geschäftsmodell der Sparkassen gerade in der Finanzmarktkrise bewährt. Die niederbayerischen Sparkassen seien gestärkt aus der Krise hervorgegangen.

Der Regener Landrat Heinz Wöfl wies darauf hin, dass die Sparkassen in Niederbayern ihr Engagement für die Region langfristig betrachtet sehen wollen. Seit rund 170 Jahren stünden sie für wirtschaftliche und soziale Stabilität. Wöfl bekannte sich zur ursprünglichen Idee, jedem Menschen, ungeachtet seiner sozialen Herkunft, die Möglichkeit zur finanziellen Vorsorge und zur Absicherung seines Lebensunterhalts zu bieten.

Betriebsergebnis über Durchschnitt

Die Bilanzsumme der acht niederbayerischen Sparkassen lag mit 15,1 Milliarden Euro rund 0,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Das durchschnittliche Betriebsergebnis vor Bewertung betrug 1,2 Prozent der Bilanzsumme und liegt dabei über dem Schnitt der Sparkassen in Bayern. Die Einlagen von Kunden waren im Jahr 2009 zwar mit minus 0,7 Prozent leicht rückläufig, die niederbayerischen Sparkassen verwalten aber immer noch ein Kundenvermö-

gen im Gesamtvolumen von 11,9 Milliarden Euro.

Die Ausleihungen und Kredite an Kunden beliefen sich zum Jahresende 2009 bei den niederbayerischen Sparkassen auf 9,2 Milliarden Euro und nahmen somit gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Prozent zu. Der bayernweite Durchschnitt liegt hier bei 2,3 Prozent. Gestiegen ist auch der Bestand an Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige: um 281 Millionen Euro auf derzeit 4,7 Milliarden Euro.

Soziale und karitative Projekte und Aktionen

Passaus Landrat Franz Meyer erinnerte daran, dass der Geschäftserfolg der niederbayerischen Sparkassen nicht nur wenigen Anteilseignern diene, sondern allen Bürgern. Gewinne würden in Kredite für neue Investitionen und in zahlreiche soziale und kulturelle Projekte investiert. Die niederbayerischen Sparkassen hätten allein im vergangenen Jahr für Kultur, karitative und soziale Zwecke, Sport- und Umweltförderung rund 3,7 Millionen Euro

zur Verfügung gestellt.

Auf die Kompetenz des Verbundes der Sparkassen-Finanzgruppe machte Josef Borch, Sparkassendirektor in Rottal-Inn und Schriftführer im Verband der niederbayerischen Sparkassen, aufmerksam. Mit der Versicherungskammer Bayern als größtem öffentlichem Versicherer Deutschlands, der Bayerischen Landesbausparkasse LBS und der Investmentgesellschaft DekaBank könne man Service aus einer Hand bieten.

Wichtiger Steuerzahler

Aufgrund der guten Ergebnisse der niederbayerischen Sparkassen ist die geleistete Gewerbesteuer des Bezirksverbandes Niederbayern der Sparkassen im Jahr 2009 auf rund 19,9 Millionen Euro (2008: 12,1 Millionen Euro) gestiegen. Wie Pfarrkirchens Bürgermeister Georg Riedl als Vorsitzender des Städtetages in Niederbayern bemerkte, gehörten die Sparkassen in Niederbayern bereits seit vielen Jahren zu den bedeutendsten Steuerzahlern im Bezirk.

Dingolfing-Landaus Landkreischef Heinrich Trapp befasste sich schließlich mit der Rolle der Sparkassen als Arbeitgeber. Mit 4324 Mitarbeitern und davon 406 Auszubildenden (2008: 362) stellten die Sparkassen einen der großen Arbeitsplatz-Anbieter dar. **DK**



Auch wenn man noch so vorsichtig ist - kein Mensch kann an alles denken oder gegen jede Gefahr vorsorgen. Es gibt halt im Leben Zufälle, Unfälle - und für den Fall der Fälle uns, die **Versicherungskammer Bayern**.

Wir versichern alles, was Ihnen lieb und teuer ist: das eigene Haus, das wertvolle Hab und Gut, das neue Auto oder die seltenen Sammelstücke, die Ihnen ans Herz gewachsen sind. Wir beraten Sie ausführlich - denn Versicherungen schließt man nicht nebenbei ab.

Sollte dann doch aus heiterem Himmel ein Donnerwetter passieren, haben Sie mit uns Glück im Unglück. Denn einer unserer Betreuer ist bestimmt auch in Ihrer Nachbarschaft. Kein Wunder bei über 4000 Beratungsstellen in Bayern und der Pfalz oder unter www.versicherungskammer-bayern.de. Wir helfen dann blitzschnell - damit aus Krach nicht noch Ärger wird.

Daheim ist daheim!

VERSICHERUNGSKAMMER BAYERN
Finanzgruppe

Wir versichern Bayern.

Schule der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten:

Das regionale Netz ist eng geknüpft

Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz wird auf der Informationsplattform www.sdl-inform.de vorgestellt

Die Initiative ist jung und erfolgreich: 2006 hat sich die Region entlang der A9 zwischen Bayreuth und Nürnberg zur Zusammenarbeit im Bereich der integrierten ländlichen Entwicklung entschieden. Zwei Jahre später wurde die kommunale Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz gegründet. Unterstützt vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken konnte das Projekt kurze Zeit später in die Umsetzungsphase starten. Grundlage dafür ist ein gemeinsam erarbeitetes Konzept zur integrierten ländlichen Entwicklung (ILEK). Die Informationsplattform www.sdl-inform.de bündelt bayernweit das Know-how über besonders erfolgreiche Entwicklungsprojekte im ländlichen Raum.

Die Stärke des ILEK sehen die beteiligten Kommunen vor allem im gemeinsamen Handeln und die dadurch bewirkte bessere Vernetzung der Region. 18 Städte und Gemeinden entlang der A9, die sich über die Landkreise Bay-

reuth im Norden und Forchheim im Süden erstrecken, haben sich im Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz zusammengeschlossen.

Die Region ist geprägt von einer heterogenen Wirtschaftsstruk-

tur, zu der landwirtschaftlich genutzte Landstriche ebenso gehören, wie Gemeinden mit einem starken Industrie-, Dienstleistungs- oder Tourismussektor.

Seminar als Grundstein

Grundstein für die erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit war ein Seminar der Schule der Dorf- und Flurentwicklung (SDF) in Klosterlangheim. Das Weiterbildungsinstitut hat in der Folgezeit die Konzeptentwicklung sowie erste Projekte intensiv begleitet.

Das Maßnahmenpaket, das seit 2008 auf Basis des ILEK umgesetzt wird, berücksichtigt sowohl die Belange verschiedener Bevölkerungsgruppen, als auch die der Unternehmen in der Region.

Projekte für Schüler und Senioren

So werden zum Beispiel über ein Schülerpatenprojekt, das bei einem landesweiten Wettbewerb den 1. Platz belegte, Ausbildungsplätze vermittelt. Die neu gegründete Wirtschafts- und Juniorenakademie unterstützt Jugendliche bei der Gestaltung der Übergangsphase von Schule und Beruf und vernetzt so die Bereiche Bildung und Wirtschaft. Senioren profitieren von unabhängigen, kostenfreien Beratun-

gen, von der Vernetzung sozialer Einrichtungen und der Schaffung eines Ehrenamtsnetzwerks. Besondere Beachtung kam dem Projekt „Lebensperspektive für Senioren“ zuteil, das vom Bayerischen Sozialministerium als Modellprojekt eingestuft wurde.

Regionaler Gewerbeflächenpool

Insbesondere die Errichtung eines regionalen Gewerbeflächenpools innerhalb des Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz, ist ein gelungenes Beispiel für vernetztes, interkommunales Handeln. Gemeindliche Gewerbeflächen werden in einen virtuellen Pool eingebracht und aktiv veräußert. Dadurch gewinnen auch Gemeinden ohne eigene gewerbliche Entwicklungsmöglichkeit Poolanteile und profitieren so von der Gesamtentwicklung.

Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe

Unternehmen sind ein wichtiger Faktor für die Leistungsfähigkeit der Region. Deshalb setzt die kommunale Arbeitsgemeinschaft auf Maßnahmen, die deren Wettbewerbsfähigkeit stärken: ein gemeinsames Standortmarketing, die Schaffung von innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen und die Gründung von Unternehmensnetzwerken.

Auch die Landwirtschaft, die maßgeblich zum Erhalt der Kulturlandschaft beiträgt, spielt beim integrierten ländlichen Entwicklungskonzept eine herausragende Rolle. Deren Wertschöpfung soll durch die Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen sowie durch den Aufbau agrartouristischer Angebote gesteigert werden.

Weltwasserwoche im Oberpfälzer Freilandmuseum:

„Reines Wasser für eine gesunde Welt“

Unter dem Motto „Reines Wasser für eine gesunde Welt“ fand im Oberpfälzer Freilandmuseum in Neusath-Perschen die elfte Weltwasserwoche statt. Bayerns Umweltstaatssekretärin Melanie Huml hatte die Veranstaltung eröffnet.

Rund 100 Schulklassen mit etwa 2.300 Schülern besuchten das Bezirksmuseum, um Wissenswertes zum Thema Wasser zu erfahren. Der von den Vereinten Nationen ausgerufenen Weltwassertag ist in den vergangenen Jahren im Oberpfälzer Freilandmuseum zu einer ganzen Aktionswoche geworden.

Keine Selbstverständlichkeit

Die Weltwasserwoche wurde von den Wasserwirtschaftsämtern Weiden, Amberg und Regensburg zusammen mit dem Landratsamt Schwandorf und dem Freilandmuseum sowie zahlreichen Oberpfälzer Umweltstationen, Behörden und Umweltverbänden organisiert. Den Kindern soll auf dem Lehrpfad die Bedeutung von Wasser näher gebracht werden. Ihnen soll bewusst gemacht werden, dass es längst nicht in allen Ländern Alltag ist, Wasser unbegrenzt zur Verfügung zu haben.

Die teilnehmenden Schulklassen lernten in verschiedenen Stationen auf dem Gelände des Oberpfälzer Freilandmuseums Themen aus der Gewäss-

zialitäten der einzelnen Betriebe aufgeführt. Zusätzlich werden 26 Ausflugsmöglichkeiten z. B. das Glasmacherdorf Schmidfelden, die Erzgruben-Erlebniswelt, der Bodensee oder die Königsschlösser näher beschrieben.

Zur besseren Orientierung enthält die Broschüre einen Innenstadtplan sowie eine Panoramakarte des Allgäus. □

serbiologie und der Ökologie kennen. So konnten die Schüler je nach Parcours Bodenprofile und Wasserproben untersuchen oder mit einer Zille fahren. Beim Hirtenhaus des Oberpfälzer Freilandmuseums erfuhren die Schüler viel über den häuslichen Wassergebrauch und erlebten durch das Pumpen und das Tragen von schweren Wassereimern, dass man früher mit dem kostbaren Nass vorsichtiger umgegangen ist als heute. Auf der Station Sandsackfüllmaschine füllten die Kinder und Jugendlichen selbst Sandsäcke ab und konnten mit diesen Dämme bei Hochwasser bauen und verstärken.

Partnerbeiträge

Zahlreiche Partner beteiligten sich an der Weltwasserwoche mit eigenen Beiträgen: Das technische Hilfswerk und auch die Freiwillige Feuerwehr aus Nabburg waren mit vor Ort. Das Gesundheitsamt gab grundsätzliche Informationen zum Thema Wasser und Gesundheit. Ein Aquarium zeigte die heimische Fischwelt, der LBV beschäftigte sich mit der Gewässergüte und das Amt für Landwirtschaft und Forsten brachte den Schülern bei, dass Wald und Feldböden wichtige Wasserspeicher sind. Das Landesamt für Umwelt zeigte, dass Wasser nicht im Überfluss vorhanden ist und jeder sorgsam damit umgehen muss. Die Wasserwirtschaftsämter machten schließlich klar, dass Wasser ein wichtiger Lebensraum ist. □



Pegnitz' Bürgermeister Manfred Tümler (3. v. r.) mit seinen wichtigsten Partnern.

Fachsymposium des Landkreises Fürth:

Recht auf individuelle Bildung

Unter dem Motto „Wertvoll – Ganzheitliche und individuelle Bildung“ befasste sich ein Fachsymposium des Landkreises Fürth mit der kommunalen Jugendarbeit. Die Teilnehmer kamen überwiegend aus dem Kindertagesstätten-Bereich, den Schulen sowie aus der Jugendarbeit, von Fachberatungsstellen und der Politik.

Renommierte Fachleute wurden als Referenten gewonnen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Maximilian Gaul, dem Vorsitzenden des Runden Tisches Familie.

Wie der stellvertretende Landrat Franz X. Forman in seiner Begrüßung betonte, sei das Recht auf wertschätzende Bildung ein wichtiger Bestandteil der UN-Menschenrechtskonvention. Bildung müsse sich ganzheitlich und dennoch individuell gestalten und vor allem Alle erreichen. „Natürlich wollen Alle nur das ‚Beste‘ für unsere Kinder, aber was ist das Beste?“, fragte Forman einleitend.

Kinder sind neugierig

Antworten darauf gab zunächst Dr. Armin Krenz. Er zeigte auf, dass Kinder neugierig sind und gerne lernen. In seinen Ausführungen stellte er dar, welche Förderung welche nachhaltige Lernauswirkung hat. Krenz arbeitete seit 1985 am außeruniversitären „Institut für angewandte Psychologie und Pädagogik“ in Kiel mit dem Arbeitsschwerpunkt „Elementarpädagogik“. Zahlreiche Publikationen, unter anderem das Standardwerk „Handbuch für Erzieherinnen in Krippen, Kindergarten, Kita und Hort“, stammen aus seiner Feder.

Fühlen-Denken-Lernen

Dr. Karl Gebauer, ehemaliger Rektor einer Grundschule in Göttingen und Autor zahlreicher Publikationen zu Erziehungs- und Bildungsfragen, vermittelte in seinem Vortrag, von welchen Faktoren erfolgreiches Lernen beeinflusst wird. Dabei spielte der Zusammenhang von Fühlen-Denken-Lernen eine große Rolle. Auch den Facetten des Begriffs „klug“ ging Dr. Karl Gebauer in seinem Referat nach. In seinem Workshop wurde außerdem erarbeitet, warum Lernen Vertrauen braucht.

Vorstellung einer Schülerfirma

Lüder Bischoff, Rektor der Theodor-Heuss-Ganztagsschule in Rotenburg/Niedersachsen stellte gemeinsam mit seinen Schülern seine Schülerfirma vor. Die „Geschäftsidee“ der Schülerfirma mit dem Titel „Abteilung Innovation“ ist die Ermittlung von innovativen Ideen, die sich als Schulprojekt umsetzen lassen. Die machbaren Projekte werden wirtschaftlich abgesichert und den Schülern angeboten. Die Projektbegleitung und Öffentlichkeitsarbeit gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Abteilung. Abgerundet wurde das

Fachsymposium durch einen Workshop von Grit Eißler, die schließlich wertvolle Spielideen für die pädagogische Praxis vorstellte. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röble

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Passau:

Bundesweite Auszeichnung für Breitbandoffensive

Die bundesweite Untersuchung „Erfolgreiche kommunale/regionale Projekte zur Überwindung von Breitbandversorgungslücken“, welche im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in Auftrag gegeben wurde, würdigt auch den Landkreis Passau und bringt ihm die Bewertung „Best Practice-Beispiel“ ein.

„Ich freue mich sehr, dass wir auch deutschlandweit mit unserer Breitband-Koordinierungsstelle zu den Auserwählten gehören“, so Landrat Franz Meyer. „Es war richtig, dass Thema Breitband zu einem Schwerpunktthema meiner Landkreispolitik zu machen und dieses Thema konsequent umzusetzen.“ Dem Landrat war es dabei wichtig, seine Gemeinden mit dieser komplexen Thematik nicht allein zu lassen und eine intensive Betreuung und Begleitung zu gewährleisten.

Aber auch finanziell unterstützt der Landkreis Passau seine Kommunen und hat dafür im Haushalt jährlich 500.000 Euro für den Breitbandinfrastrukturausbau eingestellt. Damit ist Passau wohl der einzige Landkreis in Bayern, der koordiniert und finanziert.

Die nunmehrige Auszeichnung bestätigt die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Der Landkreis Passau kann in Sachen Breitband folgende Erfolgsgeschichte vorweisen:

- Die Machbarkeitsstudien und Markterkundungen wurden für alle 38 Kommunen durchgeführt.
- Es wurden 45 Auswahlverfahren abgewickelt und auch abgeschlossen. Derzeit laufen aktuell noch 6 Auswahlverfahren im Breitbandportal.
- 3 Kommunen werden durch eigenwirtschaftlichen Ausbau der Breitbandinfrastruktur von Telekommunikationsbetrieben ausgebaut.

- 16 Förderbescheide für Breitbandprojekte im Landkreis Passau sind schon eingegangen.
- 12 Förderanträge liegen bereits bei der Regierung von Niederbayern zur Verbescheidung.
- 9 Breitbandprojekte warten noch auf die Zustimmung der zuständigen Gremien in den Kommunen
- 7 Telekommunikationsunternehmen setzen mit unterschiedlichen Techniken die Breitbandanforderungen der jeweiligen Auswahlverfahren um.

„Digitale Dividende“

Fünf Telekommunikationsprojekte erhalten keine Förderung. Entweder weil die Kommune schon den 100.000 Euro-Zuschuss für ein vorhergehendes Breitbandprojekt abgerufen hat, oder weil die Gesamtsumme des Infrastrukturausbaus unterhalb der Bagatellgrenze von 15.000 Euro liegt.

Die Aktion der Bundesnetzagentur zur Versteigerung von Funkfrequenzen im Bereich der „digitalen Dividende“ wird von Landrat Meyer ausdrücklich begrüßt. „Dieser Ausbau ist positiv und wird es uns ermöglichen unserer Aufgabe der flächendeckenden Breitbandversorgung zu erfüllen, wobei man aber nicht davon ausgehen darf, dass die Lücken von heute auf morgen geschlossen werden können“, so Landrat Franz Meyer zum Abschluss seiner Ausführungen. □

„Kempten und ein bisschen mehr“ erleben

Tipps zu Kultur und Freizeit, eine Auswahl an 50 Gastronomiebetrieben in Kempten und Umgebung sowie 26 Vorschläge für Ausflüge in die Region: Dies und mehr enthält die Broschüre „Kempten und ein bisschen mehr“.

Der Verein Kempten Regio Tourismus e. V. hat die Broschüre für Gäste und Einheimische zur Planung eines Aufenthaltes für das Jahr 2010 neu aufgelegt.

Die Rubrik Kultur und Freizeit informiert über die Museen in Kempten, die Führungsangebote, Veranstaltungen-Höhepunkte, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sowie über Angebote für Kinder.

Dazu gibt es Informationen über die Allgäu-Walsler-Card, zu

neuen Angeboten wie die Schaukapelle Erasmus oder Stadtführungen mit Audio-Guide und zu Souvenirartikel aus Kempten.

Viefältige Auswahl

Unter dem Thema Gastronomie findet sich eine Auswahl an Restaurants, Gaststätten, Cafés und Bistros in Kempten und Umgebung. Neben den Öffnungszeiten sind auch die kulinarischen Spe-

Innovationsregion Bayerischer Wald:

Gelungene Vernetzung

Landkreis Regen „Bayerns Region des Jahres“

Seit dem vergangenen Jahr darf sich der Landkreis Regen „Bayerns Region des Jahres“ nennen. Die Urkunde hierfür überreichte Wirtschaftsminister Martin Zeil jüngst am Technologiecampus Teisnach im Rahmen der Veranstaltung „Innovationsregion Bayerischer Wald“ an Landrat Heinz Wölfl.

Minister Zeil lobte die „Innovationsregion Bayerischer Wald“, das gut funktionierende Regionalmanagement und die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Professor Dr. Peter Sperber, der Leiter des Technologiecampus Teisnach, machte deutlich, dass die Zahl der Forschungsaufträge für die Industrie bereits jetzt sämtliche Erwartungen übertroffen habe. Auch das Firmengelände werde wohl bald erweitert werden müssen, so Sperber.

FITnessprogramm

Als einen „wichtigen Bestandteil unserer Bemühungen im Bereich von Forschung und Entwicklung“ nannte Zeil das „FITnessprogramm Nord- und Ostbayern“. Damit werde die klassische regionale Strukturpolitik der Investitionsförderung um eine neue, stark innovationsorientierte Komponente erweitert. „Wir unterstützen gezielt Unternehmen in ländlich strukturierten Räumen, damit diese sich noch besser auf den Weltmärkten behaupten können“, so Zeil.

Zielgruppen

Zielgruppen seien vorrangig mittelständische Hochtechnologie-Unternehmen, technologieorientierte Unternehmensgründer sowie das innovative Handwerk.

Gefördert werde dabei nicht nach dem Gießkannenprinzip, „sondern wir konzentrieren uns auf die Standorte, an denen bereits eine ausreichende kritische Masse technologischer Kompetenz vorhanden ist“, sagte Zeil. Dabei setze man ganz gezielt auf die Weiterentwicklung der Technologietransferzentren. Sie seien in besonderer Weise geeignet, um Lücken zwischen Grundlagenforschung und marktfähigen Produkten zu schließen. Die Technologietransferzentren seien an leistungsstarke Hochschulen angegliedert, stärkten die Hochschulpräsenz in der Fläche und förderten Unternehmensansiedlungen.

Technologietransfer

Die Technologietransferzentren der FH Deggendorf in Teisnach, Freyung und Cham sind dem Minister zufolge viel versprechende Beispiele für dieses Projekt. Sie würden federführend von Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch in enger Abstimmung mit Zeil vorangetrieben. Mit dem Technologie- und Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen werde die Innovationsfähigkeit von Unternehmen gestärkt. Auch trüge er dazu bei, hoch qualifizierte junge Menschen in der Region zu halten. Solche Projekte seien Bausteine,

um die Zukunft der Region aktiv zu gestalten. Damit entstünden Kristallisationskerne für zukünftige Cluster.

Strukturen der Zukunft

Netzwerke sind nach Zeils Ansicht „die Strukturen der Zukunft“. Viele wichtige Initiativen im Landkreis Regen gingen genau in diese Richtung - vom Regionalmanagement über das Unternehmensnetzwerk bis zum Netzwerk Forst & Holz. Idealerweise würden solche Netze in mehreren Dimensionen geknüpft, nämlich zwischen Unternehmen, zwischen Wirtschaft und Verwaltung und zwischen Regionen.

Netzwerk Forst und Holz

Als ein Beispiel aus der Wirtschaft verwies Zeil auf das Netzwerk Forst und Holz Bayerischer Wald. Verschiedene Partner aus sechs Landkreisen trügen wesentlich dazu bei, die Forst- und Holzwirtschaft in der Region gezielt zu stärken. Eine ähnliche Zielrichtung verfolge der Cluster Forst und Holz. Er vernetze eine Vielzahl von Akteuren, die eine breite Wertschöpfungskette abbilden.

Regionalmanagement

Auf eine noch umfassendere Vernetzung zwischen den Akteuren einer Region zielt nach Darstellung des Ministers das Regionalmanagement. Fachübergreifende Netzwerke zwischen Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden und Kammern förderten neue Ideen. So entstünden Freiräume für Innovationen. Im Bayerischen Wald hätten sich sämtliche Landkreise dieser Initiative angeschlossen: Regen, Cham, Freyung-Grafenau, Passau und Deggendorf.

Sinnvolle Kooperation

Bei der regionalen Vernetzung gehe es in Ostbayern vor allem um eine verstärkte Zusammenarbeit mit Böhmen und Oberösterreich, machte Martin Zeil deutlich. Eine solche Kooperation bezeichnete er „gerade in den Bereichen Tourismus, Marketing, Umweltschutz und Verkehr“ als „ausgesprochen sinnvoll“. Als gelungenes Beispiel führte der Minister die Grenzen überwindende Dreiländermesse in Passau an. Sie unterstütze die verbindende Dimension des europäischen Gedankens sowohl auf einer unternehmerischen als auch auf einer menschlichen Ebene. **DK**

werden Aufträge im Regelfall innerhalb der Werkstätte abgewickelt. Darüber hinaus werden Dienstleistungen immer öfter auf Außenarbeitsplätzen, direkt beim Auftraggeber vor Ort erbracht.

Rundgang und Fachvortrag

Neben einem Firmenrundgang erwartete die Gäste an diesem interessanten Nachmittag auch ein Fachvortrag zum Thema „Konzeptionelle Modelle der Integration von Menschen mit Behinderung in Arbeitsprozesse (Virtuelle Werkstatt, verlängertes Dach der Werkstatt, begleitete Außenarbeitsplätze in Unternehmen); Erfolgsfaktoren und Risiken“ von Christian Wimmer (Leiter Sozialdienst) und Florian Huber (Leiter Fachbereich Montage).

Nähere Informationen unter www.euregio-salzburg.eu □



Vielfältiges Arbeitsangebot: Schreinerei, Wäscherei, Metallverarbeitung, Montage- und Verpackungsdienstleistungen stellen die Kernbereiche der Pidinger Werkstätten GmbH der Lebenshilfe BGL dar (Quelle: PWLH). □

EuRegio Dialog 2010:

Start bei Pidinger Werkstätten der Lebenshilfe

Im Rahmen des EuRegio Dialogs werden heuer erstmals sechs Unternehmen, je zwei aus den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein sowie aus dem Land Salzburg, besucht. Eingeladen sind Unternehmer und Unternehmerinnen aus dem gesamten EuRegio-Gebiet. Die Auftaktveranstaltung im Jahr 2010 fand nun gemeinsam mit EuRegio-Präsident Landrat Georg Grabner bei der Firma Pidinger Werkstätten GmbH der Lebenshilfe Berchtesgadener Land in Piding statt.

Im Zuge des EuRegio Dialogs gibt es immer wieder besondere Unternehmen zu entdecken. In den Pidinger Werkstätten der Lebenshilfe BGL zeigen 220 Menschen mit Behinderung ihr überdurchschnittliches Engagement und erhalten durch Aufträge von Unternehmen aus dem Bereich der EuRegio Selbstvertrauen und Wertschätzung. Berufliche Förderung und Bildung wird auf anspruchsvollen Arbeitsplätzen geboten.

Qualität zu fairen Preisen

Für die Auftraggeber und Partner aus Industrie, Handel und Handwerk beweisen die zertifizierten Betriebe (DIN ISO 9001:2008) der Pidinger Werkstätten täglich, dass Qualität zu fairen Preisen möglich ist: Montage/Industriedienstleistungen, Verpackung / Konfektionierung, Schreinerei, Metallverarbeitung, Wäscherei und Digitale Archivierung/Mailing-Service. Dabei

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Die Natur lässt die Puppen tanzen und der Mensch wird mit all seiner Technik zum Statisten beim Spiel ihrer Kräfte degradiert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, machte eine nachdenkliche Miene, als er auf die Bilder von gestrandeten Passagieren auf den internationalen Flughäfen oder von gespenstisch verwaisten Start- und Landebahnen zeigte.

Und tatsächlich: Der unvermittelte Ausbruch eines Vulkans auf einer Insel im Nordmeer hat uns die ganze Verletzlichkeit unseres auf Mobilität und Austausch ausgerichteten Systems des Lebens und Wirtschaftens vor Augen geführt. Flugverbote über Europa haben einerseits Menschen an ihren Urlaubsorten festgehalten, andererseits Hotels veröden lassen, die auf Gäste warteten. In Kenia wurden zum Export bestimmte Rosen geschreddert, in Bayern standen wegen fehlender Zulieferteile



eines der Symbole der Finanzkrise wurde, weil eine kleine Gruppe von Kamizake-Spekulanten in winzigen Banken dieses 360.000-Einwohner-Landes die Gier von Zinsfuchsen und Renditejägern auch hierzulande mit immer fantastischeren Angeboten reizte, erst diese und dann das sympathische Volk im hohen Norden fast in den Ruin trieb, hat auch seinen Niederschlag in „Flug-

asche“-Witzen gefunden.

Naja, der Mensch ist halt doch die Krone der Schöpfung, weshalb er sich auch in solchen Situationen zu helfen weiß. Eine Ikone des britischen Humors, der Monty-Python-Schauspieler John Cleese, überbrückte die Distanz von Oslo nach London damit, dass er für 3.800 Euro mit dem Taxi nach Brüssel fuhr und von dort die Bahn auf seine Insel nahm. Mit dem Auto reisten Russen 24 Stunden zur Hannover-Messe, Polen 12 Stunden zur BAUMA. Japanische Touristen wurden in Züge gequetscht, als wolle man ihnen das Gefühl einer Fahrt in der Tokioter U-Bahn geben. Video-Konferenzen ersetzen Tagesmeetings und man kann zur Umwelt- und Ressourcenschonung nur hoffen, dass manche geschäftigen Vielflieger diese Form der translokalen Kommunikation für sich neu entdeckt haben, denn damit wird wirklich nur in den Meetings die eh unvermeidbare heiße Luft produziert – klimaneutral und ohne Einsatz fossiler Brennstoffe.

Mein Chef, der Bürgermeister, denkt an den Auftrag der Bibel, der Mensch solle sich die Erde untertan machen. Nun ja, der Untertan wird noch nicht ganz beherrscht – Vulkanausbrüche, Erdbeben, Stein- und Gerölllawinen zeigen, dass die Natur schon ihren eigenen Willen und ihre eigenen Gesetze hat, die umgekehrt dem Menschen den Rhythmus diktieren. Wir müssen weiterhin damit umgehen und uns schlicht in dem üben, was uns übrig bleibt, wenn plötzlich und unerwartet in das Räderwerk unserer perfekten Lebensorganisation eingegriffen wird: Geduld haben. Und an das zu denken, was der französische Schriftsteller Jean Giono, auf dem heutigen Kalenderblatt sagt: „Die Natur rächt sich nicht, aber sie präsentiert ihre Rechnung.“

the Sabriul

Der Mensch als Spielball der Natur

Fließbänder still und die Aktien der Fluggesellschaften kamen ins Trudeln wie schlecht gefaltete Papierflieger.

Aber es ist ja auch kaum zu glauben, dass wir so am Tropf eines funktionierenden Flugverkehrs hängen! Jeder Tag ohne „the sound of freedom“ verursacht volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von einer Milliarde Euro. Ich glaube, da haben wir Dank des isländischen Rauchspuckers mit dem unaussprechlichen und kaum zu schreibenden Namen mal einen guten Einblick bekommen, wie eng die Zahnrädchen nebeneinander montiert sind, die die Maschine antreiben, die unser normales Leben am Laufen hält.

Es gibt ja eine fast ironische Parallele zur Finanzkrise: Auch da rieb man sich anfangs die Augen, warum Zahlungsausfälle bei ein paar US-amerikanischen Hypothekenschuldnern plötzlich einen Einfluss darauf haben sollen, ob eine mittelständische Schreinerei bei uns noch Kredite von ihrer Hausbank bekommt oder ob Landesbanken über den Jordan gehen. Auch hier: Die enge Verflechtung von allem mit jedem garantiert in guten Zeiten hohe Effizienz, der Ausfall eines Rädchens aber bringt das System an den Rand des Zerreißen. Dass Island

Bezirk Unterfranken:

„Jung sein – was heißt das heute?“

Auftaktveranstaltung zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms

Vor dem Hintergrund aktueller Veränderungen in der Gesellschaft wie dem zurückgehenden Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung, dem wachsenden Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund, dem Thema Kinderarmut, der Situation von Menschen mit Behinderung und der demographischen Entwicklung im ländlichen Raum lud der Bezirk Unterfranken mit dem Bezirksjugendring Unterfranken zur Auftaktveranstaltung der Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms nach Würzburg ein.

Wie Bezirksstagsvizepräsidentin Eva-Maria Linsenbreder eingangs erläuterte, sei die Jugend an sich schon eine komplizierte Lebensphase - Stichwort Pubertät, Beginn der Berufsausbildung bzw. des Studiums, Abnabelung vom Elternhaus. „Wir tun also gut daran, uns um die Bedürfnisse der jungen Leute zu kümmern“, stellte Linsenbreder fest, denn: „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen!“

Dr. Mike Seckinger vom Deutschen Jugendinstitut arbeitete in seinem Grundsatzreferat anschließend die „gesellschaftlichen Veränderungen in Bezug auf junge Menschen und Herausforderungen an die Jugendarbeit“ heraus und stellte einige Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jung sein in Bayern“ vor.

Seckinger eröffnete seinen Vortrag mit der Feststellung, dass es „die“ Jugend nicht gebe, sondern stets „unterschiedliche Formen des Jungseins“. In diesen Formen spiegelte sich die zunehmende Spaltung der Erwachsenen-Gesellschaft. Deshalb unterstütze moderne Jugendpolitik die Jugendlichen „bei der Bewältigung ihrer alterstypischen Anforderungen“, wie bereits der Bayerische Landtag in seiner Enquete-Kom-

mission festgestellt habe. Deshalb gelte es zu berücksichtigen, dass sich junge Menschen noch in ihrer Entwicklung befänden und sie „unterschiedliche Identitätswürfe erproben und ihre Möglichkeiten und Grenzen ausloten“ wollten. Jugendpolitik sei so gesehen eine Querschnittspolitik, sie müsse den jungen Menschen die Chance zur Beteiligung bieten und die „Möglichkeit der Weltaneignung eröffnen“. In jedem Fall sei Jugendpolitik „Lobbyarbeit für Jugendliche“.

Seckinger zufolge ist die Geburtenquote in Deutschland seit Jahrzehnten unverändert. Früher sei sie lediglich durch Zuwanderung aufgefüllt worden. Die Zahl der unter 18-Jährigen werde daher bis 2028 „nur“ von 2,36 auf 2,06 Millionen sinken – prozentual immerhin eine Abnahme um 12,4 Prozent. Allerdings werde die Bevölkerung immer älter: In Bayern werde der Anteil der über 60-Jährigen im Vergleichszeitraum von 3,08 auf 4,14 Millionen steigen – eine Zunahme um 36,60 Prozent.

Der wissenschaftliche Referent unterstrich in diesem Zusammenhang die regionalen Unterschiede der demographischen Veränderungen. Insbesondere die ländli-

chen Räume seien davon betroffen, wenn etwa die Zahl junger Menschen in einem Dorf dramatisch sinke und es nicht mehr die Infrastruktur gebe, um Jugendbegegnungen zu ermöglichen und soziale Netzwerke aufrecht zu erhalten. In Anlehnung an die Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags plädierte der Referent zudem für einen einheitlichen schulfreien Nachmittag, damit sich Jugendliche auch außerhalb des Klassenverbands treffen und engagieren könnten. Sonst verlaufe die Entwicklung der jungen Menschen „zu alters- und bildungshomogen“.

Mit Blick auf die Bedeutung des Ehrenamts in der Jugendarbeit meinte Seckinger, dies sei für die jungen Leute die Möglichkeit, „verschiedene Identitäten zu erproben“. Zudem sah er in der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, eine Möglichkeit, „das eigene Tun als sinnvoll zu begreifen“ und zu erfahren, dass „die Welt gestaltbar ist“. Zunehmend werde die Jugendarbeit zu einem „verlängerten Arm der Schule“, stellte Seckinger fest. 44 Prozent der Jugendverbände arbeiteten mit Schulen zusammen. Der Vertreter des Deutschen Jugendinstituts machte aber auch deutlich, dass den Jugendverbänden daraus keine finanziellen Vorteile erwüchsen und sie eventuell Probleme mit ihrem Selbstverständnis bekämen. Mit Nachdruck forderte er die Vertreter der Jugendverbände auf, die Mitarbeit in Schul- oder Lehrerkonferenzen zu suchen. **DK**

Kliniken im Landkreis Rottal-Inn:

Die Würfel sind gefallen

Die Zukunft der drei Krankenhäuser im Landkreis Rottal-Inn ist besiegelt: Der Kreistag hat entschieden, dass die drei Kliniken in Pfarrkirchen, Eggenfelden und Simbach am Inn neue Strukturen erhalten sollen und in kommunaler Hand verbleiben. Auch bleiben alle im Landkreis vorhandenen Notarzt-Standorte erhalten.

Im Herbst des vergangenen Jahres hatte ein Bürgerentscheid verhindert, dass die drei Krankenhäuser an einen privaten Klinikkonzern, die Rhön-Klinikum AG, verkauft werden. Damals sprachen sich 89,4 Prozent der Stimmberechtigten gegen eine Veräußerung aus. Bislang musste der Landkreis die Häuser jährlich mit einer Millionensumme subventionieren und wollte das Geld anderweitig verwenden.

Tragende Funktion für Eggenfeldener Klinik

Dem Eggenfeldener Krankenhaus soll nunmehr mit den bereits vorhandenen Spezialgebieten und hochwertiger Intensivmedizin eine tragende Funktion zukommen. Dort kümmern sich die Spezialisten künftig auch um Lungenheilkunde und Schlafmedizin - Fachgebiete, die bislang in Pfarrkirchen angesiedelt waren.

Wie zuvor bleiben die Gynäkologie und Geburtshilfe, die chirurgischen Fachabteilungen sowie die Belegabteilung für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde in Eggenfelden. Hinzu kommt die urologische Belegabteilung, die bislang in Pfarrkirchen untergebracht war. Eggenfelden ist im neuen Konzept außerdem ambulantes und kurzzeitchirurgisches OP-Zentrum.

Am Standort Pfarrkirchen soll

ein Zentrum für Altersmedizin entstehen, das Akutmedizin und Rehabilitation verbindet. Die bestehende und gut etablierte Fachabteilung für Geriatrische Rehabilitation wird hierfür ergänzt um Akutgeriatrie, ein internistisches Spezialgebiet.

Standort Simbach am Inn

Noch nicht vollständig geklärt ist hingegen die Zukunft des Standorts Simbach am Inn. Dort wird gemeinsam mit dem Krankenhaus Sankt Josef im angrenzenden österreichischen Braunau/Inn noch einmal versucht, das grenzübergreifende Europa-Klinikum zu verwirklichen. Bis Ende Juli sollen die entsprechenden Verhandlungen abgeschlossen sein. Fest steht allerdings, dass in Simbach die Fachklinik für Psychosomatik auf mindestens 120 Betten ausgebaut wird.

„Zukunftsträchtiges Konzept“

Landrätin Bruni Mayer, die sich vor dem Bürgerentscheid für den Verkauf der Kliniken ausgesprochen hatte, meinte: „Wir sind als Demokraten verpflichtet, den Willen der Bürger umzusetzen, da gibt es gar keine Frage.“ Das jetzt verabschiedete Konzept ist ihrer Auffassung nach „zukunftsträchtig und mit großen Chancen verbunden“.

DK



Informationsaustausch in der Kreisstadt Lauf.

Bürgermeister des Landkreises Nürnberger Land:

Für Mittelschule ab Schuljahr 2011/2012

Die Mittelschule als Weiterentwicklung der Hauptschule ist ein Schwerpunkt der Bayerischen Bildungspolitik. Ziel ist es, die Hauptschulen flächendeckend einzeln oder in Schulverbänden zu Mittelschulen auszubauen, um den Schülern eine breite Palette pädagogischer Elemente in ihrem Bildungsangebot zu garantieren.

Der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetags Kreisverband Nürnberger Land, Erster Bürgermeister Konrad Rupprecht aus Feucht, freute sich, bei einem Informationsaustausch der Bürgermeister des Landkreises Nürnberger Land in Lauf den frisch vereidigten neuen Bürgermeister der Stadt Hersbruck, Robert Ilg, im Kollegenkreis willkommen zu heißen.

Großer Zeitdruck

Die anwesenden Bürgermeister waren sich einig, dass die Bildung von Schulverbänden der Hauptschulen im Landkreis Nürnberger Land zur Erlangung des Status Mittelschule nicht so schnell geschehen könne, wie

dies vom Schulamt angedacht ist.

Danach müssten mit großem Zeitdruck unter anderem verschiedene Verträge zwischen den beteiligten Kommunen geschlossen werden, um einen Start der Mittelschule für das kommende Schuljahr zu ermöglichen.

Detailprobleme

Da die gesetzlichen Grundlagen dazu voraussichtlich erst im August 2010 feststehen werden und es noch viele Detailprobleme zu lösen gilt, sprachen sich die anwesenden Bürgermeister für eine Realisierung der Hauptschulverbände und damit der gemeinsamen Mittelschulen erst ab dem Schuljahr 2011/2012 aus. Ausgenommen davon sind nur

die Hauptschule in Röthenbach a. d. Pegnitz, welche die Kriterien einer Mittelschule ohne weiteren Partner alleine bewerkstelligen kann und die Hauptschule Burghann, die mit den Oberpfälzer Partnern Postbauer-Heng und Pyrbaum bereits seit längerer Zeit erfolgreich kooperiert.

Keine Nachteile für Schüler

Nachteile für die Schüler im Landkreis sind nicht zu befürchten, da die bisherige bewährte Zusammenarbeit der Hauptschulen, beispielsweise zur Einrichtung von M-Klassen, auch im Schuljahr 2010/2011 fortgeführt wird.

Stellengesuch

Suche ab Juli 2010 eine Stelle als **Verwaltungsfachangestellter**
Näheres auf meiner Bewerber-Homepage unter: www.oereiting.de

Hartz IV:

Karmasin erwägt erneuten Gang nach Karlsruhe

Der Fürstenfeldbrucker Landrat und Sprecher der oberbayerischen Landräte, Thomas Karmasin, erwägt eine neuerliche Anrufung des Bundesverfassungsgerichts für den Fall, dass das Hartz-IV-Gesetz so beschlossen wird wie vorgesehen.

Kommunalrechtliche Frage

Das neue Gesetz lässt 41 weitere sogenannte Optionskommunen zu, die den Vollzug der Hartz-IV-Regelungen alleine, also ohne die Mischverwaltung mit der Bundesagentur für Arbeit gestalten dürfen. Allerdings sieht das Gesetz auf Bestreben der SPD-Bundestagsfraktion vor, dass sich für diese Option nur solche Kommunen bewerben dürfen, die dies in ihren politischen Gremien mit Zweidrittelmehrheit beschlossen haben.

In einem Schreiben an Ministerpräsident Horst Seehofer und den Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich, trägt der Landrat hiergegen verfassungsrechtliche Bedenken vor. Mit welcher Mehrheit eine Kommune ihre Entscheidung treffe, sei eine kommunalrechtliche Frage, für die dem Bund die Gesetzgebungskompetenz fehle. Karmasin war einer der Kläger, die schon das ursprüngliche Hartz-IV-Gesetz in Karlsruhe zu Fall gebracht hatten.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der Firma Weiher, Freiburg, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
www.fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95 / 69 33 00 · Fax 071 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoebliierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
www.fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert — weltweit! **Gmeiner**
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: +49 (9604) 33267-0
info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG